

**Achte Sitzung – Huitième séance****Donnerstag, 8. Dezember 1988, Vormittag**  
**Jeudi 8 décembre 1988, matin**

08.00 h

*Vorsitz – Présidence: Herr Iten*

88.041

**Schweiz ohne Armee. Volksinitiative**  
**Pour une Suisse sans armée.**  
**Initiative populaire***Fortsetzung – Suite*

Siehe Seite 1709 hiervoor – Voir page 1709 ci-devant

*Fortsetzung – Suite*

**Meier-Glatfelden:** Ich spreche für die Mehrheit der grünen Fraktion und sage nein zur Armeeabschaffungsinitiative. Ist nun aber ein Schweizer, der die Armee abschaffen will, ein vaterlandsloser Geselle, den man am besten aus der Volksgemeinschaft austossen sollte? Diese Hexenjagd darf nicht stattfinden.

Wenn ich aber die gestrigen Voten von Kollege Maximilian Reimann von der SVP höre, der mit markigen Worten von «Farbe bekennen» spricht und sagt, wer sich der Stimme enthalte, sei auch ein Armeegegner, oder Kollege Loretan vom Freisinn, der sagte, das Schweizervolk solle die Initianten dorthin stellen, wo sie hingehören, dann gefällt mir das gar nicht. Dann denke ich: Ja, wohin? An die Wand? Oder an die Grenze? Ich kenne Kollege Loretan und weiss, dass er das nicht meint. Aber es gibt auch andere.

Für uns Grüne üben die Initianten und die Armeeabschaffungsbefürworter ein verfassungsgemässes Recht aus. Ihnen ist das Verdienst anzurechnen, eine breite Diskussion über die schweizerische Sicherheits- und Friedenspolitik ausgelöst zu haben. Die Armeeabschaffungsinitiative ist für die Grüne Partei der Schweiz keine Schicksalsfrage. Unsere Partei wurde nicht gegründet, um die Armee zu erhalten oder abzuschaffen. Wir Grüne sind uns einig, dass die Sicherheitspolitik unseres Landes neu überdacht werden muss.

Die Sicherheitspolitik des EMD, das die Armee als absoluter Sicherheitsgarant ins Zentrum stellt, ist falsch. Heute ist es nicht die militärische Bedrohung, die uns am meisten gefährdet, sondern es ist die schleichende Zerstörung unserer Lebensgrundlagen Luft, Boden und Wasser. Es sind die unkontrollierbaren Techniken und lebensverachtenden Prinzipien.

Es ist nicht der Ost-West-Gegensatz, sondern es ist das Nord-Süd-Gefälle, das die Welt bedroht. Wenn es nicht gelingt, Armut und Hunger in der Dritten Welt an den Wurzeln zu bekämpfen, wird die Welt von einer neuen Völkerwanderung überrollt, gegen die Panzer und Flugzeuge langfristig nichts nützen. Dies alles hat auch Michail Gorbatschow erkannt in seiner gestrigen Ankündigung über einseitigen Truppenabbau in der UdSSR, über Drittwelt- und Umweltprobleme. Die ganze Welt hofft, dass er all dies auch gegenüber seinen Militärs durchsetzen kann.

Auch wir Grüne sind der Meinung, jeder Schweizer hätte für die Eigenständigkeit unseres Landes einzustehen. Wir akzeptieren deshalb Artikel 18 unserer Bundesverfassung,

der sagt: «Jeder Schweizer ist wehrpflichtig.» Wir verstehen diese Wehrpflicht als Dienst an unserem Lande, an der Gemeinschaft, sei es in der Armee, im Umwelt- oder im Sozialbereich. Wir unterstützen deshalb den Antrag Hubacher auf Einführung eines sozialen Zivildienstes.

Gemäss Dienstreglement schützt die Armee unser Land bei Neutralitätsverletzungen, hilft bei der Meisterung von Katastrophen und wirkt notfalls im Auftrag der zivilen Bevölkerung bei der Aufrechterhaltung der Ordnung mit. Nach unserer Verfassung und unseren Gesetzen ist die Armee in jedem Fall der zivilen Gewalt unterstellt. Ob im letzten Weltkrieg der Finanzplatz Schweiz die Bedeutung als Verhandlungsinselfür die Kriegführenden oder die Abschreckungswirkung der Armee den Ausschlag für die Kriegsverschonung gaben, lasse ich offen. Sicher ist: ohne Armee hätte die eine oder andere Partei die Schweiz als Durchmarsch-Achse benutzt. Das militärische Vakuum wäre mit fremden Armeen ausgefüllt worden. Dies wird auch in Zukunft so sein. Da ist mir die eigene Armee doch lieber.

Meine Meinung ist, dass es ein Recht gibt, sich zu wehren. Nicaragua und Afghanistan zeigen, dass entschlossener Widerstand, getragen vom ganzen Volk, auch gegen Hegemoniegelüste der Grossmächte Erfolg haben kann. Die Mehrheit unseres Volkes hat ein Misstrauen, als Kleinstaat mit der Abschaffung der Armee voranzugehen. Wir wollen kein Vakuum Schweiz, das von der Nato oder vom Warschauer Pakt ausgefüllt würde. Wir verteidigen den Raum Schweiz selber.

Bei Abschaffung der Armee würden die kantonalen Polizeikorps massiv verstärkt. Sicher würden auch eine Bundessicherheitspolizei und Gemeindefriedensdienste aufgestellt. Auch bestünde die Gefahr der Bildung von Bürgerwehren. All diese Sicherheitsdienste wollen wir nicht. Wir ziehen unsere Milizarmee vor.

Unsere Schweizer Armee hat schon mehrmals bewiesen, dass sie rasch und wirkungsvoll bei Katastrophen eingesetzt werden kann. Die Ereignisse der vergangenen Jahre haben dies gezeigt. In Zukunft wird diese Aufgabe noch wichtiger werden. Die bewaffnete Neutralität der Schweiz ist in Europa ein Faktor der Stabilität. Die Unabhängigkeit von den Blöcken erhöht die Vertrauenswürdigkeit unseres Landes im Hinblick auf das Anbieten guter Dienste. Geschützt durch Teile unserer Armee fanden schon oftmals, finden noch in diesem Monat und werden auch in Zukunft Verhandlungen über Abrüstung und Beseitigung lokaler Konflikte in der Schweiz stattfinden. Aus all diesen Gründen ist die Mehrheit der grünen Fraktion gegen eine Abschaffung der Armee.

Den Antrag Braunschweig für ein Rüstungsmoratorium, der eine sanfte Einschläferung der Armee beinhaltet, lehnen wir ebenfalls mehrheitlich ab.

Einstimmig unterstützt die grüne Fraktion den Antrag Rebeaud für einen Gegenentwurf, der zum ersten Mal die Pflicht zu einer umfassenden Friedenspolitik in unserer Verfassung verankern will.

Zum Schluss noch einen Hinweis auf unsere gegenwärtige Sicherheitspolitik. Mit 34 Hochleistungsflugzeugen für rund 3 Milliarden Franken glaubt das EMD, Massgebliches zur Verstärkung unserer Armee und damit zur Friedenssicherung beizutragen. Im Volk hingegen ruft die geplante Kampfflugzeugbeschaffung mit den sensationellen Preisen nur Kopfschütteln hervor. Neben den Milliarden für Panzer und Flugzeuge nehmen sich die für 1989 vorgesehenen 10,7 Millionen Franken zum Aufbau der schweizerischen Beteiligung an friedenserhaltenden Aktionen doch recht bescheiden aus. Wäre es nicht gescheiter, statt der hochempfindlichen, teuren Flugzeuge ein wirksames Boden-Luft-Abwehrsystem aufzubauen? Man hätte dann mehr Geld für wirklich friedenserhaltende Massnahmen.

In diesem Sinne werden wir Grüne auch die Motion der Kommissionsminderheit auf Schaffung eines Forschungsinstitutes für Friedens- und Sicherheitspolitik unterstützen.

**Frau Stocker:** Zuerst zwei Vorbemerkungen:

Erstens: Ich vertrete eine sehr kleine Minderheit der grünen Fraktion, die sich jedoch hier ebenfalls artikulieren will, aber

eine relativ breite Basis innerhalb der Grünen Partei, insbesondere bei den jungen Menschen und bei sehr vielen Frauen.

Zweitens: In meinem Demokratieverständnis muss sich grundsätzlich jedes Thema dem politischen Diskurs stellen, was aber gleichberechtigte Partnerinnen und Partner voraussetzt.

Die Töne im Umfeld dieser Diskussion hier im Saal machen mir auch Angst. Ich hoffe, Herr Loretan finde einen Kollegen oder eine Kollegin seiner Fraktion, die hier zuhänden der Öffentlichkeit erklärt, wen und was er meint, wenn er sagt, die Befürworterinnen und Befürworter seien dort hinzustellen, wo sie hingehören.

Ich gestehe Ihnen deshalb meine Angst, hier wirklich zu meiner Meinung zu stehen; denn mit der politischen Kultur, was die Armee betrifft, sind wir sehr schnell am Ende, und das ist für mich alarmierend. Die Einschüchterungsversuche, die im Vorfeld dieser Diskussion gelaufen sind, machen mir Angst; sie sind die wahre Bedrohung unserer politischen Demokratie.

Ich vertrete im Namen der Minderheit der Befürworterinnen und Befürworter der Initiative fünf Thesen:

1. Der Dissuasionsgedanke der Schweizer Armee folgt dem alten Ritual der Abschreckung, das technologisch und bald auch finanziell *ad absurdum* geführt werden wird. Unter diesen wissenschaftlich belegten Erkenntnissen kommen selbst Sicherheitsexperten zum Schluss, eine Sicherheit im Sinne einer friedenspolitischen Option für Europa gebe es nur im Zusammenhang mit einer Sicherheitspartnerschaft. Diese aber setzt Intelligenz voraus und nicht Rüstung, Kommunikationsfähigkeit und nicht Strategiespiele.

2. Oekologie, ganz zu Ende gedacht, heisst immer: Lebensraum, und nicht Grenzen, schützen. So wurde in den letzten Jahren innerhalb der grünen Bewegung sehr viel an diesem Thema gearbeitet. Ich selbst habe auf unzähligen Tagungen und Seminarien mitgearbeitet. Herr Bundesrat Koller erinnert sich vielleicht noch daran, dass wir einmal gemeinsam im Fernsehen aufgetreten sind und dass ich auch da von ihm noch die Stimme vom Paradigmawechsel vernommen habe, vom Wechsel in der Verteidigungsideologie; aber fünf Jahre sind eine sehr lange Zeit.

Ich bin seit zehn Jahren in der Friedensbewegung aktiv und als Friedensfrau gewählt worden. Unter dem Eindruck: «So kann es nicht weitergehen», werden Konzepte erarbeitet, und zunehmend mehr Menschen sind bereit, mindestens darüber nachzudenken. Die offizielle Sicherheitsdoktrin aber scheint oder will dies nicht zur Kenntnis nehmen.

3. Nehmen wir die Bedrohungssituation ganz realistisch ernst, so wissen wir uns letztlich doch schutzlos. Kein Zivilschutz, keine Gesamtverteidigungsideologie können und dürfen uns darüber hinwegtäuschen – ich verweise auf die kürzlich erschienene Studie von Willi Bierter zu diesem Thema –, es sei denn um den Preis des durch und durch disziplinierten Bürgers; aber das kann nicht der Sinn eines demokratischen Rechtsstaates sein.

4. In einer Gesellschaft, die der Gewalt schlichtweg alles zutraut, nämlich die Vernichtung sämtlichen Lebens, ist es für mich eine ethische Pflicht, die These der Gewaltlosigkeit mindestens in diesem Raum zu artikulieren. Gewaltlosigkeit, was nicht heisst Tatenlosigkeit, mindestens solange unsere Verfassung – erstaunlicherweise – immer noch mit den Worten beginnt: «Im Namen Gottes ...». Ich verpflichte mich hier, für eine Minderheit geradezustehen, die unser Land genauso leidenschaftlich liebt wie all jene, die täglich patriotische Reden führen.

5. Als Frau habe ich ein nüchternes, realistisches Verhältnis zur Armee. So ist mir das Männlichkeitsritual, das in der Armee zelebriert wird, fremd; es wirkt zunehmend befremdend auf viele Frauen. So kommt denn auch die klarste und eindeutigste Kritik noch immer und immer wieder aus der Frauenbewegung, und zwar in der Schweiz wie weltweit. Jeanne Hersch, nun wirklich weder Feministin noch eine linke Frau, schreibt in ihrem Aufsatz über die Bedeutung der Armee im Rechtsstaat: «Schliesslich bereitet jede Armee auf das Töten für den Fall vor, dass dies zur Verteidigung des

Rechtsstaates absolut nötig ist. Aber damit die Bürger sich dazu entschliessen, oder damit sie dazu fähig werden, muss Autorität und Disziplin herrschen, so dass ihr Einsatz zuletzt fast automatisch wird. Eine Art Entpersönlichung» – so wörtlich – «ist unerlässlich, da es jedem einzelnen vor dem Töten graut.» Frauen sind sich zunehmend bewusster, dass sie ein solches Männlichkeitsbild, was ja zugleich zum Menschenbild schlechthin erhoben wird, nicht mehr mittragen wollen.

«Ohne Vision geht die Welt zugrunde», so steht es im Buch der Sprüche bei Salomon. Die Initiative formuliert eine Vision – die Mehrheit hier, die Mehrheit im Volk wird sie nicht zulassen. Es spricht ihr sogar die Existenzberechtigung ab. Keine Visionen mehr zulassen aber heisst abschliessen mit dem, was Leben bedeutet. Keine Visionen mehr zulassen heisst, auch kein drittes Jahrtausend mehr zulassen und nichts mehr, was eine lebens- und lebenswerte Zukunft bedeutet.

Der Bundesrat hat es verpasst, in der Botschaft auch nur einen Funken von Hoffnung aufzunehmen. Die Botschaft – verzeihen Sie, Herr Bundesrat, da muss ich Herrn Reimann widersprechen – ist im letzten Viertel eines von Kriegen geprägten Jahrhunderts schlicht und einfach erbärmlich. Sie ist von der Mentalität des Siegers geprägt, und die hilft uns nicht weiter. Was wir brauchen, ist die Spiritualität des Kämpfens für eine bessere Welt.

**Präsident:** Es haben sich 55 Damen und Herren als Redner eingeschrieben. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass deshalb nicht gewährleistet ist, dass wir dieses Geschäft heute fertig beraten können. Sie wissen, dass zwei Namensabstimmungen beantragt worden sind. Ich darf Ihnen deshalb höflich in Erinnerung rufen, dass die Redezeitbeschränkung auf fünf Minuten als obere Grenze gemeint ist. Es sind zwei Begehren für kurze persönliche Erklärungen gestellt worden.

**Auer:** Es gibt im Parlament Mitglieder, von denen sagt man, sie seien das «juristische Gewissen» des Rats, und, Frau Stocker, Sie nehmen quasi in Anspruch, das moralische Gewissen unseres Rates zu sein. Sie haben uns schon bei anderen Gelegenheiten gesagt, wo Barthli den Most holen sollte.

Nun haben Sie sich für diese Initiative ausgesprochen; das ist Ihr gutes Recht. Aber ich mache Sie darauf aufmerksam, dass Sie vor den Nationalratswahlen, im «Tages-Anzeiger» vom 23. September 1987, erklärt haben: «Zusammen mit meiner Partei bin ich für die bewaffnete Neutralität.»

Frau Stocker, Sie haben soeben von «politischer Kultur» gesprochen. Dazu gehört auch, dass man eine Meinung, die man vor den Wahlen vertreten hat, auch nachher vertritt, oder dann aber, wenn man einen Meinungswechsel vornimmt, diesen wenigstens begründet. Seit den Wahlen 1987 ist, was die Notwendigkeit oder Abschaffung der Armee betrifft, keine Aenderung eingetreten.

**Loretan:** Herr Meier-Glatfelden und Frau Stocker haben mir bewusst oder unbewusst eine Aeusserung unterstellt, die ich niemals in diesem Sinne – im Namen der FDP-Fraktion übrigens – gemacht habe. Sie haben offenbar die Formulierung: «Es geht darum, diese Initiative und ihre Urheber unmissverständlich dorthin zu stellen, wo sie hingehören», etwas boshafterweise falsch interpretiert; vor allem bei Frau Stocker habe ich diesen Eindruck erhalten. Ich habe dann nämlich fortgefahren wie folgt: «... zu den Bestrebungen nämlich, zentrale Grundlagen unseres Staates zu zerstören.» Wenn man zitiert, muss man vollständig zitieren. Vielleicht haben Sie nicht so genau zugehört; das möchte ich Ihnen zum Schluss doch zugute halten. Ich werde Ihnen jetzt mein Manuskript zu Ihren Akten geben, und ich hoffe, dass Sie danach Ihre Meinung etwas korrigieren können.

**Mme Aubry:** Je suis la collègue de M. Loretan, Madame Stocker, qui répondra à certaines de vos attaques.

Tout d'abord, si nous avons été, nous, les bourgeois, plus vigilants, l'initiative pour une Suisse sans armée ne serait jamais parvenue au point d'être discutée dans notre Parlement. Mais les initiants sont tenaces et leur idée est non seulement de supprimer notre armée de milice mais encore d'entreprendre une refonte radicale de la forme de démocratie existante. Et Madame Stocker, comme d'autres le feront par la suite, vous venez de nous en apporter la preuve. Un des initiants n'a-t-il pas déclaré et écrit: «La critique fondamentale de l'armée connaît un progrès évident. Elle entre maintenant en discussion dans les salons». Vous avez parlé, Madame, de communication. Eh bien! l'armée – et j'ai fait partie pendant six ans de la Commission des Affaires militaires – est le meilleur moyen de communication entre citoyennes et citoyens suisses. Le courant passe entre les langues, les cultures, les régions, et ceci permet aux Suisses de mieux se connaître. Mais vouloir supprimer, tout d'abord, notre armée, c'est mettre en question un droit fondamental. Je crois que les initiants l'oublient. Alors que l'on parle très souvent de droits de l'homme, le droit en question est celui qui permet au citoyen de maintenir sa sécurité, de protéger son territoire, sa famille et ses biens. Notre armée est et restera une armée de dissuasion, car elle doit élever le prix à payer pour un éventuel agresseur.

Doit-on préciser, dire et redire que notre armée de milice n'envahira jamais des pays voisins mais que si, une armée étrangère occupait la Suisse, comme ce fut le cas en Afghanistan, la préparation de notre armée causerait d'énormes pertes à l'ennemi, ce qu'il ne manquerait peut-être pas d'évaluer avant.

Pourquoi vouloir exiger la suppression d'une institution en parfaite symbiose avec les citoyennes et les citoyens de ce pays parce que nous n'avons plus de menace directe à notre porte? Dans un pays au niveau de vie aussi élevé que le nôtre, je crois que l'armée n'est pas un luxe. Il y a d'autres pays qui lui consacrent 20 pour cent de leur PNB. Et lorsque l'on aperçoit les citoyens de notre pays qui, avec enthousiasme, suivent année après année les défilés militaires, participent aux visites «portes ouvertes» des casernes et des écoles de recrue, aux remises des brevets de sous-officiers et d'officiers, on ne peut qu'en déduire que l'armée est fortement ancrée dans la tradition et la conscience nationale. Un non massif à cette initiative ne ferait donc aucun doute si on ne la jugeait que sur l'article 17 et ses deux premiers alinéas. Mais il faut convenir que le troisième alinéa de l'article 17 piégera bien des personnes car il parle de paix, ce que chacun désire.

Des voix se sont déjà unies dans la commission pour des propositions de minorité qui sont dangereuses et d'ailleurs inacceptables. On en est venu à faire des propositions ridicules en mélangeant tous les problèmes, soit l'environnement, le service civil à caractère social, à un moratoire pour les acquisitions d'armement. Ajoutons-y la politique de paix sur laquelle on insiste tellement, comme si notre pays voulait la guerre!

Comment en est-on arrivé à se ridiculiser pareillement? Je sais bien que lorsque l'on défend les valeurs qui ont fait et font la civilisation judéo-chrétienne, on passe pour réactionnaires. Eh bien! je préfère cette étiquette. Mais notre armée, avec ses qualités et ses défauts, doit être maintenue car elle est composée d'êtres humains et reste à l'image de ceux-ci. Je terminerai en disant qu'une bonne nouvelle entendue ce matin a été celle de M. Gorbatchev qui nous annonce que 500 000 soldats soviétiques rentreront chez eux. Je voudrais vous rappeler qu'il y en a plus de trois millions sous les drapeaux soviétiques!

**Président:** Ich beantrage Ihnen, jetzt die Rednerliste zu schliessen. – Sie sind damit einverstanden; so beschlossen. Das Wort hat für eine kurze persönliche Erklärung Herr Meier-Glatfelden.

**Meier-Glatfelden:** Ich möchte mich zur Erklärung von Herrn Auer äussern. Frau Stocker hat vor den Wahlen wörtlich

erklärt: «Meine Partei steht ein für die bewaffnete Neutralität, fordert aber unverzüglich die Prüfung von Alternativen.» Sie persönlich hat nie ein Hehl daraus gemacht, dass sie die GSoA-Initiative unterstützt.

(*Zwischenruf Auer:* Sie erklärte, sie sei für die bewaffnete Neutralität. Diese kann man nicht mit der Feuerwehr verteidigen!)

**Frau Haller:** Ich bin froh, dass ich mich zu Beginn der Einzelrednerliste zum vorliegenden Traktandum äussern kann. Mein Anliegen betrifft nämlich just die Art und Weise, wie diese Debatte hier geführt wird; es betrifft auch die Art und Weise, wie die Debatte um diese Initiative in den nächsten Monaten in der Öffentlichkeit geführt werden wird. Politische Ueberzeugungen beruhen auf Erfahrung. Ich möchte sogar sagen: Die tragfähigsten und überzeugendsten politischen Einstellungen sind jene, die auf persönlichen Erlebnissen und Erfahrungen beruhen. In meiner Familie und in meinem Bekanntenkreis gibt es viele Leute, die sich eine Schweiz ohne Armee nicht vorstellen können und die die Initiative deshalb klar ablehnen. Es sind vor allem Leute, die den Zweiten Weltkrieg erlebt haben, die Bedrohung und die Sicherheit, die einem die Schweizer Armee damals gab. Es sind Leute, die ich persönlich gern habe, und ich respektiere ihre politische Ueberzeugung, weil sie auf Erfahrung beruht.

Ich kenne aber auch die gegenteilige politische Ueberzeugung, die sich eine Schweiz ohne Armee vorstellen kann. Diese Einstellung kenne ich vor allem aus den zahlreichen Prozessen vor Militärgerichten, in denen ich als Anwältin Militärverweigerer verteidigt habe. Auch diese Ueberzeugung beruht auf Erfahrungen, zum Teil hautnahster Erfahrung der betreffenden Leute im Militärdienst. Und auch diese Ueberzeugung ist zu respektieren.

Was heisst das konkret? Ich verlange von allen, die der Initiative zustimmen, dass sie auch anerkennen, dass man die Initiative ablehnen kann. Aber genauso verlange ich umgekehrt, dass jene, die die Initiative ablehnen, auch Personen respektieren, die der Initiative zustimmen.

Es ist kein krimineller Akt, diese Initiative abzulehnen. Aber genausowenig ist es kein krimineller Akt, der Initiative zuzustimmen. Die politische Kultur unseres Landes wird daran gemessen werden können, ob in dieser Diskussion versucht werden wird, politische Meinungen auszugrenzen oder gar politisch zu kriminalisieren oder ob das nicht passiert.

Ich möchte nun ganz kurz diese Forderung noch im Lichte unserer Bundesverfassung betrachten, die bekanntlich die Glaubens- und Gewissensfreiheit garantiert. Ob man die Initiative ablehnt oder gutheisst; ist letztlich eine Frage des Gewissens und der religiösen Ueberzeugung. Ich persönlich stehe der Initiative positiv gegenüber, einerseits aufgrund meiner Lebenserfahrung, aufgrund der zahlreichen Gespräche, die ich mit meinen früheren Mandanten geführt habe, andererseits vor allem aufgrund meiner religiösen Ueberzeugung, die sich klar an feministischer Theologie orientiert.

Genauso wie ich niemanden von meiner religiösen Grundhaltung überzeugen will, will ich auch niemandem ein Ja zur Initiative aufdrängen. Aber ich verlange, dass jeder Schweizer und jede Schweizerin sich seine und ihre Meinung frei bilden kann, nach seiner ethischen, religiösen und damit politischen Ueberzeugung.

Aus diesen Gründen werde ich mich innerhalb meiner Partei für eine Stimmfreigabe einsetzen. Weil ich das will, werde ich mich hier in der Schlussabstimmung unter Namensaufruf der Stimme enthalten. Es ist also nicht nötig, dass Herr Reimann Maximilian meine Stimmenthaltung interpretiert, nachdem ich hier die Begründung selber gegeben habe.

**Mme Pitteloud:** Contrairement à M. Ziegler, je n'ai pas signé l'initiative et je ne ferai pas campagne pour la soutenir. J'estime, en effet, qu'elle ne permet pas de discuter utilement sur le rôle réel de cette armée, sur ses objectifs et sur son organisation. Il y a une série de questions très concrètes qui sont régulièrement posées ici, par les socialistes notam-

ment, qui sont à mes yeux beaucoup plus importantes. Par exemple, cette armée qu'on nous présente comme destinée à défendre le pays n'est-elle pas plutôt une institution qui se suffit à elle-même, destinée avant tout à assurer de juteux profits aux industriels de l'armement et des postes de travail avantageux aux membres de la hiérarchie militaire? Pourquoi une armée qui se veut défensive devrait-elle intervenir à l'intérieur du pays? Que veut dire le Conseil fédéral lorsqu'il parle, dans son message, de «renversement fomenté de l'intérieur»? Enfin, faut-il accepter que cette armée accapare une part exorbitante des ressources du pays et que la protection militaire soit une notion plus sacrée que la protection sociale ou que la défense du territoire nous soit présentée comme plus importante que la défense des institutions fondamentales? Si l'engagement pour la défense nationale dépend de ce que le pays fait pour chacun, il n'est pas étonnant alors que ce Parlement – dont une bonne partie pourrait siéger en uniforme galonné, tandis qu'une autre a des connexions économiques très étroites avec l'armée – s'engage pour la défendre.

Par contre, en tant que femme et en tant que socialiste, je n'ai aucune bonne raison de faire une union sacrée avec la droite sur l'actuelle forme de la défense nationale. En tant que femme, je rejette bien sûr le sexisme qui règne dans cette institution, dont nous avons eu quelques lamentables exemples ces dernières années. Je n'en citerai qu'un: les exercices de tir sur des cibles à forme féminine. Je n'accepte pas non plus, en tant que femme, qu'on s'arroge, au nom de la défense de la patrie, le droit de détruire la base même de cette patrie, sa nature, ses paysages, et j'accepte encore moins qu'année après année, la majorité de ce Parlement décide que ce pays n'a pas les moyens financiers de traiter correctement ses retraités, ses invalides, ou encore de mettre hommes et femmes sur un pied d'égalité, alors que des milliards disparaissent dans des programmes d'armement. «Moins d'Etat, plus d'armement», c'est une maxime imposée par la majorité de ce Parlement que je refuse.

Enfin, en tant que socialiste, je ne peux que constater que nos interventions, à propos de cette armée, de son organisation et de son fonctionnement sont totalement méprisées. Nous n'avons pas pu obtenir que l'on exclue l'intervention de l'armée à l'intérieur du pays et ces interventions sont de sinistre mémoire pour notre mouvement. Nous n'avons pas non plus pu intervenir pour que cette armée soit réellement une armée de milice basée sur la démocratie. De plus nous ne pouvons pas ignorer qui sont les «ennemis de l'intérieur» désignés dans les exercices de défense générale lorsque nous en connaissons par hasard les scénarios comme en 1984: des pacifistes, des écologistes, des étudiants, des syndicalistes, des mouvements de femmes. Ce n'est pas étonnant, car la droite de ce pays se confond avec cette armée et lui insuffle son esprit militariste et son caractère totalitaire. Je crois malheureusement d'ailleurs que certains militaires reporteraient volontiers ce modèle sur notre société civile.

L'initiative ne portant pas sur ces questions, j'aurais pu m'abstenir au vote mais je dois dire que j'ai le sentiment que c'est à un véritable plébiscite de l'armée qu'on nous convie aujourd'hui, et c'est d'ailleurs ce que je reprochais à l'initiative. Dans ce contexte, et étant donné mon «non» à cette armée actuelle, je dirai «oui», parce que, sachant que je le ferai dans l'urne, je trouve plus honnête de le faire ici aussi. Enfin, à ceux qui comme M. Maximilian Reimann veulent tirer des conclusions définitives de ce vote du genre «subordination aux puissances étrangères», je leur conseillerai de relire le «livret militaire» de Max Frisch. Il leur rappellerait, par exemple, qu'en 1940, il y a cinquante ans à peine, ce sont les officiers, les grands bourgeois helvétiques, qui signaient la «Pétition des 200», faisant pression pour aligner la Suisse sur le Troisième Reich. L'esprit de résistance se portait alors mieux, Monsieur Reimann, dans les rangs des travailleurs antifascistes que dans ceux de l'état-major, et je suis portée à croire qu'il en serait encore de même aujourd'hui.

**Thür:** «Wenn nun die neutrale Schweiz etwa sagen würde: Jetzt schaffen wir die Armee ab, wäre das für mich ein ungeheurer Akt der Vernunft.» Diese Aussage von Friedrich Dürrenmatt in einem Fernsehgespräch vor rund drei Jahren irritierte mich zunächst. Dürrenmatt ist aber nicht der einzige bedeutsame Denker in diesem Lande, der heute wie die über 100 000 Initianten Dinge formuliert, die noch vor 40 Jahren undenkbar gewesen wären. Das muss doch zu denken geben. Da genügt es mir nicht, wenn man die Initianten im Stil der Freisinnigen einfach als vaterlandslose Gesellen hinstellt und sie dort haben möchte, wo sie hingehören, Herr Loretan. Ich habe genau zugehört. Was ist das für ein Mensch, der die zentralen Grundlagen dieses Staats zerstören will? Das ist doch ein vaterlandsloser Geselle oder gar ein Verräter. Ihre Präzisierung, Herr Loretan, hat mich deshalb nicht beruhigt.

Der gigantische globale Rüstungswahnsinn der letzten 40 Jahre hat auch in unserem Land Ansätze zu einem neuen Bewusstsein geschaffen. Ich behaupte: Es ist gar nicht diese Initiative, welche heute unsere Armee in Frage stellt. Es ist vielmehr die Tatsache, dass wir weltweit über ein nukleares Vernichtungspotential verfügen, gegen das unsere Armee keine Chance hätte.

Wenn ich mir vergegenwärtige, dass unsere Armee von Bedrohungsszenarien mit nuklearen Auseinandersetzungen ausgeht und diese sogar überleben will, werde ich sprachlos und zweifle meinerseits an der Vernunft solcher Strategien. Ich hoffe, dass die Studie von Willy Bierler über die möglichen Folgen eines Atomkrieges noch einigen die Augen geöffnet hat. Ich will damit sagen: Im Zeitalter des drohenden nuklearen Holocaust kann sich Sicherheitspolitik in einem Kleinstaat nicht damit begnügen, eine Armee zu unterhalten und auf die Dissuasion zu vertrauen. Wir brauchen, wie die Initianten vorschlagen, eine umfassende Friedenspolitik auf neuen Grundlagen.

Was die Abschaffung der Armee betrifft, nehme ich die Bedenken dieser Initiative gegenüber – wie sie im übrigen auch innerhalb der Friedensbewegung geäußert wurden – sehr ernst. Ich sage auch deutlich: ich hätte Angst davor, die Armee bereits morgen abzuschaffen. Ich glaube nicht, dass wir in unserem Lande bereits soweit wären, Konflikte gewaltlos zu lösen. Die Initiative nimmt gleichsam das Ergebnis eines Prozesses vorweg, wenn sie heute die Abschaffung der Armee postuliert, obwohl die Voraussetzungen in Sachen Friedenspolitik noch gar nicht geschaffen sind.

Wenn ich die Erklärung der Initianten aber ernst nehme, geht es ihnen nicht darum. Sie verstehen die Initiative nicht als Mittel zur tatsächlichen Abschaffung der Armee, sondern als Utopie, die einen Bewusstseinsbildungsprozess im Hinblick auf eine neue Friedens- und Sicherheitspolitik einleiten soll. Mit dieser Absicht kann ich mich voll und ganz einverstanden erklären. Weshalb sollen wir in diesem Lande die Weltfrage des Friedens nicht exemplarisch stellen können, wenn wir ständig mit dem Risiko leben, dass dieser Stern untergehen könnte?

Noch etwas: «Die grösste Gefahr dieser Initiative besteht nicht darin, dass sie ein derart heikles Thema wie die Landesverteidigung zur Volksabstimmung bringt. Die grösste Gefahr besteht darin, dass sie unter den Eidgenossen eine gefährliche Polarisierung schafft, den Hass belebt und einen Graben aufreisst, in dem Toleranz und Dialog untergehen.» Der dies sagte, ist ein Offizier dieser Armee, der es gewagt hat, vor einer pazifistischen Organisation darzulegen, weshalb er gegen die Initiative ist. Er bekam danach Protestbriefe von Armeebefürwortern, er sollte doch gleich das Lager wechseln. Ueber dieses Thema darf also in diesem Lande nicht diskutiert werden.

In diesem Saal ist es nicht anders. Ich habe in der letzten Woche mit vielen über diese Initiative gesprochen, und ich bin besorgt darüber, wie sehr auch in diesem Saal ein Klima der Angst herrscht und verbreitet wird.

Mit meinem Ja zu dieser Initiative möchte ich zum Ausdruck bringen, dass es in diesem Lande noch möglich sein muss,

utopische Ideen in einer existentiellen Frage zu diskutieren, ohne politisch erledigt zu werden.

Mit der Unterstützung unseres Gegenvorschlages können Sie ein Stück dieses utopischen Weges mitgehen.

**M. Carobbio:** Le président de la commission et d'autres orateurs qui ont pris la parole hier ont dit que l'initiative était une provocation. C'est certainement le cas si on l'examine selon de simples critères de «Realpolitik». De ce point de vue, les critiques possibles sont diverses. Pour ma part, j'en retiendrai deux que je considère comme étant les plus importantes.

Premièrement, demander la suppression de l'armée suisse présuppose que l'on peut compter sur un *consensus* assez large dans le peuple, ce qui n'est manifestement pas le cas pour le moment. Deuxièmement, une telle proposition devrait s'inscrire dans un mouvement qui dépasse les frontières d'un seul pays, ce qui n'est également pas le cas. Cela dit, pour moi il est incontestable que, dans une optique plus large, l'initiative soulève des questions qui ne peuvent pas être liquidées par un simple «non» et, encore moins, par des arguments juridiques ou traditionnels. En effet, dans ce monde, mais surtout en Suisse, le fait de s'interroger sur le sens de notre politique de sécurité, de notre défense militaire, de nos dépenses militaires toujours plus élevées et sur la prédominance – c'est un aspect que l'on a oublié jusqu'à présent dans ce débat – des intérêts des industries d'armement dans les choix de politique militaire, n'est pas seulement légitime mais toujours plus nécessaire. On chercherait inutilement dans le message de telles considérations. Je reproche donc au Conseil fédéral d'avoir perdu l'occasion d'ouvrir un débat politique et culturel très important dans notre pays. Alors, permettez-moi de dire que, si l'initiative est une provocation, il en va de même avec les énormes sommes d'argent qui sont gaspillées à travers le monde – y compris la Suisse – pour des armements, surtout lorsque l'on pense aux besoins des pays sous-développés, à la faim et aux nouveaux pauvres qui sont les véritables causes des instabilités sociales et politiques. L'illusion selon laquelle l'indépendance et l'autonomie du pays sont avant tout défendues avec une armée dotée de matériel toujours plus sophistiqué et coûteux est elle aussi une provocation, lorsqu'on sait très bien que les problèmes sont tout autres. Il faudrait réfléchir une fois sur l'emprise des capitaux étrangers sur notre patrimoine économique.

Le refus presque systématique du Conseil fédéral et de la majorité bourgeoise de ce Parlement de considérer sérieusement les propositions de la gauche visant à modifier notre politique de sécurité, notre conception de la défense nationale et de notre armée et de participer activement aux mouvements en faveur du désarmement et de la paix qui se développent dans le monde constitue aussi une provocation. Il faut bien admettre qu'en matière de désarmement et d'initiatives pour la paix la Suisse officielle ne bouge pas. Dans le monde entier, on envisage de revoir les politiques de sécurité et nous campons sur nos positions. On en arrive à refuser toutes les propositions, même celles de Mme Jean-prêtre, qui demande simplement la création d'un institut de paix en Suisse.

Dans ces conditions, puisque je suis convaincu qu'une révision de notre politique de sécurité s'impose, je ne peux pas m'associer au refus pur et simple de l'initiative, malgré ses limites et ses défauts politiques, d'autant plus que pour beaucoup d'opposants, ce refus est compris comme une occasion de plébisciter une politique de sécurité et une défense nationale que je ne peux pas du tout approuver. Mon «oui» à cette initiative va au-delà de son contenu et de son réalisme. Il signifie ma solidarité avec ceux qui ont lancé cette idée, cette discussion, et mon opposition à toute forme d'intimidation contre les auteurs de l'initiative visant à les étiqueter comme des non-patriotes. Il va aussi dans le sens d'un vote en faveur du droit et de la nécessité de placer le débat sur une politique de sécurité et de défense nationale fortement discutable au niveau populaire.

**Frau Bäumlín Ursula:** Herr Auer, ich möchte etwas sagen zu dem, was über Leute in Zeitungen geschrieben wird. Ueber mich wurde geschrieben, ich gehöre zu den Initianten und Initiantinnen der Initiative zur Abschaffung der Armee. Das stimmt nicht, ich gehöre nicht dazu. Ich habe die Initiative relativ spät unterschrieben. Ich erhoffte mir davon eine breite Diskussion über die Frage, ob etwas und was genau noch für eine Schweizer Armee spricht, und zwar unter den heutigen Umständen, Gegebenheiten und Bedrohungen unseres Landes, unseres Gemeinwesens, unserer Heimat. Wenn ich mich mit meiner Unterschrift kritisch zur Armee stellte – wie ich sie eben kenne und beobachtet habe –, so weise ich mit aller Entschiedenheit den Vorwurf zurück, ich sei gegen die Landesverteidigung. Ich bin gegen diese Armee mit ihrer Tendenz zur Verabsolutierung: z. B. mit ihrer eigengesetzlichen Rüstungsspirale, mit der Militarisierung des Lebens durch eine Gesamtverteidigungsdoktrin, die langsam alles zu umfassen beginnt, mit einer Militärjustiz, die sich anmasset, das Gewissen zu beurteilen, was eine Pseudoentkriminalisierung bewirkt und das nationale Bestrafungssyndrom verstärkt.

Bei diesen Tendenzen nun sehe ich einfach zu wenig Veränderung in Richtung Redimensionierung, demokratische Kontrolle, Entkrampfung, Vertrauen z. B. in die Leute – dass sie zur Verteidigung nämlich bereit sind, wenn klar ist, was verteidigt werden soll, und wenn sie mitreden können darüber, wie es verteidigt werden soll.

Ich zitiere eine ältere Frau aus bürgerlichen Kreisen. Sie sagte mir vor kurzem: «Weisst Du, ich denke manchmal, dass die Armee uns ja gar nicht wird schützen können, wenn etwas passiert».

Wenn was passiert? – Vor drei Tagen hat hier in diesem Saal Herr Bundesrat Ogi gesagt, rechtlich könnten wir gegen die Wiederinbetriebnahme von Creys-Malville, die eine Bedrohung darstellt – mindestens für mich – nichts machen.

Militärisch können wir dagegen natürlich erst recht nichts machen.

Nachher – und das bedaure ich ausserordentlich – hört unsere Verteidigungsphantasie bereits auf. Ueber soziale Verteidigung wird hierzulande – mindestens im Volk – überhaupt nicht nachgedacht und viel zu wenig gesprochen. Und genau das – da bin ich überzeugt – treibt viele Menschen, besonders jüngere und junge Menschen, in die Resignation.

Die Antwort auf unsere heutigen Fragen, Probleme und Ängste kann doch einfach nicht mehr das wunderschöne Stereotyp von Voli Geiler und Walter Morath aus den sechziger Jahren sein, die in einem Sketch mehrmals wiederholten: «Mier mache alles mit em Schturmgwehr.»

Uebrigens haben Frauen in diesem Lande kein Sturmgewehr. Und das ist für mich ein ganz wichtiges Motiv, dazu zu stehen, die Initiative, also auch die Abschaffung dieser Armee, unterschrieben zu haben, weil ich als Frau endlich mit meinem Verteidigungs- und Sicherheitsbedürfnis ernst genommen werden will.

Auf die mächtigen und die anonymen Machtballungen, die mich – und nicht nur mich – bedrohen, kann man eben nicht oder nur schlecht schießen. Diese Bedrohungen sind auch nicht mehr einfach national, sondern – wie die Multis – trans- und international; immer gerade dort, wo wir sie mit unseren Institutionen am wenigsten bekämpfen können.

Ueber die Verflechtungen zwischen zivilen und militärischen Mächten und Mächtigen möchte ich mich hier nicht weiter auslassen. Dazu fehlt schlicht die Zeit.

Ueberhaupt ist das wohl grösste Problem dieser Initiative das Zeitproblem. Grundsätzliche Aenderungen dieses Kalibers brauchen Zeit, ungeheuer viel Zeit. Wir haben erst angefangen, und erst angefangen zu diskutieren. Von Umhandeln ist noch wenig zu merken.

In dieser Situation, in der einerseits von Moratzen und Ausstieg und andererseits erst zaghaft von einer «Option Armee» zu reden begonnen wurde, habe ich noch keinen Grund, nicht zu meiner Unterschrift unter die Initiative zu stehen.

Hier und heute stelle ich mich voll hinter die von meinen Genossen eingebrachten Gegenvorschläge. Ich will, dass sich in unserem Land etwas verändert.

**Bonny:** Ich möchte mich hier mit dem Votum des Sprechers der SP-Fraktion, Herrn Hubacher, auseinandersetzen, wobei ich dankbar anerkenne, dass sich diese Fraktion mit klarer Mehrheit von der Initiative distanziert hat und sie ablehnt. Herr Hubacher, Ihr Votum war interessant, wirkte aber doch etwas zwiespältig. Neben bemerkenswerten Nuancierungen mündet es aus in ein «Ja aber» zur Armee, bei dem die Aber leider das Ja fast völlig überdeckten. Es war ein brillanter Akt intellektueller Equilibristik und politischer Haute Voltige, der sich, wie mir schien, aber mehr an Ihre Partei – auch ausserhalb dieses Saals – als an das Parlament selber gerichtet hat.

Sie haben sich daran gestossen, dass in der Botschaft die Armee als nationaler Integrationsfaktor dargestellt wird. Sie sprachen von einem Grundlagenirrtum und behaupteten, die Armee werde über die Politik gestellt; wir hätten eine allzusehr militarisierte Gesellschaft. Sie haben dabei leider ein Wort – ich möchte sagen das Schlüsselwort – beiseite gelassen: nämlich den Milizcharakter unserer Armee.

Der Bürger als Soldat ist Teil unserer helvetischen Realität. Das erst macht eigentlich die Armee zum Selbstverständnis unseres Volkes und unseres Staates. Durch das Milizsystem, und allein durch das Milizsystem, wird eben die Armee effektiv zu einem Integrationsfaktor. Sie verhindert – das scheint mir entscheidend zu sein – die Bildung einer Militärkaste in unserem Land.

Es will doch niemand behaupten, unser Volk, unsere Wehrmänner seien ein Verein von Militärköpfen. Der Schweizer – so ist es jedenfalls auch mir während beinahe 1500 Diensttagen ergangen – empfindet keine Freudenausbrüche beim Einrücken. Er tut seine Pflicht, und damit hat es sich. Das gilt für die überwältigende Mehrheit der Wehrpflichtigen, ungeachtet ihrer politischen Ueberzeugung.

Herr Hubacher hat im Zusammenhang mit der Sicherheitspolitik gesagt, sie habe z. B. auch die Umweltproblematik zu berücksichtigen. Ich bin einverstanden mit ihm. Aber auch hier war Herr Hubacher leider etwas unvollständig. Zur Sicherheitspolitik gehören natürlich auch die indirekte Kriegsführung und – leider allzu aktuell – Akte von Sabotage und von Terrorismus.

Ich meine, wir sollten doch aufhören, einzelne Elemente der Sicherheitspolitik gegeneinander auszuspielen, z. B. Umweltschutz gegen Landesverteidigung. Sicherheitspolitik macht nur Sinn, wenn sie ein Ganzes ist.

Der von Herrn Hubacher kritisierte Ordnungsdienst, ist – da können Sie versichert sein – auch in der Armee denkbar unbeliebt. Ich sage das aus eigener Erfahrung. Aber sagen Sie uns einmal, wer eigentlich diese Aufgabe wahrnehmen will.

Der Bundesrat hat seinerzeit die Busipo vorgeschlagen; dieser hätte die Armee liebend gerne diese Aufgabe übertragen. Aber auch Sie, Herr Hubacher, haben mit Ihrer Partei diese Institution abgelehnt.

Schliesslich haben Sie gesagt, wir sollten doch einmal von der «ewigen Bedrohungssituation» abgehen. Wir anerkennen durchaus die Abrüstungsbestrebungen; wir freuen uns über den letzten Schritt, den Herr Gorbatschow gestern vor der Uno bekanntgegeben hat. Wenn wir aber die Zahlen anschauen, sind das doch bloss erste Schritte, erste Schritten.

Bertolt Brecht hat einmal gesagt: «... aber die Verhältnisse, die sind halt so.» Die Verhältnisse sind zum Beispiel so, dass 16 000 Panzer der Nato in Europa 51 000 Panzer des Warschauer Paktes gegenüberstehen usw. Denken wir auch daran, dass ein Verteidigungsvakuum in der Schweiz ohne Armee diese Kriegsmächte geradezu einladen könnte, bei uns auf Kosten unserer Zivilbevölkerung fernab ihrer Zivilbevölkerungen ihre Kämpfe auszutragen.

Wir brauchen eine Armee ohne Wenn und Aber!

**Frau Leutenegger Oberholzer:** Ich unterstütze die Initiative, über die wir heute befinden. Die Initiative will die Armee abschaffen, jene Armee, an die sich in diesem Lande immer die Hoffnungen knüpften, wenn die Schweiz bedroht war. Heute ist die Schweiz schlimmer bedroht denn je. Die Kriegsvorbereitungen auf der ganzen Welt sind einmalig in der Geschichte. Wie Spielzeuge fast muten die Zerstörungsmittel des Zweiten Weltkrieges an im Vergleich zu den Waffen und Armeen, die uns heute bedrohen. Die Waffen von heute können -zigtausendmal mehr vernichten als jene des Zweiten Weltkrieges. Das ist jenseits des Vorstellungsvermögens von Menschen – von den Menschen hier drinnen, aber auch von Offizieren und Kriegsplanern. Diese Waffen sind schussbereit, jeden Tag können sie losgehen, sei es aus Absicht, aus Irrsinn oder aufgrund eines Fehlers im Computer. Es kann heute soweit sein.

Die Wahrscheinlichkeit, dass diese Waffen eines Tages losgehen, ist gross. Ob sie losgehen oder nicht, hängt von vielem ab, aber nicht von unserer Armee. Unsere Armee hat keinen Einfluss darauf; im Kalkül der strategischen Rechenmaschinen der Grossmächte existiert sie nicht. Sie könnte uns auch gar nicht schützen. Unsere Grenzen können wir vielleicht vor Menschen verschliessen, Radioaktivität aber macht an unseren Grenzen nicht halt.

In einem nächsten europäischen Krieg würde es keine schweizerische Insel mehr geben, ganz unabhängig davon, ob wir eine Armee haben oder nicht. Wer meint oder vorgibt, die Schweiz könne ein Inseldasein aufrechterhalten, übersieht, dass sich die Bedrohungsbilder geändert haben, und hat wohl auch den Anschluss an die Realität von heute verloren.

Genau das gilt auch für die bundesrätliche Botschaft, für den Geist, aus dem sie geschrieben ist. Eine klägliche Botschaft im übrigen, die sich in wichtigen Fragen wie der Friedens- und Sicherheitspolitik und in der historischen Analyse auf zum Teil sehr dumme Schlagworte beschränkt. «Die Schweiz hat keine Armee, sie ist eine» ist eines dieser Schlagworte. Eine Botschaft, die die ökologischen und sozialen Probleme, die uns heute tatsächlich bedrohen, einfach negiert.

Genau um diesen Bedrohungen unserer elementaren Lebensgrundlagen zu entgehen, brauchen wir die Mittel, die heute in unsere Armee gesteckt werden. Wir brauchen die Milliarden von Franken, zu denen die schweizerische Bevölkerung im übrigen nie etwas zu sagen hat, die hochentwickelte Technik und vor allem die menschliche Leistungskraft, die in unsere Armee gesteckt wird.

Um Frieden für alle zu erreichen, ist die Armee ein untaugliches, ja ein hinderliches Mittel. Ein Krieg kann losgehen, wenn zum Beispiel weltweit die Umwelt so vergiftet ist, dass man darin nicht mehr leben kann, wenn die Energiequellen wegen des überwältigenden Verbrauchs der reichen Industrieländer zu versiegen drohen, wenn die vier Milliarden Armen der Dritten Welt endlich am Reichtum der Reichen teilhaben wollen. Wollen wir einen Krieg tatsächlich verhindern, so müssen wir unsere Mittel genau zur Lösung dieser Probleme einsetzen, zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, für soziale Gerechtigkeit überall in der Welt, für gerechte internationale Wirtschaftsbeziehungen und für eine Aussenpolitik, die sich an West und Ost orientiert.

Wir brauchen eine unkonventionelle Friedenspolitik und dazu nicht nur die Mittel, die in unsere Armee gesteckt werden, um verfehlt und gefährliche Illusionen zu nähren; wir brauchen vor allem die friedenspolitische Phantasie unserer Soldaten, Offiziere, aller Frauen und Männer in diesem Land. Eine ernstgemeinte, breit angelegte friedenspolitische Diskussion in der Schweiz wäre tatsächlich ein Integrationsinstrument, und zwar eines, das die ganze Bevölkerung umfassen würde, die Jungen und die Alten, die Frauen und die Männer – ganz im Gegensatz zur Armee, Herr Bundesrat Koller, die doch vor allem als patriarchalisches Disziplinierungsinstrument für die Hälfte der schweizerischen Bevölkerung dient!

Der Bundesrat schreibt zu Recht, die Initiative sei radikal. Ja, ich meine, wer heute einen Sinn für die Wirklichkeit hat, ist radikal. Die Gegenvorschläge – Rüstungsmoratorium, Umweltfonds, Friedenspolitik, Zivildienst – sind alle sicher richtige Forderungen, denen auch zuzustimmen ist, aber sie weichen zum Teil einer klaren Stellungnahme zur Initiative aus.

Ich ersuche Sie deshalb, zur Initiative für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik ja zu sagen. Nehmen wir damit die Chance wahr, für die Schweiz das Modell einer gewaltfreien, weniger hierarchischen Gesellschaft zu entwickeln – dies wird weltweit wichtige Impulse für die Friedenspolitik auslösen und wegweisend sein für Europa.

**Spälti:** Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit! Sicherheit hat viele Aspekte, stützt sich auf viele Pfeiler ab. Die Landesverteidigung ist einer dieser Pfeiler, ein wichtiger – er steht jetzt zur Diskussion.

Nun kann die Armee als bedeutende Stütze der Landesverteidigung schon lange nicht mehr nur mit der Bedrohung durch die Sowjetunion oder durch den Warschauer Pakt gerechtfertigt werden. Eine differenziertere Betrachtungsweise drängt sich auf; sie schadet auch nichts, im Gegenteil. Lassen Sie mich einen Aspekt dieser Sicherheitspolitik besonders beleuchten. Die offizielle schweizerische Sicherheitspolitik wertet seit langem die allgemeine Friedenssicherung und Krisenbeherrschung als strategische Hauptaufgabe. Diese Sicherheitspolitik und auch die Rolle der Armee müssen laufend überprüft werden; es stellt sich immer wieder die Frage, was sinnvoll und zweckmässig sei. Wenn wir aber die militärische Bedrohung nicht mehr gleich hoch einstufen wollten, was aufgrund der Fakten mindestens fragwürdig ist, dann müssen wir auch bereit sein, die neuen sicherheitspolitischen Bedrohungen zu erkennen und die Konsequenzen zu ziehen. Man sollte auch nicht militärische und zivilisatorische Bedrohungen gegeneinander ausspielen. Die Alternative ist nicht ein «entweder oder», sondern ein «sowohl als auch».

Zurück zur Friedenssicherung: Eine Schweiz ohne Armee würde es uns gerade im Friedensprozess, der angesichts einer noch kaum veränderten, potentiellen militärischen Bedrohung – und daran ändern auch die Ankündigung von gestern nichts – dringend nötig ist, nicht mehr ermöglichen, eine aktive Rolle zu spielen. Von einem ehrlosen Volk, dem seine Freiheit keine Opfer mehr wert ist, nimmt man keine Vorschläge entgegen. Die Erfahrungen unserer Vertreter im Umfeld multilateraler, sicherheitspolitischer Verhandlungen sind in dieser Beziehung ganz eindeutig.

Die Vision einer gewaltlosen Welt, wie sie einem Teil der Sympathisanten der Initiative vorschwebt, kann sicher nicht durch das Mittel der Wehrlosmachung, der Abschaffung der Schweizer Armee erreicht werden, weil der Grundsatz der Gleichzeitigkeit und der Gleichzeitigkeit fahrlässig ausser acht gelassen wird.

Erhöhte Sicherheit und ein wesentlicher Schritt zum Frieden können nur erreicht werden, wenn die Armeen, insbesondere jene der Grossmächte, von ihrer Struktur und ihrer Stärke her nicht mehr angriffsfähig sind. Eine solche Entwicklung nähme aber Jahrzehnte in Anspruch und wäre mit Rückschlägen verbunden.

Die Schweiz hat in dieser Beziehung schon lange eine Vorleistung erbracht. Unsere Armee ist das beste Beispiel von Nichtangriffsfähigkeit, ist aber doch stark genug, um den Schutz des Landes sicherzustellen, die Verpflichtung aus dem 1815 besiegelten Neutralitätsstatus wahrzunehmen und auch internationale Solidarität zu beweisen.

Der Umstand, dass jede potentielle Kriegspartei an der Benützung unseres Territoriums und des Luftraumes gehindert wird, macht die Schweiz zur militärisch und politisch verlässlichen Grösse in Europa. Eine weitere Vorleistung, eine Wehrlosmachung dieses Landes würde weder uns noch der Staatenwelt von Nutzen sein. Wer die Friedenssicherung anstrebt, müsste zu anderen Schlüssen kommen als die Initianten, die sich ja selbst so gerne als die Friedens-

bewegten bezeichnen. Die Initiative «Schweiz ohne Armee» ist eine zutiefst originalitätssüchtige, von Illusionen und politischen Zielen geleitete Gegenposition zur von Sachlichkeit und Vernunft bestimmten schweizerischen Sicherheitspolitik.

**Graf:** Die Möglichkeit bewaffneter Konflikte in Europa besteht heute wie in der Zukunft. Zur Führung einer militärischen Auseinandersetzung stehen riesige Mittel bereit. Sie könnten auch gegen unser Land eingesetzt werden. Wie wäre es da verantwortbar, auf unsere Armee zu verzichten? Kein Land der Welt beabsichtigt, auf seine Armee zu verzichten. Die Behauptung, die Schweiz würde durch die Abschaffung ihrer Armee ein Beispiel geben, ist erlogen. Niemand würde dieses Beispiel nachahmen.

Der allfällige Einsatz unserer Armee ist deshalb gerechtfertigt, weil er ausschliesslich zur Verteidigung unseres Landes dient. Das Recht zur Selbstverteidigung, zur Notwehr ist weltweit anerkannt. Unser Bundesstaat und seine Armee bedrohen niemanden, noch haben wir je fremde Territorien erobert. Unsere Landesverteidigung muss jedoch glaubwürdig sein, das ist für unseren Status der dauernden und bewaffneten Neutralität unabdingbare Pflicht. Die Armee abschaffen hiesse unsere Neutralität aufgeben, käme einem Wortbruch gleich. Nur die bewaffnete Neutralität garantiert unsere Handlungsfähigkeit, mit welcher wir über ein Machtmittel verfügen, um Druckversuchen von aussen zu widerstehen.

Es ist nun einmal der Lauf der Zeit, dass leider Jahr für Jahr immer mehr Wehrmänner hinwegsterben, die in den Jahren 1939 bis 1945 Hunderte von Tagen an der Grenze Dienst leisteten, und zwar praktisch ohne eigentlichen Verdienstaufschlag, was in vielen Familien Not und Entbehrung zur Folge hatte. Ich gehöre jener Generation an. Sie werden es mir nicht verübeln, wenn mich angesichts dieser scheinheiligen, dümmlichen, ja landesverräterischen Initiative heiliger Zorn erfasst. Wir haben es wahrhaftig weit gebracht, wenn extreme Spinner sogar unsere Armee abschaffen wollen, damit sie dann um so besser und leichter ihren staatsverändernden Gelüsten fröhnen könnten.

Heute morgen wurde das hier offen gesagt: Den Initianten geht es doch ganz einfach darum, unsere freiheitliche Demokratie zu beerdigen, welche ohne den Schutz der Armee wehrlos und dem Untergang geweiht wäre. Auch hier in diesem Saal sitzen sie: die Braunschweigs, Herzogs, neuerdings auch Grüne und zartbesaitete Damen mit einem stupenden militärischen Sachverstand. Ihnen ist die Schweizer Armee ein Dorn im Auge, und bei jeder Gelegenheit agieren sie dagegen, ob im Versteckten oder öffentlich. Stört es Sie etwa, wenn in unserer Bundesverfassung die Armee als Garant für Ruhe und Ordnung gegen aussen und im Innern bezeichnet wird?

Diese Initiative wird richtigerweise unter Namensaufruf verabschiedet werden. So kann für alle Zeiten festgehalten werden, wo jede und jeder in diesem Parlament steht. Sie kennen meinen Standpunkt; ich vertrete ihn hier seit 17 Jahren.

**Fischer-Seengen:** Ich spreche zum Gegenvorschlag Braunschweig. Der Initiative ist etwas nicht abzusprechen: Sie ist ehrlich und klar. Der Stimmbürger weiss, was sie will, nämlich den Verzicht auf die Armee, die Preisgabe unserer Verteidigungsmöglichkeit und den Willen, unsere Unabhängigkeit in Frage zu stellen. Diese Ehrlichkeit kann vom Gegenvorschlag Braunschweig nicht behauptet werden. Dieser Gegenvorschlag strebt auf Umwegen, mit dem sogenannten Rüstungsmoratorium, das gleiche Ziel an, deklariert dies aber nicht offen, sondern versucht, etwas vorzutäuschen, was nicht ist und was nicht sein kann. Dieser Gegenvorschlag ist unehrlich und deshalb um so gefährlicher.

Der Gegenvorschlag will ein Moratorium. Was heisst dies? Er will die Rüstung auf dem heutigen Stand einfrieren, das bedeutet, das alte Gerät wird zwar durch Unterhalt in seinem Zustand in Ordnung gehalten. Die kontinuierliche Erneue-

rung und Modernisierung dieses Gerätes soll indessen unterbrochen werden, was dazu führen würde, dass wir innert weniger Jahren über eine total veraltete Armee verfügen würden.

Wir müssen uns bewusst sein, dass es kaum möglich ist, einen Rückstand aus 15 Jahren Stillstand aufzuholen. Die hier zu erforderlichen Rüstungsanstrengungen könnten kaum unternommen werden, sowohl aus der Sicht des Know-how als auch aus der Sicht der Finanzierung. Wenn wir einmal den Anschluss hinsichtlich Rüstung verpasst haben, wird unsere Armee weitgehend wirkungslos bleiben. Es ist deshalb verhänglich und unzutreffend, lediglich von Atempause, von Marschhalt, von Distanz gewinnen zu reden wie Herr Braunschweig in der Begründung seines Antrags. Die Dissuasionswirkung wäre nicht mehr vorhanden; ein wesentlicher Pfeiler unserer Landesverteidigung würde einstürzen, und man muss sich schon fragen, ob das hier nicht ganz konkret gewollt wird.

Der Gegenvorschlag Braunschweig ist zudem unverantwortlich. Das Rüstungsmoratorium bedeutet, unsere Soldaten mit veralteten Waffen und Ausrüstungen in einen allfälligen Kampf zu schicken. Wollen wir sie so – wie seinerzeit die Indianer mit Pfeil und Bogen gegen die Feuerwaffen der Weissen – kämpfen lassen? Ich sage dazu entschieden nein. Unsere Wehrmänner müssen die Möglichkeit haben, einem allfälligen Gegner mit ebenbürtigem Gerät entgegenzutreten. Unserer Armee muss eine effiziente Verteidigung mit den bestmöglichen Waffen ermöglicht werden.

Ich bitte Sie, diesen unehrlichen, gefährlichen und verantwortungslosen Gegenvorschlag ebenso wie die Initiative abzulehnen.

**M. Spielmann:** Je voudrais d'emblée préciser ma position par rapport à la défense de notre Etat neutre en rappelant ici les positions que nous autres avons toujours défendues. Ainsi, par exemple, en juin 1940, alors que quelques-uns de nos super-patriotes fuyaient dans le réduit national ou prenaient les positions qui ont été rappelées par Françoise Pitteloud, tout à l'heure, Marino Bodenmann écrivait: «Nous, les communistes, approuvons la déclaration de lutte contre tout agresseur d'où qu'il vienne». Voilà pour notre position par rapport à la défense de notre pays. Cette position reste et restera la nôtre et tant pis si elle ne cadre pas avec le cliché éculé du parti de l'étranger, d'obédience moscovite. Mais la question qui est posée dans notre monde contemporain, c'est de savoir choisir la meilleure voie pour assurer notre indépendance et notre liberté. Or, ce monde change et il y va de notre responsabilité d'en tenir compte. La réalité d'aujourd'hui, c'est que l'arsenal des armes disponibles, les technologies toujours plus sophistiquées de destructions massives font que plus personne ne peut envisager de bénéfices par ces moyens.

C'est cette réalité et non les bonnes intentions des uns ou des autres qui est à l'origine du tournant amorcé et de l'ouverture de négociations sur le désarmement. Nous avons toujours dit – et cela est plus vrai aujourd'hui que jamais – que la défense de l'indépendance et la souveraineté du pays n'est pas une tâche uniquement militaire. Le premier objectif est de consolider la paix, de maintenir la Suisse hors des blocs militaires et de conduire une politique active en faveur de la paix, ce qui est loin d'être le cas aujourd'hui, comme l'a rappelé Jean Ziegler.

J'en viens maintenant à notre position par rapport aux conceptions actuelles de notre armée pour rappeler, premièrement, nos exigences et notre demande de démocratisation, l'abolition de la justice militaire en temps de paix, la création d'un service civil, notre proposition aussi à l'orientation, aux armements toujours plus sophistiqués, aux conceptions offensives qui nous amènent à devenir un élément de l'OTAN en violation de notre neutralité et aussi à souligner l'écart qu'induisent ces niveaux technologiques d'armements et la nécessité d'une armée de milice. Nous avons donc cessé de combattre cette politique qui est dispendieuse et contraire aux principes de neutralité.

Notre armée, dans sa conception actuelle, est aussi étroitement liée au capital financier. Les cadres supérieurs des banques, des assurances, des grandes sociétés, de l'industrie et du commerce fournissent aussi, en même temps, un nombre impressionnant de cadres de l'armée. En fait et malgré notre armée de milice, dans la situation actuelle, la vie civile est davantage militarisée què les citoyens soldats ne civilisent l'armée!

Les exercices ne se cristallisent plus exclusivement sur le danger venant de l'Est ou des Rouges, ce sont aujourd'hui les forces progressistes de notre pays qui sont visées. On prépare psychologiquement le soldat et le peuple à voir un ennemi ou un traître au pays dans tout progressiste, tout syndicaliste, pacifiste ou écologiste et les exercices de défense générale en sont des exemples frappants – je pense, plus particulièrement, à celui de 1984. L'histoire du mouvement ouvrier est d'ailleurs jalonnée des interventions de l'armée pour rétablir l'ordre intérieur, que ce soit la grève de 1918, les interventions à Bâle en 1929 ou à Genève en 1932.

Voilà donc bien assez d'arguments pour s'opposer à l'armée dans sa conception actuelle mais renoncer à l'armée serait, selon les adversaires de l'initiative, priver le pays d'une protection contre les attaques étrangères. Est-il encore nécessaire de rappeler que la meilleure garantie de notre indépendance est une paix stable, un niveau d'armements le plus bas possible en Europe et dans le monde? La première tâche de notre gouvernement n'est-elle pas précisément de favoriser toutes tentatives qui vont dans ce sens?

Les grands problèmes internationaux ne peuvent plus être résolus par la guerre, la violence et la domination. L'armée, en tant qu'instrument de sauvegarde, n'est plus aujourd'hui aussi valable qu'elle ne l'était auparavant. Rappelons, ici, les exemples du Vietnam et de l'Afghanistan qui ont démontré qu'une population décidée était mieux à même de se défendre qu'une armée sophistiquée.

Les changements intervenus au cours de ces dernières années dans la situation internationale font que cette logique, selon laquelle la préparation à la guerre serait la meilleure garantie de paix, est devenue non seulement un non-sens mais une absurdité. Ce sont là, pour l'essentiel les motifs de notre opposition aux conceptions actuelles de défense nationale, nos priorités et nos options. Mais le peuple aura à se prononcer sur l'initiative, sur un texte précis, élaboré de façon absolue, sur cette initiative qui, je tiens à le dire, contient des options que nous ne partageons pas. Face au choix – et j'en aurai terminé, Monsieur le président – qui nous est imposé, nous n'ajouterons pas nos voix à ceux qui utilisent cette initiative pour plébisciter l'armée actuelle et nous nous prononcerons en faveur de cette initiative.

**Frau Stamm:** Kriege sind nicht Schicksal oder Naturereignis, sondern sie werden von Menschen gemacht. Wir werden darüber immer wieder sprechen müssen. Trotzdem kann ich die Initiative für eine Schweiz ohne Armee nicht unterstützen.

Ich bin überzeugt, dass die Staaten lernen müssen, ihre Konflikte anders auszutragen als durch Kriege, und dass wir die Hoffnung, dieses Ziel eines Tages zu erreichen, nie aufgeben dürfen. Aber ich sehe den Beitrag der Schweiz auf den Weg zu diesem Ziel heute nicht in der Abschaffung unserer Armee. Der Beitrag der Schweiz besteht heute und morgen beispielsweise darin, als kleines Land mit einer Defensivarmee als Modell zu dienen. Der Beitrag der Schweiz besteht heute und morgen auch darin, sich als neutrales Land bei Abrüstungsverhandlungen zu engagieren. Sie alle kennen den Bericht des Bundesrates über die verschiedenen Möglichkeiten friedenserhaltender Massnahmen, für die sich die Schweiz einsetzt und noch vermehrt einsetzen muss.

Ich distanziere mich von jenen, die allen Initianten staatszerstehende Absichten unterschieben. Die Motivationen, die zur Unterstützung der Initiative führen, sind verschiedenartig. Wir werden im Abstimmungskampf mit offenen Ohren

darauf hören müssen, warum ein Teil unserer Bevölkerung meint, heute schon auf eine Armee verzichten zu können, und was die Hoffnungen sind, die an diese Initiative geknüpft werden. Wir werden daraus lernen.

Dieses Gespräch wird an beide Seiten grosse Ansprüche stellen. Für die Gelegenheit, dieses Gespräch führen zu können, sind wir den Initianten dankbar. Ich hoffe, dass wir alle diese Feuerprobe unserer demokratischen Kultur bestehen werden.

Eine Gruppe von Sympathisanten der Initiative meine ich unter jenen Menschen zu finden, denen es ein unüberwindliches Aergernis ist, dass wir für das Problem der Dienstverweigerer auch heute noch keine Lösung gefunden haben. Dass junge Menschen deswegen ins Gefängnis gehen müssen, ist der Schweiz nicht würdig. Auch wenn in den letzten Jahren zwei Volksabstimmungen mit negativem Ausgang stattgefunden haben, ändert das an der Unwürdigkeit der Situation nichts.

Mehrheitsentscheide sind in der Demokratie zu respektieren, aber auch sie sind keine heiligen Kühe, die man nicht mehr antasten darf; über die moralische Qualität einer Entscheidung sagen auch Mehrheiten nichts aus. Deshalb möchte ich Ihnen beliebt machen, den Minderheitsantrag Hubacher über einen sozialen Zivildienst zu unterstützen. Wir könnten dadurch einer Gruppe von Menschen, die darunter leiden, dass wir heute noch Armeen benötigen, und ihren Angehörigen ein Stück weit entgegenkommen.

**M. Bonvin:** L'initiative populaire pour une Suisse sans armée est insensée. Ne devrait-elle pas s'intituler «pour une Suisse sans sa propre armée»? Je cite le professeur Walter Schaufelberger. En effet, personne n'ignore que tout espace non défendu finit toujours par attirer les forces armées autres que celles de son pays. Faut-il être ignorant pour ne pas se rendre compte que détente et transparence sont de beaux mots repris trop souvent par certains stratèges de salon, animés d'intentions fort louables mais naïves? Peut-on passer sous silence, malgré la spectaculaire déclaration de Mikhaïl Gorbatchev annonçant la réduction des troupes et de l'armement en Europe soviétique, la modernisation de l'arsenal soviétique qui s'est enrichi de plus de cent emplacements pour les modernes SS 25 remplaçant les vieux SS 20 démantelés à grands renforts de publicité, spectaculaire déclaration servie par les caméras de télévision ravies de répandre la bonne nouvelle? Osons-nous perdre tout sens des réalités et tout esprit critique au point de nous laisser séduire par l'initiative la plus extrême, la plus simplifiée, la plus aventureuse, qui ne signifie rien de plus que l'abandon de notre destin au bon ou au mauvais vouloir de l'étranger? Ignorants ou provocateurs, sans doute animés de bonnes intentions, les initiants ont-ils le droit de fonder notre avenir sur un pari? Désarmer aujourd'hui, c'est hypothéquer l'avenir sans garantie ni certitude, si ce n'est de galvauder à jamais notre sens des responsabilités.

Kipling avait composé une épitaphe pour les morts anglais de la Première guerre mondiale: «Nous sommes ici parce que nos pères ont menti». N'usons plus d'artifices. Reprenons à notre compte les valeurs morales et spirituelles de notre armée de milice qui a fait ses preuves en cultivant des vertus fondamentales: l'amour de la patrie, l'esprit militaire. Notre petit pays l'a prouvé durant les deux guerres mondiales.

Les Chambres fédérales doivent opposer un démenti très net et massif à cette initiative irresponsable qui, par son aboutissement, a déjà causé un préjudice inestimable à la politique de sécurité de notre pays. Même si elle est niée, à tort, par les idéologues ou agitateurs hostiles à l'armée, la négation de la menace crée le mythe de l'armée en Suisse. Militaires ou politiques, les menaces ne se laissent dissocier. Pour les contrecarrer, la défense politique, économique et militaire forme un tout indissoluble. Renoncer à l'une conduit à la perte du tout. L'initiative pour la suppression de l'armée devient ainsi l'initiative pour l'abdication de la Confédération. A l'étranger, on suit avec beaucoup d'attention notre volonté et notre capacité de défendre nous-

mêmes notre neutralité. L'idéal de paix n'est pas du tout incompatible avec une Suisse armée. Il ne sera servi correctement que s'il repose sur une volonté de cohésion et de solidarité nationale.

La deuxième partie de l'initiative intitulée pour une politique globale de paix ne fait qu'enfoncer des portes ouvertes. En effet, depuis des décennies, sans article constitutionnel particulier, la participation à des opérations de maintien de la paix fait partie des instruments de politique étrangère qui permettent à la Suisse de déployer à l'extérieur des éléments actifs de sa politique de sécurité. Je citerai quelques actions parmi d'autres: représentation depuis 1953, par une délégation militaire, à la Commission de surveillance des Nations Unies en Corée; au mois d'août 1988, un avion suisse a assuré la liaison dans les conflits Iran-Irak entre les postes de commandement et les observateurs de l'ONU; depuis la fondation du CICR en 1863, la Suisse joue un rôle majeur dans la codification du droit international humanitaire applicable aux conflits armés.

Dans son programme de législature d'ailleurs (1987-1991), le Conseil fédéral déclare accroître la participation de la Suisse aux opérations menées par l'ONU pour le maintien de la paix et soutenir les efforts entrepris sur le plan international en faveur du règlement pacifique des conflits. Notre gouvernement suit avec attention les efforts dans le domaine de la politique internationale de sécurité et les appuie dans la mesure où ils sont compatibles avec les intérêts stratégiques de notre pays et avec notre neutralité permanente et armée. La politique suisse de bons offices est aussi un des instruments les plus frappants de la contribution de notre pays au maintien de la paix internationale. Cette neutralité permanente et armée de la Suisse représente un facteur de stabilité, d'indépendance à l'égard des blocs. Notre crédibilité est aussi constituée par nos votations en matière de défense. S'il n'y a pas lieu de craindre la suppression de l'armée, en revanche, si le camp des acceptants devait être trop important, la crédibilité de notre défense nationale serait remise en cause, à nos propres yeux comme à ceux de l'étranger. Puisant sa force dans le peuple, notre armée de milice doit se savoir portée par lui. Montrons notre détermination au Parlement en refusant massivement cette initiative ainsi que toutes les propositions de minorité. Montrons aussi la voie au peuple souverain qui réservera, j'en suis certain, un refus sévère en votation populaire à une initiative aussi irresponsable.

**Stappung:** Die Initiative ist der Ausfluss von Unbehagen, Ueberdruss und Zweifeln gegenüber bzw. an der Notwendigkeit unserer Armee. Im Mittelpunkt stehen insbesondere die undemokratischen und veralteten Strukturen dieser Armee sowie die verfehlte Militärpolitik. Obschon die Initiative nicht in die politische Landschaft passt, hat sie etwas Gutes: Sie gibt uns Gelegenheit, hier einmal über diese Armee und ihre Mängel zu sprechen. Ohne eine vernünftig geführte und zweckmässig ausgerüstete Armee grundsätzlich zu verneinen, haben wir Sozialdemokraten oft nicht nur die Militärpolitik, sondern auch die überrissenen Rüstungsvorlagen kritisiert und bekämpft.

Unsere Vorstösse für mehr Engagement bei der Friedenssicherung, für die Einführung eines Zivildienstes als Ersatz für die Wehrpflicht sowie für eine sinnvolle Reduktion bei der Rüstungsbeschaffung hat die bürgerliche Mehrheit in diesem Rat immer abgelehnt und negiert. Hätte man beim EMD und in diesem Rat die Volksmeinung mehr beachtet, müssten wir uns heute nicht mit der Abschaffung der Armee auseinandersetzen. Weil man unter dem Stichpunkt «Bedrohung» nichts mehr verkaufen kann, verpackt man es in Dissuasion. Wer aber abgeschreckt werden soll, das weiss niemand.

Spätestens nach dem guten Resultat der SP-Initiative zu einem Rüstungsreferendum und der Annahme der Rothen-thurm-Initiative durch das Volk wäre eine Aenderung der Militärpolitik angezeigt. EMD und Armeespitze sind aber offenbar unbeherrschbar. Das Volk erwartet eine der heutigen Situation und den veränderten Verhältnissen angepasste

Militärpolitik. Dazu gehört neben einem konkreten Beitrag zur Friedenssicherung auch die Entkriminalisierung der Dienstverweigerer aus Gewissensgründen.

Gerade die Beachtung von Minderheiten ist eine typisch schweizerische Eigenart; bei der Armee macht man jedoch eine Ausnahme. Pazifisten und Kritiker an dieser Armee und am hohen Aufwand für die Rüstung werden von gewissen Kreisen sehr schnell als Armeegegner bezeichnet – auch heute vormittag wieder. Schädlinge der Armee sind in Tat und Wahrheit profitsüchtige Industrielle sowie gewisse EMD-Strategen. Aber auch die Säbelrassler unter den Offizieren, die – zusammen mit der Mehrheit dieses Rates (insbesondere die Herren Maximilian Reimann, Bonny, Fischer-Seengen und Konsorten) – nie genug Armee und Rüstung bekommen, sind für den Imageverlust dieser Armee verantwortlich!

Das Sündenregister mit den im Armeebereich gemachten materiellen, politischen und psychologischen Fehlern ist lang, für seine Aufzählung würde meine Redezeit nicht ausreichen. Was wir brauchen, ist eine vernünftige, realitätsbezogene Militärpolitik sowie eine demokratisch strukturierte Armee mit Zivildienst. Diese Initiative ist für alle diejenigen, die in Armee- und EMD-Belangen umdenken müssen, ein Wink mit dem Zaunpfahl. Jetzt ist Gelegenheit, einen Schritt zu tun.

Ich ersuche Sie, sowohl der Minderheit Hubacher für einen Gegenentwurf sowie der Motion der Kommissionsminderheit zuzustimmen.

**Frau Hafner Ursula:** «Die Beseitigung von Waffen schafft noch lange keinen Frieden. Wo Spannungen bestehen, Rücksichtslosigkeit über Schwachheit triumphiert, Konflikte nach Entladung drängen und Menschenrechte verletzt werden, wäre selbst eine allgemeine Abrüstung letztlich eine blosser Bekämpfung von Anzeichen.» Dies schreibt der Bundesrat auf Seite 23 seiner Botschaft.

Mit diesen Sätzen sind wohl Gegner und Befürworter der Initiative einverstanden, nur ziehen sie verschiedene Schlüsse daraus: Die Initianten wollen, dass wir unsere Kräfte auf den Abbau dieser Spannungen, auf die Unterstützung der Schwachen und die Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen konzentrieren. Die Gegner der Initiative glauben nicht daran, dass es uns je gelingen wird, die Spannungen und Konflikte so weit abzubauen oder so zu lösen, dass wir ohne Kriege leben können. Sie nennen die Urheber der Initiative im guten Fall «Idealisten» oder «Utopisten»; im schlechten Fall «Landesverräter», «Systemveränderer» oder «Marxisten».

Leute aus der «Gruppe für eine Schweiz ohne Armee» verwenden ebenfalls das Wort «Utopisten», da sie nicht daran glauben, dass uns unsere Armee heute in einer kriegerischen Auseinandersetzung noch retten könnte. Und anstelle des Schimpfworts «Marxisten» kann man bei ihnen das Schimpfwort «Militaristen» hören. Sie gehören zum grössten Teil der jüngeren Generation an, welche die düsteren dreissiger Jahre und den Zweiten Weltkrieg nicht miterlebt hat.

Der Bundesrat gehört der älteren Generation an. Seine Geschichtsbetrachtung in der Botschaft endet mit dem Ungarn-Aufstand von 1956. Für unsere jüngeren Mitbürger waren aber die sechziger Jahre viel prägender, die Zeit, in welcher die Tragödie des Vietnam-Krieges immer offensichtlicher wurde. Was auch in der Schweiz ursprünglich als notwendige Verteidigung der freien Welt betrachtet wurde, erwies sich als folgenschweres Unglück für alle Beteiligten. Zerstörte Menschen kehrten nach Amerika zurück.

Ich weiss, es besteht ein Unterschied zwischen einer Grossmachtarmee, die in fernen Ländern Krieg führt, und einer Armee, deren Ziel die Verteidigung unserer Selbstbestimmung ist. Ich weiss aber auch, dass viele junge Männer auch unsere Armee als eine Institution erleben, in der nicht der Geist der Selbstbestimmung herrscht, und falls sie den Militärdienst aus Gewissensgründen verweigern, müssen sie erleben, dass ihnen in dieser Hinsicht Glaubens- und Gewissensfreiheit verwehrt werden. Dabei ist die Art, wie wir auf

unsere Angst vor Krieg und Vernichtung reagieren, auch eine Glaubenssache. Auch ich glaube nicht daran, dass wir unsere Armee von heute auf morgen abschaffen können. Deshalb kann ich die Initiative dem Volk nicht zur Annahme empfehlen.

Die Initiative hat aber noch einen zweiten Teil, welcher in der Motion der Kommissionsminderheit aufgenommen und präzisiert wird. Ich ersuche Sie, dieser Motion zuzustimmen. Ich bin mir nämlich nicht so sicher, ob unsere militärische Wehrbereitschaft auf die Dauer wirklich die beste Antwort auf die mannigfaltigen Bedrohungen unseres Lebens ist. Wir mussten schon einmal umdenken lernen – auf ökologischem Gebiet. Deshalb mag ich, falls die Motion abgelehnt wird, auch nicht in den Chor der grossen Mehrheit einstimmen, die so sicher ist, dass wir der Initiative eine gründliche Abfuhr erteilen sollten. Das heisst, dass ich mich in diesem Fall der Stimme enthalten werde.

**Müller-Wilberg:** Unsere Gemeinschaft hat den Auftrag, unser Land als demokratischen Staat nicht nur zu erhalten, sondern auszubauen und wohlverwaltet der nächsten Generation zu übergeben. Im Namen Gottes des Allmächtigen ist unser Bund vor bald 700 Jahren geschlossen worden. Als Bürger einer christlichen Nation haben wir den Auftrag, nicht nur um unseren eigenen Frieden besorgt zu sein, sondern am Frieden in der Welt mitzubauen und mitzutragen. Die Armee ist das Machtmittel des Staates zur Kriegsverhinderung und für den Abwehrkampf. Sie ist ein Mittel zum Schutze unserer staatlichen Gemeinschaft.

Nach Artikel 2 der Bundesverfassung hat der Bund zum Zwecke, die Behauptung der Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen aussen, die Handhabung von Ruhe und Ordnung im Innern, den Schutz der Freiheiten und Rechte der Eidgenossen und die Förderung der gemeinsamen Wohlfahrt zu gewährleisten. Zusammenfassen kann man das in das Wort Frieden: Frieden mit den benachbarten Völkern, Frieden aber auch innerhalb unserer Grenzen.

Unsere Gesamtverteidigung und Sicherheitspolitik fussen auf der Wertbeständigkeit und Verteidigungsbereitschaft unserer Gemeinschaft. Die Wahrung des Friedens in Freiheit ist unser erstes Gebot. Unsere Sicherheitspolitik ist also im wahrsten Sinne des Wortes eine Friedenspolitik. Unsere Armee soll durch ihre Glaubwürdigkeit einen Krieg in erster Linie verhindern. Sie hat ferner den Auftrag, den Neutralitätsschutz sicherzustellen, allenfalls einen uns aufgezwungenen Krieg zu führen, der Bevölkerung Hilfe zu leisten und auch den Ordnungsdienst zu gewährleisten. Das alles können wir aber nur, wenn wir eine gut ausgerüstete Armee haben, in der jeder Soldat bereit ist, für sein Vaterland auch sein Bestes zu geben.

Nichts wäre für den Westen und insbesondere für unsere Schweiz gefährlicher, als die Sicherheitspolitik zu vernachlässigen. Diese Politik darf nicht auf Hoffnungen, sondern nur auf Tatsachen abgestützt werden. Dass Landesverteidigung durch eine Friedenspolitik ohne Waffen ersetzt werden kann, ist bis heute nirgends in der Welt bewiesen worden. Die Weltgeschichte zeigt ganz klar, dass alle ähnlichen Versuche früher oder später zur Eroberung und nicht selten zum Verschwinden des betreffenden Staates führten. Unsere Armee abschaffen zu wollen, ist demnach nichts anderes als Verrat an unserem Vaterland. Wer andererseits als Diener und Soldat im Dienste des Vaterlandes steht, darf sich als Diener von Sicherheit und Frieden der Völker betrachten. Indem er diese Aufgabe recht erfüllt, trägt er wahrhaftig zur Festigung des Friedens bei. Deshalb: wer als Angehöriger unserer Armee Dienst leistet, leistet Friedensdienst.

Aus diesem Grunde werde ich die Initiative und alle anderen hier gestellten Anträge ablehnen.

**Frau Eppenberger Susi:** Als Staatsbürgerin und nicht etwa nur als Mitglied der Militärkommission lehne ich die Initiative vorbehaltlos und aus tiefster Ueberzeugung ab, sogar – Frau Haller – mit einem guten ethisch-christlichen Gewissen.

Ich habe mir im Sinne des Friedens auch Gedanken zum Entstehen einer solchen Initiative gemacht. Ich möchte diese Gedanken betiteln: «Wir Frauen und die Dissuasion». Bei dieser Initiative werden wir Informierte und Nichtinformierte haben, auch Uniformierte und andere. Ueber die Initiative ist ein grosser Teil unseres Volkes informiert. Alle 600 000 Soldaten und alle jene, die es waren, kennen Aufgabe und Funktion unserer Landesverteidigung. Ein anderer Teil, wir Frauen – wenigstens die grosse Mehrheit, die zu unserer Heimat steht –, will an der Landesverteidigung mittragen. Dieser Teil ist ungenügend informiert.

Meine lieben Kollegen: Versetzen Sie sich einmal in eine zu diesem grossen zweiten Teil gehörende Frau. Die Männer sprechen mit aller Selbstverständlichkeit über Armeefragen und vergessen dabei, dass die Frauen diesbezüglich viel weniger mitbekommen. Der Informationsrückstand ist programmiert. Fragen Sie einmal irgend eine Frau, was Dissuasion heisst. Sie wird kaum eine Antwort wissen. Schon die meisten Männer können das Wort kaum aussprechen. Sie sind aber bezüglich dieses zentralen Anliegens unserer Armee in den letzten Jahren ins Bild gesetzt worden. Zum Konzept unserer reinen Defensivarmee – und nur Defensivarmee –, jenem des «teuren Eintrittspreises», kann und soll jeder Schweizer und jede Schweizerin einen Beitrag leisten. Die gut informierte und motivierte Frau kann etwas zur Dissuasion beitragen. Verweichelte und frustrierte, überdies über unsere Armee schlecht und – teils gewollt, aber auch ungewollt – desinformierte Frauen wirken umgekehrt höchst undissuasiv. Es sind also vermehrt Anstrengungen nötig, die Gesamtheit der Frauen – auch wenn sie nicht direkt für die Armee eingespannt werden – richtig zu informieren und sie ihrer wichtigen Stellung innerhalb der Gesamtverteidigung bewusst werden zu lassen.

Die Lösung des Problems Frau und Armee darf sich nicht auf die Frage beschränken, inwieweit die Frau in die Armee direkt, als MFD oder in einer anderen Form, eingegliedert werden soll. Bis heute haben wir nur verhältnismässig wenige militärfreundliche Frauen zu wertvoller, freiwilliger Leistung für die Armee engagiert. Das genügt aber nicht. Ein gefährlicher Trugschluss ist es, wenn die ausserhalb der Armee wirkenden Frauen meinen, sie hätten mit der Landesverteidigung, mit der Dissuasion nichts zu tun.

Die Armee kann auf die Unterstützung der Gesamtheit der weiblichen Bevölkerung nicht verzichten. Die Frau hat auch ausserhalb der Armee, als Mutter, als Frau, als Freundin, eine wichtige Funktion, sowohl in der moralischen als auch in der praktischen Unterstützung des Mannes, der Soldat ist. Unsere Milizarmee baut just darauf auf, dass der Wehrmann auch eine Heimstätte hat, also ein menschliches Reduit, quasi als materielle und geistig-seelische, individuelle Logistik. Es gibt ein bekanntes Wort: Die Schweiz hat nicht eine Armee, sie ist eine Armee. Dieses Wort stammt, leicht abgeändert, von den Sozialdemokraten. Diese erklärten 1939: Volk und Armee sind dasselbe.

Ja, wir haben eine Milizarmee, eine vom Volk getragene Defensivarmee.

**Cavadini:** Il messaggio del Consiglio federale e le dichiarazioni sinora udite hanno già evidenziato in modo chiaro l'assurdità di questa iniziativa.

Non starò quindi a riprendere tutti gli argomenti che sono stati indicati a favore del mantenimento dell'esercito che vanno tra l'altro dalle sue possibilità di intervento in caso di catastrofi naturali alle possibilità di lavoro offerte nel Paese nonché all'opportunità di creare contatti fra le diverse stirpi che compongono la nostra Nazione e a favorirne quindi una migliore conoscenza; un elemento quest'ultimo sicuramente importante per le regioni periferiche come il Ticino, linguisticamente e culturalmente diverse dalla maggioranza della Svizzera.

Questi elementi sono certamente validi, ma rimangono secondari rispetto all'aspetto politico che è sollevato da questa iniziativa. Essa pone in discussione la salvaguardia della nostra neutralità, della nostra indipendenza e del nostro Stato di diritto.

Sono questi valori fondamentali per ogni Svizzero che vuole rimanere un cittadino libero, nelle sue decisioni e nelle sue scelte, anche in avvenire, in un mondo difficile nel quale c'è solo da augurarsi che la pace possa un giorno trionfare sulla violenza e sulle ripetute usurpazioni dei diritti umani e dei popoli.

La presenza di un esercito efficiente è il prezzo di questa indipendenza e rappresenta anche la garanzia di una pace duratura, come la nostra politica protezionistica agricola è il prezzo della nostra volontà di assicurarci un approvvigionamento sufficiente anche in tempi difficili e pericolosi per la nostra integrità.

Sono altresì convinto che la grande maggioranza della popolazione ticinese condivide questi valori fondamentali che stanno alla base del nostro Stato e della nostra libertà. L'indipendenza e la neutralità di cui godiamo sono beni troppo preziosi per metterli in pericolo come vorrebbero i promotori di questa iniziativa che, anche a mio parere, deve essere massicciamente respinta.

**Frau Fankhauser:** Eine Mehrheit von Ihnen will Vernunft walten lassen und die Initiative für eine Schweiz ohne Armee ablehnen. In dieser «vernünftigen Zeit» flüchten Millionen von Menschen, unzählige hungern, täglich müssen Kinder sterben, weil unsere bisherige Vernunft keine bessere Lösung kennt. Gut eine halbe Million Mitbürger und Mitbürgerinnen leben in unserem Land unter dem Existenzminimum. Mann und Frau sollten sich endlich einmal dem Problemdruck stellen.

Die Initiative für eine Schweiz ohne Armee liegt ohne Zweifel quer in der Landschaft. Diese Initiative macht Angst und löst zugleich grosse Hoffnung aus. Angst, weil damit uralte, tief eingespielte gesellschaftliche Strukturen in Frage gestellt werden. Hoffnung, weil viele bereits erkannt haben, dass die bisherige Art der Verteidigung, aufgebaut auf Rüstungsgleichgewicht und Dissuasion, uns nicht weiter bringt. Im Gegenteil: es ist höchste Zeit, die Verteidigungs- und Konfliktlösungsmodelle zu überdenken.

Die bisherige militärische Verteidigung baut auf eine männliche Penetrationsideologie, auf eine «Herr-sein-über-das-Land»-Mentalität auf, die den heutigen Bedrohungen und Gefährdungen nicht mehr gerecht wird. Die Armee ist strukturelle Gewalt. Ohne Armee leben zu wollen, hat für mich nichts mit «sich aufgeben», mit Defaitismus zu tun.

Loslassen, etwas wagen, sich befreien von Sachzwängen sind Herausforderungen, und die Chance, mit den Menschen und mit der Natur Frieden zu entwickeln. Diese Befreiung, diese Emanzipation bedeutet – wie jede Emanzipation – Ausdruck von Stärke. Warum wagen wir es nicht, positiv zu denken? Warum geben wir der Bekämpfung der Armut – bei uns und auf der ganzen Welt – nicht absolute Priorität?

Leute, die sich quer legen, machen sich verdächtig. Was wollen sie eigentlich? Leute, die sich dank dieser Initiative quer legen, wollen ein Umdenken auslösen. Aus dieser grossen Sorge für die Zukunft nehmen Sie viel in Kauf. Weil sie es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können, Militärdienst zu leisten, gehen sie ins Gefängnis. Wenn Sie als Feministinnen laut und deutlich Ihre Erwartungen an die Organisation des Zusammenlebens kundtun, nehmen Sie den möglichen Verlust der Liebe auf sich. Ich kann diesen Leuten nicht aus der Ferne zuschauen und nicht warten, bis das Umdenken eingesetzt hat. Ich kann diese Umdenkarbeit nicht immerzu delegieren.

Aus Solidarität zu diesen Menschen, die versuchen, eine bessere, gerechtere Welt aufzubauen, sage ich ja zu dieser Initiative. Mein Ja ist ein Gewissensentscheid. Menschen, die den Weltfrieden ohne Armee aufbauen möchten, bekommen in unserer Demokratie kaum Chancen. Es brauchte diese Initiative, um einmal hier ausgiebig über Friedensfragen und die Schweizer Armee zu diskutieren.

Ich zweifle sogar daran, dass der Bundesrat sich ernsthaft mit Alternativen zur Armee auseinandersetzt. Mit einem Postulat hatte ich versucht, anschliessend an die Behandlung der parlamentarischen Initiativen Chopard gegen den

Einsatz der Armee im Inland, den Bundesrat zu bewegen, sich zu einem Leitbild der Konfliktlösung im Inland – ohne den Einsatz der Armee – zu äussern, oder sich zumindest Gedanken darüber zu machen. Nach zwei Jahren des Wartens verschwand der Vorstoss unbeantwortet aus der Traktandenliste. Ich werde ihn neu formulieren und wieder einreichen.

Ich erwarte vom Bundesrat, dass er mit dem gleichen Einsatz – es waren letztes Mal 11 000 Leute –, dass er mit der gleichen Summe Geld (die Höhe ist nicht bekannt) eine Gesamtsicherheitsübung ohne Armee veranstaltet, damit das Konfliktlösungspotential und die weltweite friedliche Vernetzung erkannt und fruchtbar gemacht werden können. Ich fordere eine Gesamtsicherheitsübung anstelle einer Gesamtverteidigungsübung.

**M. Etique:** L'initiative dont nous débattons est tellement excessive qu'elle fait courir le risque à ses contradicteurs de tomber, dans leur argumentation, dans les banalités, dans les lieux communs, dans les évidences cent fois répétées. Demander à un pays, dont la neutralité et le pacifisme sont universellement reconnus, de renoncer à son armée, dont le rôle n'est d'ailleurs que purement défensif, est une démarche tout à la fois dangereuse, aberrante, irrationnelle et suspecte aussi. Contraindre la Suisse à créer un vide militaire au coeur du système défensif de l'Europe, c'est remettre en cause notre solidarité dans l'effort général de défense de l'Occident démocratique, libéral et chrétien. C'est aussi créer les conditions de notre isolement dans une Europe en voie d'intégration et d'unification qui compte beaucoup, pour sa propre défense, sur le verrou que constitue un pays neutre et armé comme le nôtre.

Dans ce débat, et notamment au sein de la commission, on a dit à plusieurs reprises que cette initiative avait au moins le mérite de susciter une réflexion en profondeur sur notre armée et de nous poser une fois de plus la question de sa justification fondamentale. Je le veux bien puisque le propre d'un régime démocratique est précisément de pouvoir tout remettre en cause à tout moment. Mais je veux noter et faire observer que la démarche est sélective, puisque l'armée est la seule institution et la seule activité importante de l'Etat qui fasse l'objet de ce genre de remise en question.

Faut-il dès lors en déduire que l'armée assume une tâche à part, que son activité doit être régie par d'autres règles, par exemple le référendum financier pour les seules dépenses militaires? Faut-il en déduire qu'elle obéit à d'autres réflexes de la part des citoyens et qu'elle est soumise à d'autres contingences morales et politiques? Pour ma part, je réponds par la négative.

Ceux qui prêtent une oreille complaisante aux antimilitaristes en général, et en particulier à ceux qui ont lancé cette initiative, veulent-ils fabriquer une sorte de régime particulier pour l'armée, dont la légitimité serait reconnue pour une durée limitée sous réserve d'un renouvellement périodique en fonction des nécessités et des modes du moment?

Veillons à ne pas marginaliser notre armée, mais bien plutôt à toujours mieux l'intégrer dans l'Etat et dans la nation, de manière à ce qu'elle reste proche des citoyens dont elle a la mission essentielle de protéger les libertés fondamentales dans le cadre d'une Suisse souveraine et indépendante. C'est ce que je souhaite en ne reconnaissant à cette initiative aucun mérite, même pas celui d'avoir provoqué le présent débat.

**Rüttimann:** Der Bundesrat hat wohl den Nagel auf den Kopf getroffen, wenn er in der Botschaft ausführt: «Bei diesem Begehren handelt es sich um einen in der Geschichte des schweizerischen Initiativrechts bezüglich Radikalität der Forderung einzigartigen Vorstoss.» Ich möchte nicht die schlagenden Argumente gegen die Armeeabschaffungsinitiative wiederholen, die heute und gestern schon hier vorgebracht wurden und sicher noch werden, sondern auf einen «Nebenaspekt» zugunsten unserer Armee und Landesverteidigung hinweisen, den man allzu gerne vernachlässigt. Es ist unser Milizsystem, um das uns die anderen Staaten

bewundern oder beneiden. Es bringt uns nicht nur Mobilmachungs- und Schlagkraftvorteile, sondern auch gesellschaftspolitische und volkswirtschaftliche. Ueber alle sozialen, sprachlichen, regionalen und konfessionellen Unterschiede hinweg ist die obligatorische Wehrpflicht eine Gelegenheit zur Begegnung, die eine unschätzbare Bereicherung der zwischenmenschlichen Beziehungen bringt. Das Milizsystem befruchtet aber auch gegenseitig die Armee und unsere Volkswirtschaft, indem führungsmässige Erfahrung und Schulung an beiden Orten so ganz nebenbei und selbstverständlich, aber auf effiziente und kostensparende Weise eingebracht werden können.

Die Initianten werden mir entgegen, dies sei kein Rechtfertigungsgrund für die Aufrechterhaltung unserer Armee. Man könne nämlich Manager und Führungskräfte für die Wirtschaft auch andernorts ausbilden als in Uniform und an Waffen. Was aber unsere Truppenführer im Zivilleben unter erheblichem Verzicht auf Freizeit freiwillig leisten, kann man wohl kaum ermesen. Das verdient von mir aus hohe Anerkennung. Das gegenseitige Geben und Nehmen von Zivilleben und Armee ist in diesem Ausmass nur in unserem Lande möglich, ist aber wahrscheinlich doch mit das Geheimnis unserer gut geführten, schlagkräftigen und damit dissuasiv wirkenden Armee.

Ich selber war während 27 Jahren Sektionschef in einer kleinen Landgemeinde. Man sagt nicht umsonst, der Sektionschef sei die direkte Nahtstelle zwischen Armee und Volk, die Anlaufstelle für Wehrmänner und -frauen in allen Fragen der Koordination von Zivilleben und Dienstpflicht. Ich durfte immer wieder feststellen, dass der weitaus grösste Teil unserer jungen Generation zwar nicht in einen Freudentaumel ausbricht, wenn die Wehrpflicht ruft, aber doch bereit ist, diese Bürgerpflicht anstandslos zu erfüllen.

Nun hat gestern Kollege Hubacher zwei Einwände gegen die allgemeine Wehrpflicht bzw. gegen die Ablehnung des wahlweisen Zivildienstes vorgetragen: Unser Militär sei erstens ständig unterwegs, präsent und permanent in Ausbildung und Umschulung. Dieser Eindruck mag vielleicht rund um unsere Ausbildungsplätze entstehen, die wir nun einmal nicht in unwegsame Gebiete oder gar in die Wüste abseits der Zivilisation verbannen können. Wenn man aber einen Vergleich zieht zwischen unserem Aus- und Weiterbildungssystem und demjenigen der stehenden Truppen unserer Nachbarstaaten, wo eine zweijährige Einmalausbildung praktiziert wird, so fällt doch dieser eindeutig zugunsten unserer Armee aus, sowohl beim Zeitaufwand wie bei der Effizienz.

Auf den zweiten Einwand von Herrn Hubacher, was wir denn noch zu verteidigen hätten, wenn unsere Umwelt ökologisch zugrunde gehe, wir würden gescheiter einen Teil unseres Militärbudgets für Umweltschutz, Entwicklungshilfe und soziale Wohlfahrt verwenden, gibt es meines Erachtens nur eine Antwort: das eine tun und das andere nicht lassen. Man könnte ja auch die Gegenfrage stellen: Was nützte uns eine in jeder Beziehung heile Welt, wenn wir oder unsere Nachkommen eines Tages machtlos zuschauen müssten, wie diese heile Welt von einem potentiellen Angreifer niedergewalzt würde? Wer sich also für eine glaubwürdige Armee einsetzt, tut dies nicht einfach aus Freude am Säbelrasseln oder am Kriegshandwerk, sondern aus dieser Verantwortung heraus.

Die obstruse Initiative, die unsere militärische Landesverteidigung oder nur schon die Gedanken daran ins Pfefferland wünschen möchte, ist deshalb klar und unmissverständlich abzulehnen.

**Frau Grendelmeier:** «Die Schweiz hat keine Armee, die Schweiz ist eine Armee.» Dieses Bonmot wird ja hierzulande genüsslich zitiert, und auch nicht ganz ohne Stolz. Würde man also diese Armee abschaffen – und darüber diskutieren wir jetzt –, gäbe es demnach auch diese Schweiz nicht mehr. Eine Schweiz aber, die man auf die Armee reduziert, die somit auf eine «Armee-Schweiz» zusammenschrupft, ist meines Erachtens eine arme Schweiz, und über diese arme Schweiz erlaube ich mir, ein paar Gedanken zu machen, die

mir im Laufe dieser Debatte, vor allem aber schon im Vorfeld dazu hochgekommen sind; und ich gestehe es ehrlich: Gedanken, die mich bedrücken.

Es geht mir also hier nicht darum, die Initiative zu bekämpfen oder sie zu verteidigen; entscheidend für mich ist, was diese Initiative ausgelöst hat und was sie, so befürchte ich, bis zum Abstimmungstermin weiterhin auslösen wird.

Der schiere Gedanke, unsere Armee auch nur zu diskutieren, scheint in diesem Land eine undenkbar ungeheuerliche Sache zu sein, als würde man uns sozusagen den kollektiven helvetischen Selbstmord aufzwingen, als hätte diese Schweiz ihre einzige Grundlage, ihre einzige Existenzberechtigung durch die Armee zu verteidigen, als gäbe es keine wichtigeren Güter zu schützen, als unsere Landesgrenzen. Dabei geht es eben zum Beispiel – Herr Hubacher hat es erwähnt – darum, das Land oder den Raum innerhalb dieser Grenzen zu schützen mit seiner real bedrohten Luft, seinem real bedrohten Boden, seinem real bedrohten Wasser. Aber dieser Ernstfall scheint hierzulande viel weniger Beunruhigung auszulösen.

Diese Initiative hat eine Atmosphäre geschaffen, die eine rationale Auseinandersetzung beinahe verunmöglicht. Es ist eine Atmosphäre des Misstrauens, der Intoleranz entstanden, Intoleranz Andersdenkenden gegenüber, eine Atmosphäre von Beschimpfungen, Verdächtigungen, aber auch von eiskalten Drohungen und Nötigungen.

Begriffe wie «Frieden», «Friedensleute», «Friedensfrauen», «Pazifisten», «Pazifismus», sind in diesem Land zu den schlimmsten Schimpfwörtern geworden, in einem Land, das sich so viel einbildet auf seine Friedfertigkeit. Mit diesen Schimpfwörtern kann man die Initianten oder überhaupt Andersdenkende distanzieren. Man darf ihnen ungestraft unterstellen, dass sie die Grundlagen unseres Staates zerstören wollen; dies an die Adresse von Herrn Loretan und die FDP-Fraktionsmehrheit.

Diese Leute also wollen angeblich die Grundlagen dieses Staates zerstören! Eine demokratische Diskussion unter solchen Umständen ist obsolet geworden, und das scheinen in diesem Lande viele Menschen gemerkt zu haben, vor allem viele Männer – und sie schweigen. Sie schweigen, weil sie, bei noch so gemässigten Aeusserungen, Repressionen befürchten müssen, sei es nun im Militärdienst selber oder aber und vor allem im Beruf; denn sie sind vernetzt in diesem Milizsystem; sie sind Bürger als Soldat oder Bürger als Politiker; sie sind Berufsleute und Familienväter in diesem Miliznetzwerk.

Herr Rüttimann hat es eben gepriesen; im Prinzip wäre ich einverstanden, wenn ich nicht mittlerweile herausgefunden hätte, dass ein Netzwerk so dicht werden kann, zu einem so dichten Stoff verwoben werden kann, dass man ihn nur noch als Filz bezeichnen kann! Damit werden Männer in diesem Land erpressbar. Das Integrationsinstrument, das vielgerühmt, das diese Armee für die Schweiz offensichtlich darstellen soll, erweist sich bei näherem Zusehen als Falle, als Gefahr für die freie Meinungsäusserung und somit als repressives Mittel.

Schauen Sie, wir Frauen sind da privilegiert. Wir verfügen nicht über ein solches Netzwerk, ein Netzwerk, das uns sehr oft fehlt, ein Mangel, der uns z. B. hindert, zügig Karriere zu machen. Das mag ein Nachteil sein; es mag aber auch von unschätzbarem Wert sein, da uns dieses Fehlen die Unabhängigkeit bewahrt und die Gedankenfreiheit. Als Frau darf ich in aller Ruhe sagen: Ich stimme zu, ich lehne ab oder ich enthalte mich der Stimme, ohne dass ich Strafaktionen zu befürchten habe, ohne dass man mich «dorthin stellen kann, wo ich hingehöre», Herr Loretan!

Und ich werde mich auch der Stimme enthalten, weil ich mir den Luxus des ruhigen, abwägenden Denkens leisten kann, weil ich nicht auf Befehl zu entscheiden habe.

**Wellauer:** Bei Sachen, die man schon lange hat, weiss man manchmal nicht, warum und wofür man sie hat. Diese Volksinitiative «Schweiz ohne Armee» zwingt uns, über unsere Armee einmal nachzudenken, ja sie zwingt uns, grundsätzlich nachzudenken über die Aufgabe und den Platz der

Armee im weiteren Sinne im Rahmen unserer Sicherheit und Friedenspolitik.

Die Abschaffung der Armee ist eine radikale Massnahme, wie das Herr Hubacher gestern schon ausgeführt hat. Es ist aber auch eine einzigartige Massnahme, weil sie freiwillig geschieht und uns nicht von aussen aufgezwungen wird. Eine derart radikale Massnahme lässt sich aber nur verantworten, wenn sich die Umwelt und die Bedrohung auch radikal geändert hat. Die Abschaffung der Armee lässt sich auch nur verantworten, wenn dies zudem zu einer besseren und friedlicheren Umwelt beizutragen vermag.

In diesem Sinne hat man der Frage nachzugehen, welchen Beitrag die Schweiz in Zukunft für den Frieden, insbesondere für den Frieden in Europa zu leisten vermag. Europa liegt zwischen den beiden Machtblöcken USA und UdSSR. Europa ist heute in der Welt eine Insel der Sicherheit, was man von anderen Teilen dieses Globus nicht behaupten kann. Einer der Gründe liegt sicher darin, dass Europa den höchstgerüsteten Teil der Welt darstellt. Jedes Land in Europa hat eine Armee; sie ist mehr oder weniger gut ausgerüstet und ausgebildet. Dies ist allerdings die Schattenseite der beneidenswerten Sicherheit in Europa. Und wir Schweizer leben mitten in dieser Insel Europa.

Unsere heutige Lage und Stellung in Westeuropa zeigt mit aller Deutlichkeit, wie eng unser Land politisch, institutionell und wirtschaftlich mit seiner europäischen Umgebung verbunden ist. Auch wenn in naher Zukunft ein Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft nicht möglich ist, haben wir doch alles zu versuchen und zu unternehmen, uns dieser EG auf verschiedenen Gebieten anzunähern. In diesem Sinne haben wir auch Verpflichtungen gegenüber dieser Gemeinschaft zu übernehmen. Nur als Trittbrettfahrer sind wir nicht erwünscht. Wir gehören nun einmal zu diesem Europa. Zu diesen Verpflichtungen gehört nicht nur eine neue Alpentransversale, sondern auch unser Beitrag zur Friedenssicherung in Europa. Auch wir haben in dieser Gemeinschaft, ob wir beitreten oder nicht, unser Territorium nach aussen zu verteidigen, wie das die andern Staaten in Europa auch tun. Die Schweizer Armee war und ist durch ihr blosses Vorhandensein ein politisch wirksames Instrument diese Friedenssicherung. Wir greifen ja niemanden an, sondern wollen, wie die andern Staaten in Europa, den Frieden in Freiheit bewahren. Wir wollen auch in Zukunft unseren Beitrag zur Friedenssicherung in Europa leisten. Wir können das aber nicht zum Null-Tarif tun und unsere Armee abschaffen.

Aus diesem Grunde bin ich gegen die Initiative für die Abschaffung der Schweizer Armee.

**Edgenberg-Thun:** Kollege Hubacher hat die Ablehnung der SP-Fraktion begründet, und er hat zudem wesentliche Anliegen unserer Partei an die Adresse des Chefs EMD formuliert. Ich komme auf eine dieser Forderungen zurück.

Das Ja zur militärischen Landesverteidigung ist für uns nach wie vor unabdingbar an das System der Milizarmee gekoppelt. Wir wollen damit das Rad der Zeit nicht zurückdrehen. Wir anerkennen die professionellen Strukturen des Festungswachtkorps und auch des Ueberwachungsgeschwaders. Aber wir lehnen den immer wieder versuchten Ausbau, das Ansinnen, unsere Milizarmee zu teilen, sogar eine Berufsmarine daraus zu machen, ab.

Wir sind überzeugt, dass die Berufsmarine der einmaligen politischen Struktur unserer direkten Demokratie widerspricht, und wir sind auch überzeugt, dass der schon von mehreren Votanten erwähnten Doppelbeziehung Bürger/Soldat und Soldat/Bürger ein Stellenwert zukommt, der noch nicht durchwegs erkannt wird.

Noch eine Bemerkung zur Initiative: Eigentlich muss ich den Initianten dankbar sein, obwohl ich die Initiative weiss Gott nicht bestellt habe. Mit 111 000 Unterschriften ist eine – meines Erachtens längst fällige und hochwillkommene – Diskussion angefacht und ausgelöst worden. Es ist vielfach festgestellt worden, dass die Initiative keine kosmetischen Retouchen am Status quo verlangt, sondern Grundsatzfragen aufwirft und an einem bisher als staatsertaltend gewerteten Auftrag unserer Eidgenossenschaft zu rütteln beginnt.

Ich bedaure die teilweise erwiesene Gehässigkeit der Diskussion – nicht nur hier im Rat –, und ich wehre mich gegen die da und dort versuchte Kriminalisierung der Initianten. Meines Erachtens – um ein Beispiel zu nennen – gehört das Votum Graf weder in die Diskussion noch in diesen Saal. Die Frage, ob unsere Armee in der heutigen Zeit und in Zukunft den Frieden für unser Land zu sichern vermag, oder ob sie nicht eher als Provokation wirkt, ist durchaus statthaft. Ich bin auch der Meinung, dass sie klar beantwortet werden kann.

Ich selber lehne die Initiative ab. Ich bejahe die militärische Landesverteidigung, nicht aufgrund meines geographischen Wohnortes und auch nicht wegen dem aufaddierten Waffenpotential möglicher, theoretischer Feinde. Mein Ja begründet sich durch die Summe all der Werte, die mir in diesem Lande kostbar sind und die ich unter keinen Umständen preisgeben möchte und auch nicht preisgeben will.

Es ist mehr als verständlich, dass ein derart radikaler Initiativtext in dieser mehrheitlich ablehnenden Votenreihe das Pendel eigentlich allzu stark auf die andere Seite, nämlich auf die Seite der Armee, schlagen lässt. Da müsste man nun doch einmal mehr festhalten, dass die Armee für die Schweiz da ist und nicht umgekehrt und dass die Armee nie Selbstzweck werden darf. Ansätze dazu sind vorhanden. Ob viel Armee oder etwas weniger Armee, immer muss sie das Vehikel eines politischen Willens und einer politisch formulierten Zielsetzung bleiben, auch wenn das verschiedenen Leuten nicht so recht unter die Offiziersmütze will.

Aus dieser Sorge um die gefährdete Vormachtstellung der Politik in dieser Diskussion stelle ich mich persönlich sehr kritisch und auch etwas misstrauisch gegen die vom EMD – und nicht vom Bundesrat – für 1989 landesweit geplanten Erinnerungsfeiern an die Generalmobilmachung vor 50 Jahren. Soll sich da die Armee selber begründen im Vorfeld der Abstimmung über die Initiative?

Ich fasse zusammen: Der Stellenwert der Armee, ihr Auftrag und ihre Organisation sind zu überprüfen, eventuell auch neu zu definieren. Das ist an sich nichts Neues. Das ist ein zum Teil zwar schlecht wahrgenommener, aber sicher ausgewiesener Dauerauftrag. Aber wer jetzt und heute unsere Armee aufheben will, ohne den geringsten Wandel in der Denkweise und im Verhalten der Menschen nachzuweisen, muss sich den Vorwurf des fehlenden Realitätsbezuges gefallen lassen. Das gilt auch – für mich wenigstens – für den Moratoriumsantrag Braunschweig und für die Minderheitsanträge Ziegler und Leutenegger auf Annahme der Initiative.

Ich bitte Sie, dem Antrag des Bundesrates zuzustimmen und ebenfalls den Gegenentwurf Hubacher zu unterstützen.

**Rechsteiner:** Max Frisch hat die Schweizer Armee pointiert einmal als Leibgarde des Bürgertums bezeichnet. Zu viele in diesem Saal – auch mit meinem eigenen Parteibuch – haben die Wahrheit vergessen, die in diesem Satz steckt.

Der Bundesrat macht sich in seiner Botschaft einen bereits mehrfach zitierten, aber eigentlich ungeheuerlichen Satz zu eigen: Die Schweiz habe keine Armee, die Schweiz sei eine Armee. Abgesehen davon, dass mit dieser Aussage die Hälfte der Bevölkerung, nämlich die Frauen, einfach ausgeblendet werden, zeigt sie nur zu deutlich, worum es im Grunde genommen geht, nämlich um die Identifikation mit den Herrschaftsverhältnissen, mit dem Oben und Unten, wie es in der Armee geradezu beispielhaft zum Ausdruck kommt. In der Armee kommandieren im wesentlichen dieselben Leute, dieselbe Klasse, die auch in der Wirtschaft, bei den Banken, das Sagen haben. Und gegen wen geschossen wird, wenn die Armee wirklich einmal eingesetzt wird, hat die geschichtliche Erfahrung 1918 beim Generalstreik und 1932 in Genf gezeigt: nämlich gegen unten.

Auch heute sagen Gesamtverteidigungsszenarien nur zu oft deutlich, wo die Führung den innenpolitischen Gegner ortet: bei Demonstrantinnen und Demonstranten – gelegentlich hin bis zu den Umweltverbänden –, bei den unruhigen Menschen und Unruhestiftern, bei Frauen und Män-

nern, welche die Herrschaftsverhältnisse in Frage stellen. Ein Ja zur Armeeabschaffungsinitiative ist also nicht ein Ja zu einer hochfliegenden Utopie, sondern ein Nein zur Armee als ganz realem Herrschaftsinstrument des Bürgertums.

Es ist sicher richtig, dass von der Schweizer Armee ausserpolitisch gesehen keine Gefahr für die Welt ausgeht. Es ist auch richtig, dass eine Milizarmee einer Berufsarmee vorzuziehen ist. Darin liegt aber noch keine ausreichende Rechtfertigung für diese riesige Kapitalvernichtungsmaschinerie, die jährlich 6 bis 8 Milliarden Franken verschlingt, während auch hier bei uns gegen eine halbe Million Menschen in Armut leben, über 100 000 Rentnerinnen und Rentner auf Ergänzungsleistungen angewiesen sind und ein anständiger Mutterschutz bis heute nicht existiert.

Der Bundesrat erhebt die Doktrin der bewaffneten Neutralität zum immerwährenden und gewissermassen überzeitlichen, geschichtslosen Prinzip. Dabei wird vergessen, dass die Schweiz nicht mehr – wie 1848 – ein relativ fortschrittlicher Staat mitten in einem reaktionären Europa ist. Die Schweiz wird auch nicht wie in den dreissiger Jahren durch Nazis und Faschisten – auch hier in unserem Land – bedroht, was einen vorübergehenden Schulterabschluss der Linken mit dem Bürgertum rechtfertigen konnte.

Die Doktrin der bewaffneten Neutralität hatte im 19. Jahrhundert, im Europa der konkurrierenden Nationalstaaten seinen konkreten Sinn. Heute liegt die Schweiz mitten in einem hochgerüsteten, mit Nuklearwaffen überfüllten Europa, in dem jeder Krieg zwischen den Blöcken – auch ein angeblich konventioneller – den Untergang für alle bedeuten würde. Das hehre Prinzip der Neutralität ist durch die geschichtliche Entwicklung in zwei Richtungen brüchig geworden: gegen Osten und gegen Süden. Gegen Osten hat sich die Schweiz nicht nur waffentechnisch schleichend der Nato angenähert. Den Sanktionen der Nato-Staaten gegen diejenigen der Warschauer-Pakt-Staaten (Cocom) hat sie sich faktisch angeschlossen.

Der Hauptgegensatz liegt aber zunehmend nicht mehr zwischen Ost und West, sondern zwischen dem Norden und dem Süden. Hier ist die Schweiz, der erste Fluchtgeldhort der Welt, eindeutig Partei. Die offizielle Schweiz ist selbstgefällig und selbstgerecht geworden. Sie steht an der Seite der Reichen und der Herrschenden dieser Welt.

Zum Schluss: Wir führen hier eine seltsam abgehobene – mit anderen Worten ausgedrückt: symbolische – Diskussion. Es geht real ja nicht um die Abschaffung der Armee, denn dann würde sie anders geführt. Es geht um die Nähe oder die Distanz zur Armee, aber nicht nur zur Armee, sondern um die Nähe oder die Distanz zu den Herrschaftsverhältnissen hier insgesamt.

**Oehler:** Man konnte gestern und heute morgen verschiedentlich hören, wie wichtig es gewesen sei, dass 111 000 Unterschriften zusammenkamen, damit wir über das Thema «Zukunft der Armee» reden können.

Dabei wurde insbesondere herausgestrichen, wie hoch die Zahl der Unterschriften sei. Wenn wir die Zahl der Unterschriften für die Initiative «Schweiz ohne Armee» betrachten und beispielsweise in Vergleich zur Initiative wegen des Tabakkonsums stellen, dann müssen wir festhalten, dass die Zahl der Unterschriften für diese doch bedeutendere Initiative – Schweiz ohne Armee – relativ klein ist. Auch wenn wir das mit der Initiative Tempo 100/130 vergleichen, sind es verschwindend kleine Zahlen. Aus diesem Grunde ist es nicht angebracht, die Initiative wegen der eher bescheidenen Zahl der Unterschriften derart bevorzugt in den Raum zu stellen.

Gestern und heute morgen wurden Angst und Defaitismus verbreitet, die Glaubwürdigkeit der Armee und überhaupt der Landesverteidigung in Frage gestellt. Die Ausführungen des Bundesrates in der Botschaft wurden als «kläglich» eingestuft. Frau Oberholzer ging so weit, dass sie letztlich sogar die Haltung des Bundesrates, mit Blick auf die ablehnende Begründung, als kläglich hinstellte.

Ja, wie kläglich ist ein Parlament bzw. sind sogenannte Vertreter des Volkes, wenn sie die Haltung des Bundesrates

zur Weiterführung und zur Aufrechterhaltung unserer Armee und unserer Landesverteidigung als kläglich abqualifizieren?

Frau Stocker hat Angst, sich in diesem Raume, in diesem Saale frei auszudrücken, weil sie Angst hat, irgendwelche Repressionen erfahren, erdulden zu müssen. Das gleiche hörten wir heute morgen von Frau Grendelmeier.

Ja, wenn es um unseren Staat derart schlecht bestellt ist, wenn wir derart miese Verhältnisse haben, dass man sich nicht mehr frei für oder gegen die Armee ausdrücken kann, dann muss ich zugeben, wie arm dieser Staat, wie arm dieses Volk ist, das sich auf die Demokratie beruft, aber sich nicht frei über die Armee ausdrücken darf.

Ich glaube vielmehr, dass diese Damen – es waren ja insbesondere Damen, vielleicht noch Herr Ziegler, allenfalls Herr Braunschweig, vorher und möglicherweise auch noch nach mir – sich wünschen, dass man Angst hat, weil sie dann ihr Süppchen auf die richtige Temperatur bringen.

Wir müssen doch in unserem Land keine Angst vor Worten haben, auch keine Angst vor Repressionen, weil wir uns für oder gegen die Armee einstellen!

Ich meinerseits habe viel mehr Angst, dass wir, sollte sich die Mehrheit des Parlaments oder des Volks dazu hergeben, diese Armee abzuschaffen – was ja sicher nicht der Fall sein wird –, unser Land und unser Volk der Gefahr aussetzen würden, einmal die Freiheit zu verlieren!

Für mich gibt es keine eventuelle oder bedingte Zustimmung zur Initiative. Für mich gibt es nur ein klares Ja oder ein klares Nein.

Ich frage die, welche bedingt die Initiative akzeptieren: Sollen wir, die wir Militärdienst leisten, dann mit Knallfröschen antreten, wenn andere Armeen gegen uns anrennen? Sollen wir mit Waffen, aber ohne Munition an der Grenze stehen, bzw. ohne Munition unser Land und unsere Grenzen verteidigen? Oder haben wir Soldaten nicht das Recht, uns mit echten und glaubwürdigen Waffen zu verteidigen?

Frau Haller hat uns dargelegt, dass wir aus Erfahrung lernen müssen. Wir müssten aufgrund von Erfahrungen entscheiden. Ich gebe ihr Recht. Aber welche Erfahrungen sind das? Sind das die Erfahrungen, welche unfreie, unterjochte Völker gemacht haben? Oder sind das die Erfahrungen, welche wir wohlbelebten und in Ueberfluss, in Luxus lebenden Völker und Menschen sammeln?

Wir müssen aufgrund der Erfahrungen entscheiden und lernen, die Völker machten, welche in Unfreiheit leben, weil sie keine oder eine schwache Armee hatten.

Die Gegner der Initiative wurden heute verschiedentlich als Hurra-Patrioten oder auch als Heimatverliebte abqualifiziert. Ja, ist es denn eine Schande, Patriotismus zu fühlen? Ist es eine Schande, sich für diese, unsere Heimat einzusetzen? Im Gegenteil. Ich bin stolz, ein Patriot zu sein, und ich bin auch stolz, mich für diese Heimat und für unser Volk einsetzen zu können.

Die Frage nach dem «Wie» bedingt eine Antwort. Ich bin überzeugt, dass wir in der Vergangenheit mit unserer Armee für dieses Volk und für unser Land besser gefahren sind, als mit den Versprechungen, mit welchen uns die Befürworter der Initiative die Zukunft aufzeichnen wollen.

Es gibt für mich nur ein klares Ja zur Landesverteidigung und ein klares Nein zur Initiative Schweiz ohne Armee. Aus naheliegenden Gründen stehe ich zu dieser Armee und zu unserem Land.

Damit lehne ich die Initiative in aller Form ab.

**Braunschweig:** Ich nehme etliche Vorwürfe in Kauf, aber den einen von Herrn Fischer-Seengen nicht, ich sei unehrlich gewesen.

Ich habe gestern mit aller Deutlichkeit gesagt: Ich bin gegen diese Armee, weil ich nicht mehr an sie glaube. Aber weil es für viele Menschen zu schwierig ist, diesen Schritt sogleich zu tun, deswegen habe ich – obwohl ich mich für ein Ja zu dieser Initiative einsetze – Ihnen einen Gegenvorschlag unterbreitet.

Wenn Herr Fischer dies als unehrlich bezeichnet – er befindet sich offenbar nicht im Saal –, so empfinde ich das als

anmassend, ja als eine Frechheit. Noch ehrlicher, als ich es getan habe, kann man nicht Stellung beziehen.

Im anderen Punkt hat Herr Fischer vielleicht Recht. Mein Moratoriumsvorschlag mag gefährlicher sein als die Initiative. Die Initiative – das habe ich schon gestern ausgeführt – ist eine Bekenntnis-Initiative und wird vor allem durch ein Gegen-Bekenntnis abgelehnt.

Mit dem Moratoriumsvorschlag müssen Sie sich gedanklich auseinandersetzen, und wenn Sie es heute nicht tun, dann werden Sie es später tun müssen, vielleicht unter dem Druck der EG oder des KSZE-Prozesses oder der internationalen Lage ganz allgemein. Ich rate Ihnen, tun Sie es heute in Freiheit, damit Sie später nicht dazu gezwungen werden.

Ich habe eine Frage zurück an Herrn Fischer: Er hat so verächtlich bemerkt, ich wollte für unsere Armee eine Indianer-Bewaffnung. Woher nimmt Herr Fischer das Recht, sich derart abschätzig über Naturvölker in den Vereinigten Staaten und in Südamerika zu äussern? Wir kennen doch die Denkart dieser Leute: Früher haben sie über Zigeuner und Juden gelacht, heute spotten sie über die Indianer – immer dieselbe Geisteshaltung. Nur sind wir uns dessen nicht bewusst. Wir sollten uns über den täglichen kleinen Rassismus Gedanken machen, Herr Fischer.

Ich beschränke mich in diesem Votum auf ein einziges Argument, um die Frage zu beantworten, die immer wieder aufgetaucht ist: Schaffen wir mit der Abschaffung der Armee sofort ein Vakuum, allenfalls später mit dem Moratorium oder nach Ablauf dieses Moratoriums?

Ich verweise auf vier Argumente gegen diese Befürchtung und bitte Sie, diese in Ihre Überlegungen einzubeziehen.

1. Besteht die Schweiz wirklich nur gerade aus militärischer Landesverteidigung, aus Armee und Waffen? Ich habe in meiner grossen Naivität immer geglaubt, dass es auch um den Widerstandswillen der Menschen geht, der Offiziere, der Unteroffiziere und Soldaten und vor allem der Zivilbevölkerung. Ich habe geglaubt, die Frage des Widerstandes sei nicht nur eine technische, nicht nur eine Waffen-Frage, sondern auch eine geistige Frage. Wir verzichten nur auf den militärischen Bereich, ganz oder teilweise, aber nicht auf den Bildungsstand in unserem Lande, nicht auf die soziale Verantwortung, die uns so wichtig ist, nicht auf den Minderheitenschutz, nicht auf unsere Industrie, nicht auf die Forschung. Das, was die Schweiz ausmacht, bleibt bestehen. Sind wir nicht in der Lage, damit auch eine Kraft darzustellen? Ist denn das richtig, diese militärische Einschränkung als totales Vakuum zu bezeichnen?

2. Herr Maximilian Reimann hat die Befürchtung ausgesprochen, die Nato-Mächte oder die Warschauer-Pakt-Staaten könnten uns nach Abschaffung der Armee oder nach Einführung eines Rüstungsmoratoriums sogleich bedrohen. Das ist realpolitisch heute nicht der Fall. Wir können uns nicht vorstellen, dass wir sofort und militärisch bedroht werden. Sie, Herr Reimann, haben von dieser Bedrohung gesprochen. Sie fällt nach meiner Auffassung für unsere Zeit weg.

3. Ein anderes Problem ist vorhanden: Wir können unter Druck gesetzt werden. Aber wir werden heute auch mit Armee unter Druck gesetzt, durch die Dritte Welt, durch die Vereinigten Staaten, durch die EG. Den Lastwagenkonflikt mit der EG lösen wir ganz sicher nicht mit der Armee, im Gegenteil, die Armee belastet zusätzlich unsere Strassen. Das ist ihr Beitrag zur «Konfliktlösung» in diesem Fall.

4. Schliesslich der letzte und eigentlich wichtigste Punkt: Die Schweiz liegt im Zentrum Europas. Sie liegt nicht im Nahen Osten, nicht in Zentralamerika, auch nicht in Afrika. Wenn wir dort wären, hätten wir andere politische Fragestellungen. Wir müssen die Probleme *hic et nunc* in Zentraleuropa lösen. Wir haben doch eine eigene schweizerische Erfahrung: Es gab einmal eidgenössische Orte, die untereinander Konflikte gehabt haben, die auch mit Waffen ausgeglichen worden sind. Sie haben sich in einem Jahrhunderte währenden Prozess zu einem Staatenbund zusammenschlossen, später zu einem Bundesstaat.

Heute sind wir uns klar darüber, dass wir unsere Probleme intern grundsätzlich ohne Waffen lösen, mit ganz wenigen

Schwachpunkten und Ausnahmen. Wäre es nicht denkbar, dass sich in Europa im Moment dasselbe abspielt in einem lange währenden Prozess? Aus dieser Erfahrung aufgrund unserer Geschichte könnten wir dazu einen Beitrag leisten. Wenn die Frage gestellt worden ist, welche Hoffnung in dieser Initiative oder in meinem Moratoriumsvorschlag enthalten sei, antworte ich mit Zurückhaltung: die Hoffnung, die Freiheit zu haben, mehr Kräfte in diesen Prozess in Europa einzubringen. Europa hat in den letzten Jahrhunderten so viel Krieg und Kolonialismus in die Welt gebracht; Europa, zu dem wir auch gehören, hätte allen Grund, einen Beitrag zur Ueberwindung der Austragung von Konflikten mit militärischer Gewalt zu leisten. Unser Land könnte aus seiner eigenen Geschichte und aus eigener Erfahrung dazu einen Beitrag leisten. Ich rufe Sie auf, sich damit auseinanderzusetzen.

Herr Etique fand, wir sagten immer dasselbe, hundertmal dasselbe. (*Glocke des Präsidenten*) Ich wäre froh, wenn Sie, Herr Etique, nicht mehr hundertmal dasselbe sagen, sondern endlich anfangen würden, unsere konkreten Fragen zu beantworten.

**Schmid:** Geben wir es zu: Die Initiative «für eine Schweiz ohne Armee» ärgert zunächst einmal manche Kolleginnen und vor allem Kollegen in diesem Saal. Ich schliesse mich davon nicht aus. Da wird ein Angriff auf eine Institution geführt, die wir ja selber mit Kritik kaum verschonen, aber dennoch niemals grundsätzlich in Frage gestellt haben mochten. Aegerer bereitet im Leben immer das, was nicht ins Konzept unserer liebgeordneten Gewohnheiten passt und daher zum Denken auffordert. Denken ist jedoch die schwerste Arbeit, die es gibt, und daher auch so unbeliebt. Abwehren, was einem nicht passt, ist einfacher, und abschaffen, was einem nicht passt, auch.

Wir könnten uns eine Menge Aegerer ersparen, wenn wir uns grundsätzlich bereit finden könnten, das Ungewohnte, das Unbequeme, ja, das für unsere Ohren Unerhörte als Ausdruck der Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit des Lebens zu betrachten und die Dinge gelassen an uns herankommen zu lassen. Was von Grund auf überprüft werden muss, fällt darum noch nicht ausser Abschied und Traktanden, aber es wird auf eine neue Basis gestellt und von manchen fragwürdigen Zutaten befreit.

Die Initiative «Schweiz ohne Armee» gibt Anlass, sich auf die ureigenste Funktion der Armee als Instrument des Staates zu besinnen. Das Leben in sittlichen Dimensionen ist für den grössten Teil der Menschen nur möglich, wenn sie sich in einem geordneten Rahmen im Schutz von Staat und Gesetzen aufgehoben fühlen. Die Armee ist eines unter anderen Instrumenten, welche den Staat als Institution friedlichen Zusammenlebens zu schützen haben. Sie ist nicht das einzige, und vor allem ist sie das letzte Mittel, das erst zum Einsatz kommen darf, wenn alle übrigen Mittel versagt haben. Die staatliche Ordnung erleichtert die Gewissensbildung. Der Staat selber aber hat kein Gewissen. Es muss daher in ihm erlaubt sein, neue Wege und Formen der Friedenssicherung zu suchen und zu diskutieren. Dazu kann auch die vorliegende Initiative Anlass sein, und das ist ihre positive Seite.

Nicht zu folgen vermag ich den Initianten in ihrem Optimismus, mit der Abschaffung von Armeen bräche auch schon der Friede aus. Das kommt mir so vor, als wolle man den Hausbau beim Dach beginnen in der Zuversicht, das Fundament stelle sich dann von selber ein. Der ethische Ueberbau des Zusammenlebens ist selbstverständlich wesentlich als der Unterbau der Selbsterhaltung und Selbstverteidigung. Aber ohne Sicherung der Fundamente, des gesellschaftlichen Einvernehmens im Staat und mittels Gesetzen, wohnen wir nicht lange in diesem Haus.

Ich halte darum die Initiative für naiv und leichtsinnig und kann ihr nicht zustimmen. Gleichwohl kann sie uns dazu veranlassen, die Armee auf ihre spezielle und einzige Aufgabe zu verweisen, den äusseren Schutz des Staates zu gewährleisten. Sie braucht keine Eigendynamik zu entwickeln und soll nicht Staat im Staate werden. Sie ist weder

dazu da, Prestigeobjekt für Militärschäufel und Nagelprobe für gute Demokraten zu sein, noch soll sie zum lukrativen Geschäft einer Rüstungsindustrie werden, was Kriege eher anheizt als verhindert.

Die Armee soll nicht mehr sein als ein mögliches Instrument zur Friedenssicherung unter anderen. Wir müssen alle nur erdenklichen und praktikablen anderen Wege ebenfalls erwägen und beschreiten. Ich unterstütze daher alle Gegenvorschläge, die etwas für diesen umfassenden Frieden tun können und dabei weder die Armee abschaffen noch vorübergehend einschläfern wollen. Keine Anstrengung, die dabei erfolgversprechend sein könnte, darf uns zu beschwerlich sein.

Wenn diese Einsicht das Resultat der Diskussion um die Initiative «für eine Schweiz ohne Armee und für eine aktive Friedenspolitik» ist, hat nicht zuletzt die Armee dadurch am meisten an Glaubwürdigkeit gewonnen.

**Weder-Basel:** Ich rede zu den Anträgen und teile Ihnen mit, dass die LdU-EVP-Fraktion die Anträge Zivildienst und Friedensforschung und -sicherung unterstützt. Diese Initiative gibt uns aber auch Gelegenheit zu ein paar grundsätzlichen Gedanken. Wer z. B. weiss, was heute atomar vorbereitet wird, kann und darf auf dieser Welt nicht mehr länger ruhig bleiben.

Erstmals in der Geschichte haben Menschen die Möglichkeit, ihre Geschichte zu beenden. Der atomare Holocaust würde jedoch nicht nur die heute lebenden Menschen vernichten, es wären auch Milliarden von kommenden Menschen betroffen. Wir würden einerseits die Geschichte auslöschen und andererseits die Zukunft verhindern. Atomarer Holocaust wäre also nicht nur der Tod der Gegenwart, sondern auch der Tod der Zukunft und der Vergangenheit. Bisher kannten die Menschen nur den individuellen Tod, heute haben wir eine Ahnung vom kollektiven Tod. Die Rettung kann nur eine Befreiung von der Wahnsinnsrüstung und vom atomaren Holocaust bringen. Auf die Dauer kann man mit immer komplizierter werdender atomarer Technik nur sterben. Die einzige Chance zu überleben ist die bewusste Auseinandersetzung mit der Gefahr. Es kann auf die Dauer nicht gut gehen, wenn wir jährlich rund 2000 Milliarden Franken für Rüstung ausgeben, zugleich aber Millionen Menschen an Hunger sterben. Alles hat seine Folgen, alles hat seinen Preis: irgendwann wird jedes verhungerte Kind seinen Preis fordern.

Ich begründe unser Anliegen auf Einsetzung einer Friedensforschung, die diesen Namen verdient. Wir wünschen kein Institut, das der militärwissenschaftlichen Abteilung der ETH angegliedert ist, sondern ein unabhängiges Institut, das in regelmässigen Abständen auch uns hier im Rat und natürlich die Bevölkerung informiert.

Der holländische Professor Roelling, seinerzeit Generalsekretär der internationalen Friedensforschungsgesellschaft, erklärte dazu: «Es gibt kaum ein Land, das mehr wie die Schweiz dazu berufen wäre, ein Institut für Friedensforschung zu errichten. Als Land der traditionellen Neutralität, als Initiantin und Hüterin des Internationalen Roten Kreuzes, stünde es der Schweiz wohl an, eine Stätte der Forschung für den Frieden und für die Freiheit der Völker ins Leben zu rufen.» Weiter führte er aus: «Solche Institute neutraler Länder können der Sache des Friedens einen besonders wertvollen Dienst leisten, wenn sie sich neben ihrer Forschungsarbeit zum Ziel setzen, Begegnungen und Gespräche zwischen allen Völkern, zwischen Weiss, Schwarz und Gelb usw. anzustreben.»

Hier wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass wir uns in der Schweiz auch zu verteidigen haben, und zwar für die Umwelt. Ich teile diese Auffassung und meine auch, dass wir uns das etwas mehr kosten lassen sollten als bisher. Was werden unsere Kinder einmal von uns erben? Abgeholzte Wälder in den Tropen, sterbende Wälder bei uns, betonierte und asphaltierte Landschaften, radioaktiven Atommüll für Hunderttausende von Jahren, vergifteten Boden, verseuchtes Wasser, verpestete Luft und ausgeplünderte Rohstoffquellen usw. Das hat alles damit zu tun, dass weltweit immer

mehr Geld für Rüstung ausgegeben wird; dabei entfernen wir uns immer weiter von der Sicherheit.

Soviel zum Problem, was die Schweiz zu tun hätte und was wir auch von Ihnen erwarten, die Sie sich hier sehr einseitig gegen diese Initiative und für das Militär aussprechen. Aber wir möchten doch auch einmal ein Bekenntnis, wie sich z. B. die Schweiz auf internationaler Ebene zu verhalten hat – in bezug auf Geldwäscherei, auf dubiosen Handel mit militärischen Gütern, auf Geldwäscherei von Drogengeldern, auf das Finanzgebaren der Schweiz.

Ueberprüfen Sie einmal folgendes: Wenn wir unsere Gelder aus der Schweiz weggeben, verlangen wir dafür Zinssätze, die an Wucher grenzen. Das ist unser System: Geld fortgeben und dafür Wucherzinsen verlangen, die diese Länder niemals bezahlen können. Machen Sie, die Sie sich so stark machen für eine starke Armee, sich endlich einmal stark für eine Schweiz, die sich international einsetzt und die international zu bestehen vermag – auch in sozialer Hinsicht, im Interesse der Völker der Dritten Welt und der Aermsten dieser Welt! Täglich sterben Tausende von Kindern, und wir werden eines Tages den Preis für den Tod dieser Kinder zu bezahlen haben. Wir sind mitschuldig!

**Frau Zölch:** Die Art, mit der die Initianten für eine Schweiz ohne Armee und für eine umfassende Friedenspolitik ihre Anliegen zur Diskussion stellen, erfordert Aufmerksamkeit und Auseinandersetzung. Wir müssen die Diskussion ernst nehmen. Die Schweizer Armee ist kein Tabu, und sie darf in einer Demokratie auch keines sein. Die Armee zur Diskussion stellen heisst, Vor- und Nachteile abwägen, zuhören, Erkenntnisse auswerten und Folgerungen ziehen. Die Armee ist wandelbar und erneuerbar.

Was aber nicht akzeptiert werden kann, ist, dass man denjenigen, die nach gewalteter Diskussion aus Ueberzeugung zu unserer Armee stehen, Gesprächs- und Diskussionsverweigerung vorwirft, ohne bereit zu sein, auch den eigenen Standpunkt selber vorurteilslos zur Diskussion zu stellen. Die Armee braucht die Unterstützung unserer Bevölkerung. Für mich ist sie vor allem ein Mittel zum Schutze unserer Unabhängigkeit und unserer Neutralität, von Werten also, die uns immer wichtig waren und die wir gerade im Hinblick auf die Diskussion um die Stellung unseres Landes in Europa immer wieder in die Waagschale werfen wollen. Ebenso wichtig ist die Armee für mich als Mittel zum Schutze unserer demokratischen Institutionen. Die Armee hat in der Friedens- und Sicherheitspolitik bis heute ihre Aufgabe erfüllt. Das Gegenteil wäre erst noch zu beweisen. Die Friedens- und Konfliktforschung muss weiterentwickelt werden. Ein Friedensforschungsinstitut, finanziert mit Bundesgeldern, wie es in der Motion der Kommission Minderheit verlangt wird, brauchen wir aber nicht. An verschiedenen Universitäten unseres Landes und von verschiedensten Organisationen wird bereits seit längerer Zeit Friedens- und Konfliktforschung betrieben. An der Universität Bern wurden z. B. sicherheitspolitische Fragen bereits in den sechziger Jahren in interdisziplinärer Zusammenarbeit behandelt. Miteinbezogen waren Geschichte, Völkerrecht, Soziologie und die Militärwissenschaften. Von hier aus wurde die Entwicklung zum Beispiel der KSZE genauestens verfolgt und analysiert, besonders auch hinsichtlich der Stellung der Schweiz und ihren Möglichkeiten, an der internationalen Abrüstung teilzunehmen. Viele der dort ausgebildeten Leute sind heute im diplomatischen Dienst oder arbeiten als sicherheitspolitische Experten. Geforscht wurde mit Mitteln der Universität und ohne zusätzliche Lehrstühle.

Die Diskussion um unsere Armee muss als Ansatzpunkt und Chance für die Verbesserung und Stärkung unserer Sicherheits- und Friedenspolitik gesehen werden. Letztere dürfen wir nicht mit Wagnissen gefährden.

Die Initiative ist aus diesen Gründen klar abzulehnen. Wir haben auch diesbezüglich in Europa und für Europa einen Beitrag zu leisten.

**Keller:** Ich kann es mir nicht anders erklären: Wer diese Initiative unterstützt, muss in tiefem Unfrieden mit den politi-

schon und gesellschaftlichen Verhältnissen unseres Landes leben; denn diese Initiative tritt doch eigentlich den letzten Funken an sicherheitspolitischem Realitätssinn aus! Sie will die Schweiz zur Wehrlosigkeit verpflichten. Wer auch immer in feindlicher Absicht die Unabhängigkeit unseres Landes antasten möchte: Es wird ihm kein Widerstand entgegen gesetzt. Diese Initiative will gewissermassen das Schweizer Volk insgesamt zum Wehrdienstverweigerer erklären. Mit Blick auf Geschichte, Tradition und Selbstverständnis unseres Landes, das ja demnächst seine 700 Jahre feiert, ist diese Initiative ungeheuerlich. Hier erscheint eine geradezu groteske Utopie im ehrenwerten Gewand einer Volksinitiative, und deswegen sind wir auch verpflichtet, uns mit ihr auseinanderzusetzen.

Die Kommissionssprecher und weitere Sprecher haben den sicherheitspolitischen Irrweg dargestellt, in den uns diese Initiative führen muss. Beifügen möchte ich lediglich: Die Schweiz ist auf die bewaffnete Neutralität verpflichtet. Die Schweiz ist ein Teil der Staatenwelt, insbesondere der westeuropäischen Staatenwelt. Ihre Sicherheitspolitik ist auch mit Blick auf die internationale Sicherheitspolitik zu sehen. Da muss auch die Schweiz ihren Teil leisten. Eine Abschaffung der Armee wäre in diesem Kontext nicht mehr und nicht weniger als ein Ausbrechen aus der sicherheitspolitischen Solidarität, an die auch die Schweiz ihren Teil leisten muss.

Zu den Gegenvorschlägen, die aus dieser Initiative hervorgehen sollten: Wir erarbeiten in der Regel dann Gegenvorschläge, wenn wir das Ziel eines Vorstosses im wesentlichen als annehmbar, ja als gerechtfertigt erachten, die Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, uns aber nicht zweckmässig oder angemessen erscheinen.

Bei dieser Initiative sind nun aber sowohl Mittel als auch Ziel verfehlt. Aus diesem Geist der völligen Verneinung heraus sollten wir uns nicht den Zwang auferlegen, irgendwelche Gegenvorschläge hervorzubringen. Was uns Herr Braunschweig vorschlägt, ist ja doch nichts anderes als eine ratenweise Liquidation der Armee, und die Vorschläge der Minderheit Hubacher stehen nicht im Zusammenhang mit dem Anliegen der Initiative. Einführung des Zivildienstes ist doch nicht einfach eine Modifikation zu dieser Initiative, die ja auf Abschaffung der Armee hindrängt!

Eine persönliche Bemerkung zum Schluss: Ich habe rund 1800 Dienstage in dieser Armee geleistet und leiste auch heute noch Dienst. Ich habe diese Leistung immer als einen Dienst am Volk und an diesem Staate empfunden, und ich wehre mich für all jene, die hier teilweise verunglimpft worden sind, indem man ihnen unterschiebt, sie hätten diesen Dienst benutzt, um auf eine ungebührliche Weise auf Staat und Gesellschaft Einfluss zu nehmen. Diesen Vorwurf weise ich zurück.

**Humbel:** Gestern und heute erlebt dieses Parlament historische Stunden. Auch ich erlebte gestern nachmittag in unserer Region Baden/Wettingen einen historischen Tag mit mehreren hundert Wehrmännern, Soldaten, Gefreiten, Unteroffizieren und Offizieren: nämlich Entlassung aus der Wehrpflicht.

Es gibt im Leben eben Zufälle: hier Diskussion über die Abschaffung der Armee, dort Entlassung aus der Armee. Für viele Männer des Jahrganges 1938 war es schor: ein etwas trauriger Tag, auch für mich als Subalternen: Es war ein Tag, an welchem man mit Wehmut, mit tiefer Besinnung, aber auch mit Fröhlichkeit auf die vielen Dienstage zurückblickt. Einige in diesem Saal haben das schon erlebt.

«Wäisch no, wäisch no, weisst du noch ....?» Darin erzählen doch alle von den interessanten, harten und auch heiteren Stunden aus dem WK, aus den Landwehrkursen, aus dem letzten Landsturmkurs.

Ich habe einige Notizen gemacht. Ein Grenadier erzählte mit Freude – natürlich auch mit Sehnsucht – von den Stosstruppübungen. Da hat es gefeuert, gefunkt, geschossen und gelärmt, da war er im Element! Ein anderer: «Das war eine ungemein harte Nacht, jene Wache während der Nacht bei bissiger Kälte, es hat dazu noch geschneit, aber wir sind

immer noch da!», hat er mit Stolz festgestellt. Ein Dritter: «Der letzte Kompanieabend war 'ds Zähni', der Feldweibel ein hervorragender Tafelmajor». Der Vierte: ihm hat ein Kommandant gar nicht gefallen, aber sein Nachfolger war dann ein ausgezeichnete Psychologe, der die ganze Mannschaft für sich und die Ziele der Armee gewinnen konnte. Ein weiterer: Er wettete über seinen Zugführer, er sei ein Preussen-Offizier gewesen, aber knurrend hätten sie die Pflichten erfüllt. Ein Motorfahrer erzählte von seiner Arreststrafe; aber dennoch sei er mit Ueberzeugung für unsere Armee. Ein anderer schwärmte von den zwei Defilees, die er mitmachen konnte. Viele Zuschauer hätten den vorbeimarschierenden Truppen grossen Applaus gespendet. Das sei für ihn beeindruckend gewesen.

Das Schuhwerk müsse doch endlich besser und die Uniform moderner werden, kritisierte ein Gefreiter. Die Nachtübungen – alle Wehrmänner schwarz angemalt – seien interessant gewesen, aber nicht immer gelungen, erzählte ein Soldat. Kompanieaussprachen sind lebhafter geworden. Auch hier kommt es auf den Kommandanten an. So ging es fast den ganzen Abend bis heute nacht. Fast verfehlte ich noch den Zug nach Bern!

Selbstverständlich wurde auch über diese Initiative «Abschaffung der Armee» engagiert diskutiert. Das komme gar nicht in Frage; es sei ja ein heller Wahnsinn, eine solche Initiative zu lancieren. Aber selbstverständlich musste ich diese Wehrmänner auf das demokratische Initiativrecht aufmerksam machen.

Sie sehen: Positives und Negatives habe ich gehört. Kritische Bemerkungen wurden angebracht. Aber wo haben wir denn den Idealzustand? Bei welchen Institutionen? Bei welchen Organisationen? Alle waren sich einig: Die Schweizer Armee hat eine Chance, mit Erfolg einen Gegner zu bekämpfen. Der Glaube an diesen Erfolg ist von eminent grosser Bedeutung.

Ich habe Ihnen dieses Stimmungsbild nicht vorenthalten wollen. Mit dieser Initiative wird der Stolz fast aller Wehrmänner in unserem Lande angegriffen, Wehrmänner, die viele Dienstage geleistet haben, die viele Entbehnungen auf sich genommen und auf vieles verzichtet haben.

Noch ein wichtiger Punkt: Meine Kameraden haben mich darauf aufmerksam gemacht, dass es bald an der Zeit wäre, auch ein Obligatorium für unsere Frauen einzuführen. Ich weiss, dass dies noch ein weiter Weg ist. Aber immerhin wussten auch meine Kameraden, dass im Zivilschutz, aber auch bei den Rotkreuzfahrerinnen und beim Militärischen Frauendienst mehr als 100 000 Frauen fehlen. Ich hoffe, dass die hier anwesenden Parlamentarierinnen das gehört haben.

Dieser Hinweis ist vor allem auch gemacht worden, weil von der RS immer wieder als von der «Schule der Nation» gesprochen wird, weil eine Rekrutenschule eine der besten Schulen für unsere jungen Mitbürger ist. Man lernt hier das Leben in einer kleinen Gemeinschaft zu leben, auch in schwierigsten Situationen.

Das sind nur einige wenige Punkte, die für die Beibehaltung unserer Armee und deren Ausbau klar und deutlich sprechen.

**M. Cevy:** Notre armée a une bonne réputation. Elle est prise au sérieux, même si elle n'est que l'armée d'un petit Etat, même si elle n'a pas subi l'épreuve du feu; mais qui s'en plaindrait?

Pourtant, malgré la considération dont jouit cette armée, personne, à l'extérieur, ne doute de la volonté de paix de la Suisse et ne détecte dans notre nation en armes la moindre velléité agressive. En revanche, dans notre pays, des gens passent beaucoup de temps à dénoncer un certain esprit militariste, en montrant du doigt je ne sais quel va-t-en guerre, piétinant d'impatience à l'idée de pouvoir un jour – quelle fierté, quelle gloire! – se lancer sabre au clair ou chars en pointe contre l'ennemi de leurs rêves ou de leurs obsessions.

Ce langage insidieux, destiné à travestir la réalité, nous le subissons ici depuis des décennies, chaque fois qu'un crédit

militaire est en cause. Il fut pendant longtemps le fait d'une extrême gauche pure et dure dans son insistance à n'accepter qu'une seule armée, celle qui pourrait un jour imposer le communisme jusque dans les campagnes les plus retirées de l'Occident.

Appelés en renfort à la faveur de ces correspondances souvent mystérieuses établies dans le cadre de mouvements internationalistes, à couverture humanitaire, culturelle, voire religieuse, dont il vaudra la peine un jour d'écrire l'histoire et de démonter les mécanismes, les pacifistes ont pris la relève de nos extrémistes quelque peu discrédités par les drames hongrois, polonais, tchécoslovaque et bientôt afghan.

Mais l'argumentation restait la même. La Suisse devait avoir honte de continuer à s'armer et à entraîner ses soldats, alors que le grand courant pacifiste soufflait des steppes de l'Asie centrale jusqu'aux confins atlantiques. Oui, même langage, celui que nos prédécesseurs n'ont heureusement point écouté à l'époque de l'entre-deux guerres, lorsque les démocraties occidentales se laissaient duper par les ordonnateurs camouflés et puis bientôt triomphants de la grande tuerie mondiale. Même langage encore lorsque les leaders du communisme mondial s'appelaient Staline, ou plus récemment Brejnev. Comment alors pourrions-nous retenir aujourd'hui les ennemis de notre défense nationale de tirer argument des efforts des Grands, efforts sincères, j'en suis sûr, pour déclencher un véritable processus de désarmement?

Mais comment aussi ne pas être frappé par la constance de ce langage, toujours le même, quel que soit le degré de la menace?

A Bruxelles l'autre jour, au cours d'une séance réunissant des parlementaires de la Communauté européenne, l'un de nos interlocuteurs affirmait, avec un certain goût du paradoxe mais aussi avec quelle sagesse, que les derniers pays à désarmer devront être les Etats neutres. Cette remarque étonnamment pertinente ne fait-elle pas écho à la codification des droits et des devoirs des Etats neutres établis lors de la Conférence de La Haye en 1907? Car, rappelons-le une fois de plus, la neutralité implique aussi des devoirs et, par-dessus tout, celui de sauvegarder l'inviolabilité du territoire national et de s'interdire d'autoriser les belligérants à utiliser ce territoire. D'où le devoir de préparer les moyens nécessaires à l'expression de cette volonté et d'entretenir une armée; mais pas n'importe laquelle, Monsieur Braunschweig, une armée crédible, à la hauteur de sa tâche éventuelle, et non pas une troupe diminuée par un moratoire irréaliste dans sa dotation en matériel efficace et dans ses possibilités de se maintenir en état de fonctionner.

La neutralité – et j'en termine par là – n'est pas une attitude égoïste. Elle a été reconnue dans l'intérêt de l'équilibre et de la paix en Europe. Mais elle nous engage à assumer nos devoirs. Elle ne peut être que permanente et, surtout, armée. Les grands hommes d'Etat qui nous ont permis de la faire reconnaître comme telle seraient trahis par l'adoption de l'initiative que nous proposons des irresponsables. Nous devons rejeter leur tentative de solliciter notre laxisme ou notre inconscience.

**Müller-Meilen:** Ich will hier nicht allgemein strategische und sicherheitspolitische Betrachtungen anstellen und wiederholen. Sie sind von den zahlreichen Obersten und anderen Sachverständigen im Rat kompetenter angestellt worden. Ich spreche zum Antrag Braunschweig, von 1990 bis 2004 keine Kredite für Rüstungen mehr zu bewilligen, und werfe die Erfahrungen der Geschichte ein. Dass die Schweiz im Zweiten Weltkrieg vom nationalsozialistischen Deutschland und vom faschistischen Italien nicht besetzt wurde, war keineswegs selbstverständlich. Ein wesentlicher Anteil daran ist dem Faktum zuzuschreiben, dass die Schweizer Armee 1939 einigermassen gerüstet an der Grenze stand. Auch das war nur mit grösster Mühe zu erreichen.

Nach dem Ersten Weltkrieg gab es eine breite pazifistische Bewegung, die die Entwaffnung aller Völker propagierte und auch ihre Ableger in der Schweiz hatte. Eine idealistisch gesinnte Frau, Bertha von Suttner, schrieb ein populäres

Buch unter dem Titel «Die Waffen nieder». Die in den zwanziger Jahren noch marxistisch ausgerichtete schweizerische Sozialdemokratie lehnte die Landesverteidigung damals grundsätzlich ab, weil sie darin ein Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie sah. Bis in weite bürgerliche Kreise war man für eine wesentliche Reduktion der Wehrekredite, wogegen allerdings ein anderer Teil des Bürgertums, unter Führung von Bundesrat Minger, ankämpfte. Erst mit der Machtergreifung Hitlers 1933 wurde vielen wieder klar, dass der Erste Weltkrieg vielleicht doch nicht der letzte aller Kriege gewesen sein könnte und dass es auch künftig gelte, zur Verteidigung der Freiheit und der Menschenrechte bereit zu sein. Es gibt ja nicht nur eine Umwelt zu verteidigen.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz konnte sich schliesslich 1935 zu einer bedingten Bejahung der Landesverteidigung durchringen. Sie bekannte sich nun «zur Notwendigkeit eines bewaffneten Grenzschutzes, der von einer antikapitalistischen Volksgemeinschaft getragen» sein müsse.

Die Formulierung erinnert mich fatal an die vielen Bedingungen, die auch hier bereits gestern – etwa auch von Herrn Hubacher – an das Bekenntnis zur Landesverteidigung geknüpft wurden.

Für die Beschaffung von neuen, wirksamen Waffen war es 1935 wirklich höchste Zeit, wenn man vermeiden wollte, dass die Schweizer Soldaten den deutschen Panzerverbänden fast allein mit dem Karabiner und den LMG entgegenzutreten hatten. Die Lehre aus dieser Erfahrung kann nur die sein, dass ein neutraler Kleinstaat internationale Entspannungen zwar dankbar begrüssen sollte, dass er sich aber auf eine langfristige Politik einrichten und spätere Wetteränderungen am internationalen Horizont nie ausschliessen sollte.

Ein demokratischer Kleinstaat kann nicht rasch Rüstungsrückstände aufholen. Seine Verteidigungsanstrengungen haben kontinuierlich zu sein, und gegenüber allen Entspannungserklärungen gilt die gesunde Skepsis: «pourvu que ça dure!»

Nach dem Antrag Braunschweig wäre es nicht mehr zu verantworten, in 15 Jahren unsere schlecht bewaffneten Soldaten gegen einen Feind antreten zu lassen. Im Grunde entwarfnet er die Armee. Es ist doch wohl angemessen, dass seine Vorstellung, mit Pfeil und Bogen des hochgeachteten Volkes der Indianer anzutreten, hier fehl am Platze ist. Wir würden das eigentlich lieber den Spielstunden von Herrn Braunschweig überlassen.

Die Initiative ist illusionär, sie ist verhängnisvoll kurzfristig, und sie ist deshalb abzulehnen.

**Bircher:** Die Initiative «Für eine Schweiz ohne Armee» hat wohl diese grosse Aufmerksamkeit erregt, weil sie auf eine umfassende Frage, auf das komplexe Thema der Armee, nur eine absolute Antwort erteilt hat: Abschaffung! Die Initiative selbst lässt auf die Armeefrage letztlich keine andere, keine differenziertere Antwort zu als ein uneingeschränktes Ja oder Nein. Diesem Umstand hat es die Initiative auch zuzuschreiben, dass sie auf Ablehnung stösst, in den unterschiedlichsten Bevölkerungsschichten und auch in Kreisen, in welchen die Armee heute längst kein Tabu mehr ist: wo beispielsweise übertriebene Rüstungsaufwendungen kritisiert oder abgelehnt werden und wo man für ein Sicherheitsdenken mit anderen, verschobenen Schwerpunkten eintritt. Nun zum absolut formulierten Ziel der Abschaffung der Armee: Dieses Ziel zu realisieren wäre wohl nur sinnvoll, wenn viele, ja die meisten Staaten diesen Schritt auch tun würden. Blieben wir als Kleinstaat alleine, müssten wir uns wohl bald als Trittbrettfahrer einem militärischen Bündnis anschliessen, was wohl die wenigsten möchten. Wir stellen heute zwar als positives Faktum fest, dass sich die Ost-West-Beziehungen gelockert und verbessert haben. Aber wir stehen erst am Anfang eines Abrüstungsprozesses, und nach wie vor besteht noch kein funktionierendes System kollektiver Sicherheit. Die Verunsicherung geht vor allem von den Grossmächten aus; das ist heute schon mehrmals auch von

unserer Seite festgestellt worden. Und diese Grossmächte bedrohen mit ihren vereinzelt Interventionen leider immer wieder den Weltfrieden. Sie müssten eigentlich mit einer umfassenden Abrüstung vorangehen. Der norwegische Friedensforscher Johan Galtung verlangt denn auch von diesen Staaten den Uebergang von einer offensiven zu einer defensiven Armee, dies als einen wirksamen Schritt zur Abschaffung von Kriegen, nicht aber zur Abschaffung der Armee, wie er sagt; denn Sicherheit komme nicht automatisch. Dazu gehöre auch eine Art von militärischer Verteidigung, meint Galtung in seinem stark beachteten alternativen Umrüstungs- und Abrüstungskonzept.

Wir selbst müssten vermehrt lernen, die anderen Aspekte der Sicherheit stärker zu gewichten. Rüstungs- und Verteidigungsausgaben dürfen keine absolute Priorität geniessen. Es gibt noch andere, ebenso lebensgefährdende Bedrohungen wie jene der Waffen. Ich nenne beispielhaft die Gefahr der verschmutzten oder der verseuchten Luft. Gegen sie schützt kein Stacheldrahtzaun, und es helfen keine Rak-Rohre. Diese Gefahr ist grenzüberschreitend, und sie trifft uns alle. Die Umweltrisiken haben in ihrer Vielzahl und mit immer neuen unbekannt Dimensionen angenommen, gegen die zuwenig getan wird. Wir leben zwar bei uns in militärischen Friedenszeiten, aber mit diesem stehen Risiko von ökologischen Katastrophen ist auch der Friede zum Ernstfall geworden.

Schliesslich sind aber auch die soziale Wohlfahrt und der innere Friede ebenso wichtige Elemente unserer Sicherheit. Die Armee darf nicht zum Einsatz gegen innen missbraucht werden. Innere Konflikte sind sozial und politisch zu behandeln. Wir haben bei uns eine Milizarmee, und dabei soll es bleiben. Pläne für eine Bereitschaftstruppe beispielsweise sind fallenzulassen; sie passen nicht zu diesem Milizcharakter. Die Armee soll jederzeit der demokratischen Kontrolle durch die Politik und letztlich durch die eigene Bevölkerung unterstellt bleiben. Die zur Diskussion stehende Initiative – die ich ablehne – bietet dazu eine Gelegenheit.

**Bundi:** Ich bin für die Ablehnung dieser Initiative. Es gibt genügend stichhaltige Gründe für die Aufrechterhaltung unserer Milizarmee. Darauf näher einzutreten ist aber in einem fünfminütigen Votum nicht möglich. Im übrigen sind die Gründe genügend dargelegt worden.

Dies vorausgeschickt möchte ich bemerken, dass ich mit einigen Stellen und Ausführungen in der bundesrätlichen Botschaft gar nicht einverstanden bin. Dies gilt insbesondere in bezug auf den Abschnitt «Pazifismus als Kriegsursache». Ich möchte einen Blick in die Geschichte werfen und dabei versuchen, die doch einseitige Optik von Kollege Müller-Meilen in seinem Votum von vorhin zu korrigieren.

Das Kapitel «Pazifismus als Kriegsursache» wäre besser nicht geschrieben worden; es stellt meines Erachtens eine Beleidigung dar gegenüber den vielen Mitbürgern, die sich in der Vergangenheit redlich für den Frieden eingesetzt und gleichzeitig standhaft den Militärdienst geleistet, aber auch entschieden das Gebaren der Aggressoren in unseren Nachbarländern angeprangert und verurteilt haben.

In der Botschaft wird zunächst einmal der internationale Pazifismus herangezogen und in den ursächlichen Zusammenhang mit dem Kriegsausbruch gebracht. Weil er vom Prinzip «Frieden» ausgegangen sei, habe er sich gegen Sanktionen gewandt und für Nachgeben plädiert. Man muss sich aber schon fragen, ob denn die eigentlichen Fakten der Geschichte überhaupt vergessen wurden oder absichtlich verschwiegen werden.

Waren es nicht Chamberlain und Daladier, ausgesprochen konservative Geister, die vor 50 Jahren gegenüber den Diktatoren nachgaben? Wenn jemand in erster Linie verantwortlich war für das Versagen in München – 1938 – und damit für die verhängnisvolle Appeasement-Politik, dann waren es diese führenden Leute konservativer Regierungen. Der kurzfristig errungene Scheinfriede «für unsere Zeit», den Chamberlain nach seiner Rückkehr von München feierte, war die Frucht eines ständigen Wallfahrens zum Führer und des blinden Nachgebens.

Dies geschah nicht wegen der Friedensbewegung dieser Zeit, sondern aus Aengstlichkeit und teilweiser Bewunderung der Taten der europäischen Diktatoren; nicht zuletzt aus der Ueberlegung, man müsse diesen Aggressoren ein bisschen Spielraum lassen.

Denn diese Aggressionen seien in der Lage, den Weltkommunismus zu bekämpfen und auszurotten. Es wäre nichts anderes als ehrlich, zuzugeben, dass es Männer an den Schalthebeln der Macht waren, welche die entscheidendsten Fehler gemacht haben, und nicht Gruppen von Friedensleuten.

Aber werfen wir noch einen Blick auf die schweizerischen Verhältnisse. In der Botschaft wird festgehalten, bei uns habe der Meinungsumschwung noch rechtzeitig stattgefunden. Tatsächlich und zum Glück fand er noch rechtzeitig statt. Nur gilt es auch hier zu betonen, dass das Umdenken zuerst in den Köpfen der kritischen Bürger und einer Reihe von wachen Politikern einsetzte und entschiedener in der Arbeiterbewegung als beim Grossbürgertum zum Ausdruck kam. Hohe Politiker, Offiziere und Wirtschaftsführer vollzogen ihre Wendung erst, als längst der grösste Teil der Schweizer Bevölkerung für eine Politik der Festigkeit und Unerschrockenheit plädierte.

Wie sah es aber in dieser Hinsicht noch 1938 im Kopf des Hauptverantwortlichen für unsere Aussenpolitik aus? Auch wenn das nicht gerne zur Kenntnis genommen wird, muss es heute, und vor allem im Zusammenhang mit der Denunziation der Friedensbewegung beim Namen genannt werden:

Aussenminister Motta drückte am 14. März 1938 gegenüber Deutschland in einem Telegramm seine Bewunderung über Art und Weise der Durchführung des Anschlusses Oesterreichs durch den Führer aus. Dies kann man nachlesen in Edgar Bonjours «Geschichte der schweizerischen Neutralität». Und am 2. Oktober 1938, einige Tage nach Abschluss des verhängnisvollen Münchner Abkommens, welches das Ende der Tschechoslowakei einläutete, verstieg sich der gleiche Aussenminister zu überschwänglichen Aeusserungen. In einer offiziellen Rede lobte er über die Massen die Friedenstat des edlen Greises – womit er Chamberlain meinte – und das hohe Verdienst des grossen Führers, den er in Mussolini erblickte.

Solches Lob, solche Bewunderung, solche Schalmeientöne gegenüber den grossen sogenannten Friedensvermittlern, also den Aggressoren, war reinstes Anpassertum – Appeasement, Gewährenlassen – und musste die Diktatoren ermuntern, ihre Kriegspläne zu realisieren.

Warum verschweigt man diese Tatsachen und stellt dafür den Pazifismus als Kriegsursache dar?

Ich meine, eine Diskussion über unsere Armee kann nur fruchtbar sein, wenn die historischen Fakten auch getreu wiedergegeben werden.

**Sager:** Die bedeutsame aussenpolitische Dimension unserer Debatte ist spätestens seit der Abrüstungsrede von Generalsekretär Gorbatschow gestern vor der Uno unübersehbar geworden.

Für sich allein genommen wäre diese Rede bloss die Schwalbe, die noch keinen Frühling kündigt. Allein: sie ist nicht das einzige Zeichen für die Glaubwürdigkeit des eingeleiteten Reformprozesses. Massgebliche Reformanhänger haben in Aussicht gestellt, dass die Aussenpolitik der Sowjetunion sich aus dem Dogma des internationalen Klassenkampfes befreie. Andere haben öffentlich Verständnis geäussert für die Rüstung des Westens als Antwort auf die hegemoniale Politik der Sowjetunion von Stalin bis Brezhniew.

Im sowjetischen Friedenskomitee wird jetzt kritisiert, dass seine Anweisungen an die Internationale Friedensbewegung Proteste gegen die Pershing II-Raketen forderten und solche gegen die SS-20 untersagten. Und vergangene Woche erst haben Sowjetexperten in Bonn erklärt, ein Abzug amerikanischer Truppen aus Europa könnte unerwünschte Wirkungen zeitigen.

Das sind gewiss mehr als hohle Worte und leere Versprechen. Aber sie stellen keine Gründe dar für die Abschaffung unserer Armee. Man muss sich bewusst bleiben, dass der Auslöser des sowjetischen Reformprozesses nicht in der Tugend, sondern in materieller Not zu finden ist, in der katastrophalen Krisenlage nämlich, in die alle Planwirtschaften geraten. Als Folge davon ist die Sowjetführung einem erheblichen Konzessionsdruck ausgesetzt, der um so höher ist, je schwächer die Sowjetunion und/oder je geeinter der Westen ist.

Konzessionen sind beispielsweise unumgänglich, um im Inland die Arbeitsproduktivität anzuheben oder um vom Ausland Konsumgüter zu erhalten. Der Konzessionsdruck kann etwa dadurch gemildert werden, dass der Westen destabilisiert wird. Daher haben wir bei aller positiven Beurteilung des Reformkurses und geradezu als dessen Korrelat mit einer Intensivierung der subversiven Massnahmen des KGB im Westen zu rechnen.

Wenn der Westen abzurüsten beginnt, so schwindet der Konzessionsdruck, dem die Sowjetführung ausgesetzt ist. Unter diesem aussenpolitischen Aspekt wäre der Verzicht auf unsere Armee ein Fehler, abgesehen davon, dass der echte, immerwährend Neutrale, der einer Defensivdoktrin verpflichtet ist, nicht der erste sein darf, sondern der letzte sein muss, der abrüstet. Das als Beginn eines langwierigen Prozesses, von dem Kollege Braunschweig gesprochen hat, den er für die Schweiz als über mehrere hundert Jahre sich erstreckend dargestellt hat und der im europäischen oder globalen Ausmass nicht auf weniger als mehrere Jahrzehnte komprimiert werden könnte.

Ein letztes Wort: Die Hoffnung darauf, dass eine schweizerische Abrüstung Nachahmung finde, ist nicht nur eine Ueberschätzung der Schweiz, sondern gehört ins Reich der Utopie. Den Beweis liefert Costa Rica, das 1948 auf eine Armee verzichtet hat.

Nicaragua hatte unter dem Diktator Somoza keine Armee, sondern Polizeikräfte im Umfang von rund 12 000 Mann. Die Sandinisten, die 1979 die Macht übernahmen, haben eine Armee aufgebaut, die heute über 60 000 Mann und 120 000 Milizionäre umfasst.

Seither fühlt sich Costa Rica – nach Aussagen der sozialdemokratischen Präsidenten Monge und Arias – bedroht. Man sollte dieser Erfahrung Rechnung tragen.

**Hänggi:** Ich schätze mich glücklich, in einem Land leben und politisieren zu dürfen, wo ich mich frei und offen für oder gegen unsere Armee aussprechen darf.

Unsere Armee hat noch nicht ausgedient. Die Zeit, wo aus Waffen Pflugscharen geschmiedet werden, ist noch nicht angebrochen.

Um so mehr bedaure ich, wenn zum Beispiel Frau Pitteloud, Herr Thür und andere mehr hier in diesem Saale von Angst und Terror sprechen. Wer muss denn hier eigentlich Angst haben? Und wo ist der Terror? Ich sehe ihn nicht. Aber genau mit diesem Vokabular wird jungen Menschen Angst gemacht. Auch Frau Bäumlín hat das gesagt. Es ist aber nicht die Armee, die junge Leute in die Resignation treibt, es sind vielmehr die Untergangsszenarien, die immer wieder gezeichnet und ihnen eingeredet werden.

Ich leiste meinen Militärdienst wie Tausende von Schweizern und Schweizerinnen in der festen Ueberzeugung, auf diese Weise etwas zu tun für den Frieden in Europa und damit auch in der Welt.

Ich schliesse andere Formen der Friedenssicherung nicht aus, im Gegenteil. Verschiedene Bestrebungen müssen und können sich ergänzen. Aber ohne Armee kann der Friede heute leider noch nicht gesichert werden. Die Armee selber ermöglicht erst all diese Aktivitäten.

Seit 200 Jahren haben wir auch dank unserer Armee keinen Krieg mehr in unserem Lande. Auch wenn sich die Welt in dieser Zeit sehr geändert hat, oder gerade deswegen, ist unsere Verteidigungs- und Milizarmee notwendig, um unsere Neutralitätspolitik glaubwürdig zu vertreten. Schweizer zu sein heisst für mich, sich dieser Idee verpflichtet fühlen. Ein militärpolitisches Vakuum würde nicht der Frie-

denssicherung dienen. So glaube ich denn, dass das militärische Gleichgewicht in Europa mitgeholfen hat, auch im Osten zu Erleichterungen zu führen, um den einsetzenden Dialog erst zu ermöglichen.

Wenn Herr Hubacher gestern von der sehr positiven Entwicklung im Osten, zum Beispiel in Ungarn, gesprochen hat, ist das sehr erfreulich. Erstaunlich ist aber trotzdem, dass heute noch Flüchtlinge aus den Oststaaten – auch aus Ungarn – in der Schweiz um politisches Asyl nachsuchen und auch erhalten. Erstaunlich ist auch, dass heute noch eine Mauer mitten durch Europa geht. Wo sind denn die Schweizer, welche in irgendeinem Lande der Welt um politisches Asyl nachsuchen? Ich kenne keinen.

Freiheit ist darum hier kein leeres Wort. Ich möchte, dass es so bleibt. Unsere Milizarmee kann dazu auch in Zukunft einen wesentlichen Beitrag leisten.

**Scherrer:** Daran, dass die Initiative sowohl im Rat wie auch beim Volk abgelehnt wird, hege ich keine Zweifel. Ich möchte Sie aber auch bitten, alle Gegenvorschläge und alle Anträge abzulehnen.

Eine Initiative mit dem Ziel, die Schweizer Armee abzuschaffen und die Schweiz zum Spielball aggressiver Mächte zu machen, soll nicht zum Anlass genommen werden, andere Anliegen durchzubringen. Bei dieser Initiative geht es schliesslich um nichts anderes als um die Abschaffung der Schweizer Armee. Dass allerdings auch in diesem Traktandum Umweltdebatten geführt werden, überrascht mich nicht. Von absichtlicher Zerstörung der Umwelt, von Atomarsenalen usw. ist die Rede. Dazu muss ich bemerken, dass kein Lebewesen, auch nicht der Mensch, seine Umwelt absichtlich zerstört! Darüber nachzudenken, würde sich auch einmal lohnen.

Wir haben nun seit gut vierzig Jahren Atomwaffen. Es wurden in einem einzigen Krieg Atomwaffen eingesetzt, und zwar eben vor gut vierzig Jahren. Was mit der Initiative zersetzt werden soll, ist die Wehrbereitschaft der Schweiz. Man spricht heute viel von vertrauensbildenden Massnahmen, von Abrüstung und von Entspannung. Abrüstung und Entspannung sind hingegen keine Garantien für einen Nichtangriff von aussen.

Wir erinnern uns an die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Da wurden mit gutgläubigen Staaten Verträge geschlossen; es wurde ein Nichtangriffspakt geschlossen mit verschiedenen Staaten, und diese «naiven» Staaten wurden hinterher hinterhältig von Nazideutschland überfallen. Hier muss ich fragen: Haben die Befürworter der Initiative nichts aus der Geschichte gelernt?

Es gibt auch einen psychologischen Faktor. Den können Sie schon bei kleinen Kindern beobachten. Wer schwach ist und sich nicht wehren kann, wird von den anderen in dieser oder in einer anderen Art dominiert. Wer sich hingegen im Falle eines Falles, wenn es darauf ankommt, wehren kann, der wird in der Regel vor Angriffen verschont. Und letztlich muss ich sagen, dass eine völlige Entwaffnung der Schweiz an der Weltpolitik gar nichts ändern würde. Dazu sind wir doch ein bisschen zu klein.

**Frau Ulrich:** Ich möchte vorerst kurz etwas zu Kollege Humbel sagen. Er hat uns geschildert, wie die abtretenden Wehrmänner begeistert von ihrem Militärdienst gesprochen haben. Dazu möchte ich ein Gegenwort bringen; ich glaube, heute sieht es ein bisschen anders aus. Korpskommandant Häslar hat vor etwa 14 Tagen gesagt: Jeder, der heute noch mit Begeisterung in den WK gehe, bei dem stimme wohl zu Hause etwas nicht (*Heiterkeit*). Ich werde später noch einmal auf diese Einschätzung zurückkommen; ich glaube, sie ist relativ realistisch.

Ich wehre mich auch gegen die immer wieder gehörte Ansicht, Frauen sollten im Zeichen der Gleichberechtigung auch Militärdienst leisten. Ich bin der Meinung, Frauen leisten ihren Beitrag an unser Land. Sie leisten ihn auf anderem Gebiet, z. B. dadurch, dass sie dafür sorgen, dass unsere Nation nicht ausstirbt, und dass sie vor allem im Bereich Friedenspolitik sehr aktiv sind.

Die Armee ist heute leider ein noch notwendiges Uebel. Zur Bedrohungslage möchte ich im Moment überhaupt nicht sprechen. Es gibt unterschiedliche Meinungen darüber. Mein grosses Anliegen ist der Minderheitsantrag Hubacher, der in Artikel 18 auch den Satz «Im Rahmen der Glaubens- und Gewissensfreiheit besteht ein sozialer Zivildienst» einfügen möchte. Man kann nicht sagen, dass das mit der Armee selber nichts zu tun hat und dass im Rahmen der Initiative versucht wird, noch irgend etwas hineinzubuttern. Denn es ist ein Problem, welches mit der Armee zusammenhängt und schon seit Jahrzehnten auf eine Lösung wartet. Ich werde immer wieder von jungen Leuten gefragt: «Warum bringt Ihr es nicht fertig, dass ein Zivildienst geschaffen wird?»

Die diskussionslose Ablehnung dieses Antrages, wie sie von den Liberalen, von der FDP, von der SVP und vorhin auch von Herrn Scherrer signalisiert worden ist, führt dazu, dass sich die Fronten immer mehr verhärten. Es stellt sich die Frage, was unsere jungen Leute machen, wenn wir ihnen nicht einmal in diesem Bereich die Hand reichen und uns Gesprächsbereit zeigen. Was machen sie, wenn die Initiative zur Abstimmung kommt? Wenn ihre Begeisterung für die Armee nämlich nicht mehr so gross ist, wie sie vielleicht früher war? Wie stimmen diese Jungen, welche die Bedrohung des Zweiten Weltkrieges nicht miterlebt haben? Sollten nicht die Leute, die noch so begeistert von der Armee sprechen, hier Gesprächsbereit sein, um im Interesse «ihrer» Armee deren Fortbestand zu sichern, für den Zeitpunkt, an dem sie, die diese Erlebnisse noch hatten, nicht mehr da sind und nicht mehr mitbestimmen?

Ich möchte Sie bitten, dem Minderheitsantrag Hubacher zuzustimmen und dem Schweizer Volk die Möglichkeit zu geben, zu diesem Gegenvorschlag «Ablehnung der Initiative, aber Ja zu einer Verankerung des Zivildienstes in der Verfassung» Stellung zu nehmen.

**Bäumlin Richard:** Im letzten Weltkrieg habe ich mich als Gymnasiast, als ich noch nicht wehrpflichtig war, bei der Ortswehr gemeldet und ein Langwehr bezogen, wie es damals üblich war. In meinen alten Tagen würde ich mich gleich verhalten. Dennoch halte ich die Argumente der Initianten teilweise für sehr berechtigt, und das ist kein Widerspruch. Sie werden gleich erfahren, wie ich das meine. In einer Zeit der Atomwaffen ist in unserem Land im extremen Ernstfall nichts zu verteidigen. Gleiches gilt für neue gentechnologische Waffen. Die «Weltwoche» von heute berichtet darüber. Es sind Waffen, mit denen wir in Zukunft zu rechnen haben. Als mündige Menschen stehen wir heute vor der Aufgabe, diese Situation zu ertragen.

Auch abgesehen vom atomaren Ernstfall halte ich die herrschenden Verteidigungskonzepte für fragwürdig: Bewegungskrieg, Panzerschlachten im Mittelland – da wird auch die eigene Bevölkerung und Umwelt zerstört. Kriegsgeschädigte AKW würden das ganze Land verseuchen; darum machen uns auch AKW im Grunde verteidigungsunfähig. Was mir vorschwebt, ist eine sehr dezentralisierte, infanteristische Raumverteidigung, ohne grosse Gegenseitige und dergleichen. Das erfordert aber auch nicht die Waffensysteme, die wir jetzt haben.

Wir alle hoffen, dass wir in eine Zeit der Entspannung kommen, und es gibt ermutigende Anzeichen. Aber ich weiss nicht, wie die Situation in fünf, in zehn Jahren aussehen wird. Darum halte ich die Initiative für verfrüht. Nicht so, nicht so schnell und nicht so radikal!

Die Initiative nimmt auch nicht Rücksicht auf Ängste in unserer Bevölkerung. Ich bin bereit, solche Ängste ernst zu nehmen, auch wenn ich der Meinung bin, dass gewisse Abwehrstrategien, mit denen man diese Ängste verdrängen will, nicht sehr überzeugend sind. Aber ich möchte das ernst nehmen, übrigens völlig unspöttisch. Ich meine das, wie ich es sage.

Ich bin also der Meinung, man könne der Initiative nicht zustimmen.

Auf der anderen Seite bin ich aber nicht bereit, gegen die Initiative zu stimmen, wenn es nicht zu einem überzeugenden

den Gegenvorschlag kommt. Ich kann nicht einfach ja sagen zu dem, was wir jetzt haben, zu den jetzigen Rüstungsinvestitionen, die ich für falsch halte, so wie sie heute angelegt sind. Ich kann auch nicht ja sagen zu einer Armee, die nicht den Zivildienst als echte Alternative kennt. Ich will nicht diese Tendenzen bestätigen; das sei mir ferne.

Am besten überzeugt mich der Gegenvorschlag von Herrn Braunschweig. Hier bin ich bereit mitzumachen. Es ist gesagt worden, dieser Gegenvorschlag sei unehrlich. Nein, er ist nicht unehrlich, er ist sehr ehrlich, und meines Erachtens ist er gut. Er würde Zeit schaffen zum Ueberlegen. Wir hätten Zeit, die internationale Entwicklung weiterzuverfolgen. Inzwischen würden wir unsere Armee nicht abschaffen, aber auf dem jetzigen Rüstungsstand einfrieren lassen. Wir würden damit auch die Tendenzen von Rüstungsbeschaffungen, die ich bekämpfe und nicht annehmen kann, stoppen.

Herr Keller hat gesagt, das komme einer Abschaffung der Armee in Raten gleich. Vielleicht; das wäre schön. Viele von Ihnen sagen, die Armee sei ein notwendiges Uebel. Wenn wir in künftigen besseren Zeiten ratenweise abbauen könnten; um so besser. Ich selber bin nicht so optimistisch. Aber ich möchte die Denkpause, die uns keinen ernstlichen Schaden bringen kann.

Ich bin aber realistisch genug, um damit zu rechnen, dass Sie alle Gegenvorschläge einfach ablehnen werden. Wie soll ich mich da verhalten? Ich will nicht mit einem Nein zur Initiative die herrschenden Tendenzen gegen meinen Willen mitunterstützen; das kann ich nicht.

Der Standpunkt der Mehrheit der SP-Fraktion ist meines Erachtens sehr ehrenwert, achtbar. Die Fraktion sagt ja zur Militärpolitik und fügt ein Aber hinzu: «Ja, aber».

Dieses Aber wurde gerade vorhin von Herrn Müller-Meilen sozusagen in die Nähe eines Verrats gerückt. Unter diesen Umständen kann ich mich mit der Formel «ja, aber» zur Armee nicht abfinden. Es genügt mir nicht, weil ich weiss, dass aus diesem Aber nach der Meinung der Ratsmehrheit gar nichts werden wird. Ich lehne die Armee nicht ab. Ich werde – solange ich politisch tätig bin – für eine Redimensionierung im erwähnten Sinne eintreten. Ich mag aber nicht einstimmen in die Verurteilung und in den Kampf gegen die Initianten und werde mich meiner Stimme enthalten. Auch das sei unehrlich oder gleich wie ein Ja zur Initiative, ist gesagt worden. Jeder mag sagen, was er will – ich definiere und begründe meinen Standpunkt immer selber.

**Humbel:** Frau Ulrich hat von den «Alten» gesprochen. Dieses Jahr gibt der Jahrgang 1938 ab. Ist man denn mit 50 Jahren schon alt, Frau Ulrich? Da haben Sie mit Ihrer Feststellung weit daneben gegriffen. Und zudem: Es sind ja die Jahrgänge, die keine Aktivdienstzeit mehr miterlebt haben. Frau Ulrich, ich lade Sie gerne zu einem sportlichen Wettkampf ein. Dann können Sie feststellen, was ein über 50jähriger noch zu leisten vermag.

**M. Longet:** Certains ont semblé fiers de déclarer ici que cette initiative relevait d'un problème de foi et de croyance. C'est précisément ce qui m'inquiète dans ce débat, et il incombe à notre groupe de sortir le débat de l'opposition des certitudes, de l'exhibition des fondamentalismes et des actes de foi pour introduire un certain nombre d'éléments argumentés. Puisque la question nous est posée par les initiants en termes absolus – c'est précisément ce que nous regrettons – saisissons au moins l'opportunité de ce débat pour ébranler des certitudes et non pour en organiser le choc. Ouvrons une véritable discussion!

A cet égard, nous récusons totalement toute tentative de dénier aux initiants et à leurs partisans dans cette salle la qualité d'être aussi bons patriotes que ceux ayant un avis adverse. Mme Stocker était parfaitement claire à ce propos; dans cette salle, il n'y a pas de bons ou de mauvais patriotes, il n'y a que des patriotes, toute mise au pilori des initiants doit être contrée.

J'ai dit que ce débat ne devait pas être une affaire de foi. Les initiants soulèvent des questions de principe. Ils nous disent: Qu'avons-nous à défendre? Qui le menace? Comment pouvons-nous le défendre?

Nous avons à défendre nos acquis en matière de démocratie directe, de solidarité sociale, notre environnement naturel, un minimum d'indépendance économique, notre identité. Il faut admettre que, par rapport à ce que nous avons à défendre, les menaces d'invasion armée ne sont qu'un élément du tableau, relativement lointain qui peut, il est vrai, se rapprocher au gré des fluctuations de l'histoire.

Pour nous, l'idée de défense nationale suppose aussi de développer des moyens adéquats de lutte contre des formes concrètes et très actuelles de perte de souveraineté et d'identité représentées, par exemple, par des facteurs aussi divers que des OPA sur de grandes entreprises suisses, la destruction de notre environnement ou la perte des liens sociaux entre les citoyens. Je prétendrai même que nos affaires d'argent sale font plus pour détruire notre identité nationale que ne le ferait une agression extérieure.

De plus, l'affaire de Rothenthurm a démontré que, dans certaines circonstances, la défense de l'identité nationale pouvait passer par le refus des appétits de son instrument militaire.

Tout cela nous conduit, avec les initiants, à relativiser l'outil militaire. En outre – les initiants le demandaient également – il faut entreprendre la recherche sur la paix et sur la prévention des conflits ce que, pour l'instant, on ne fait pas. Cela étant, l'insuffisance de ces efforts, la diversité des menaces et le peu de réponses qu'offre l'armée à la plupart d'entre elles ne doivent pas nous conduire à l'autre extrême, c'est-à-dire à affirmer qu'étant donné le contexte, nous n'avons plus du tout besoin d'un instrument militaire quelconque de défense.

Comme cela a été dit, notre armée de milice est purement défensive. Si, pour ma part, sous l'angle de la défense territoriale du pays, j'estime que l'on a encore beaucoup à faire dans le domaine de la réflexion sur des concepts de défense non armée – il existe des expériences historiques qui devraient être analysées – il faut aussi admettre, en l'état, que ces concepts alternatifs ne sont pas encore concrétisés. C'est la raison pour laquelle, si nous disons non à une proposition qui pose le problème dans l'absolu – plus du tout de défense militaire, si nous restituons les moyens dans leur contexte, notre non à l'initiative n'est nullement un oui au *statu quo*. Notre non n'est pas un blanc-seing à la majorité. Il est un oui à une armée, mais différente, moins sophistiquée, donc moins vulnérable – mais aussi moins profitable à certains fabricants de matériel – construite de manière plus démocratique, tant dans sa composition hiérarchique que dans son fonctionnement, à une armée qui n'intervienne plus jamais à l'intérieur, contre des Suisses: nous en avons assez de ces exercices où l'ennemi est à l'intérieur, rouge ou vert, ou les deux, de ces concepts où des Suisses pourraient devoir tirer sur leurs concitoyens. Nous voulons que l'armée soit dégagée de toute idéologie militariste, qu'elle soit ramenée à sa fonction, qui est un moyen et jamais une fin.

Si nous disons non à l'initiative, nous nous opposons surtout à un esprit militariste qui veut imposer l'armée comme facteur d'identité et finalité, alors qu'elle est un simple instrument. En disant non, nous nous opposerons ainsi à un esprit qui voudrait parfois régir la société tout entière sur un mode militaire. Mon non à l'initiative est donc un non antimilitariste.

**Loeb:** Erlauben Sie mir eine ganz persönliche Bemerkung? Wenn ich hier und heute als jüdischer Mitbürger zu Ihnen sprechen kann, wenn unsere Familie und die schweizerische jüdische Gemeinschaft sowie weitere Minderheiten in unserem Land dem furchtbaren Holocaust, den Konzentrationslagern, dem Tod im Zweiten Weltkrieg, entgangen sind, verdanken wir das vor allem auch der Wehrbereitschaft der Schweiz, zu der wir auch mit Ueberzeugung beigetragen

haben. Verteidigungsbereitschaft ist deshalb für mich von grosser Bedeutung.

Die Initiative werde ich aus persönlicher Erfahrung bekämpfen. (Beifall)

**Frau Bär:** Bevor ich mich ausschliesslich zum Gegenvorschlag der grünen Fraktion, den Herr Rebeaud gestern vertreten hat, äussere, möchte ich eine grundsätzliche Bemerkung zur gestrigen und heutigen Debatte machen. Ich frage mich, wie es mit unserem Demokratieverständnis bestellt ist, wie mit der verfassungsmässig garantierten Meinungsfreiheit, wenn es Mut braucht, in diesem Saal und draussen in der Bevölkerung zu dieser Initiative in ihrer ganzen Radikalität ja zu sagen.

Herr Oehler und Herr Hänggi haben gesagt, sie spürten nichts von dieser Repression. Das glaube ich Ihnen, meine Herren. Repression spürt die komfortable Mehrheit nie, das spüren die andern. Und Repression ist z. B. die Äusserung von Herrn Maximilian Reimann, wenn er uns die Enthaltungsausserung abspricht und sagt: «Wer sich hier drinnen enthält, der sagt ja zur Initiative.» Das ist Repression.

Und das, was zum Beispiel Herr Graf zu den Frauen gesagt hat, die ein anderes Bild von dieser Welt haben als er, das sind Äusserungen, die in der Richtung von Hexenverfolgung gehen.

Das einzige, das mich eigentlich bei diesen Leuten noch erstaunt, ist, dass sie bloss Namensaufruf verlangt haben und nicht gleich den Fahneide.

Jetzt zu unserem Gegenvorschlag: «Die Uhr der Menschengeschichte würde stehenbleiben und sogar rückwärts laufen, wenn es die grossen Träume, die Visionen, nicht gäbe.» So hat es Kurt Marti formuliert. Und ich möchte beifügen: «Wer keinen Mut zum Träumen hat, hat keine Kraft zum Kämpfen».

Ein jahrhundertalter Traum der Menschheit ist der Traum vom Frieden. Keine drei Wochen wird es mehr dauern, dann werden viele von ihnen, ein Grossteil unserer Bevölkerung und unzählige Menschen auf der ganzen Welt singen: «Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen». Und es wird ihnen ernst sein dabei. Heute stehen wir hier vor der Frage, ob wir das Hinarbeiten – ich betone: das Hinarbeiten – auf dieses Ziel in unserer Verfassung verankern sollen, damit der Traum vielleicht einmal Wirklichkeit wird. Soll das Wort Frieden für die Schweiz zum Tätigkeitswort werden?

Ich lese Ihnen nochmals unsern Gegenvorschlag vor: Die Schweiz entwickelt eine umfassende «...Friedenspolitik, welche die Selbstbestimmung des Volkes stärkt und die Solidarität unter den Völkern fördert.»

Für die grüne Fraktion muss es das kollektive Ziel des reichsten Landes der Welt werden, die Solidarität mit den Völkern dieser Erde zu fördern und zu stärken. Denn in unserer 700jährigen Geschichte sind wir vom Schicksal begünstigt worden und – um ein etwas altmodisches Wort zu gebrauchen – haben auch viel Gnade erfahren dürfen. Unsere Geschichte verlangt geradezu einen engagierteren Einsatz. Davon sind wir in unserer Fraktion überzeugt. Je mehr Menschen ihre Friedensträume im Wachsein ernst nehmen, desto eher wird sich auch die Gesellschaft verändern.

Mit unsern Ueberlegungen geht auch der Bundesrat in seinem Bericht über Friedens- und Sicherheitspolitik einig. Ich zitiere daraus: «Friedens- und Sicherheitspolitik umfasst auch die Bemühungen zum Aufbau einer stabileren und gerechteren Weltordnung, die sowohl der Unabhängigkeit und Freiheit aller Staaten als auch der Würde der Menschen Rechnung trägt.»

Kann denn in einer Verfassung eines freien Landes etwas Grundsätzlicheres, kann ein wichtigeres Ziel formuliert werden als das, welches wir Ihnen hier vorlegen?

Nein haben einige von Ihnen bereits zu diesem Vorschlag gesagt, ohne überhaupt auf den Inhalt einzugehen. Darunter sind solche, die es in der letzten Session für nötig und vor allem offenbar für würdig hielten, Tempolimiten für Autos in

der Verfassung festzuschreiben. Arme reiche Schweiz, möchte ich da sagen.

Für die grüne Fraktion liegt die Stärke eines Volkes in seinem Rechtsempfinden, in seiner Fähigkeit zur individuellen und kollektiven Solidarität mit den andern, vor allem mit den Schwachen und Armen in dieser Welt.

Nur eine menschlichere und gerechtere Welt wird zum Frieden führen. So steht es auch im Bericht des Bundesrats.

Auf die 700-Jahrfeier der Schweiz hin sollten wir uns darüber Gedanken machen. Es ist ein Gedanke, der vor allem die Jugendlichen in unserem Land und sehr viele Frauen bewegt. Ich glaube, es führt kein anderer Weg zum Frieden als dieser über Gerechtigkeit und Solidarität.

Ich bitte Sie, unsern Vorschlag zu unterstützen.

**M. Rebeaud:** Deux brèves remarques sur ce qui a été dit pendant le débat.

Je pense d'abord que la Suisse pourrait rester la Suisse sans armée, que nous resterions tous Suisses si l'armée était supprimée et que si nous ne voulons pas la supprimer, c'est que nous n'avons pas envie que les Suisses vivent trop dangereusement. C'est tout. L'armée fédérale a été créée en 1848 pour protéger un pays qui préexistait.

Ne faisons donc pas de cette question de supprimer ou non l'armée une question sur l'existence même de la Suisse et des Suisses en tant que peuple. Il y a des peuples qui survivent sous la domination d'armées étrangères, on s'y réfère volontiers, tels les pays baltes dont le sentiment national n'est pas éteint parce qu'ils n'ont pas d'armée organisée. Ne réduisons pas le sentiment national suisse à une dépendance à l'égard de cette structure qui est au service du pays, comme beaucoup d'autres.

Il ne faut pas exagérer le rôle de l'armée dans notre pays et je crois que c'est un peu sur cette exagération que le débat dérape quelquefois, comme c'est le cas aujourd'hui. Il se produit aussi l'excès inverse, d'ailleurs. J'ai quelquefois le sentiment que les personnes qui n'ont pas fait de service militaire, hommes ou femmes, se font une image mythique ou mythologique de la fonction réelle de l'armée dans ce pays.

Je vous parle en tant que soldat n'ayant pas fait de carrière dans la hiérarchie militaire: je n'ai pas le sentiment que l'armée ait imprimé des structures autoritaires dans mon esprit ni que j'aie subi des lavages de cerveau en effectuant mes cours de répétition. Ce qui me ferait plutôt critiquer l'armée actuellement, en dehors des orientations rétrogrades qui président au choix de nos armements, c'est plutôt l'inadéquation totale des buts, des présomptions et de ce qui se passe réellement. Les gens n'y croient pas beaucoup, et si cela peut rassurer quelques-uns et quelques-unes d'entre vous, la plupart des soldats qui saluent le drapeau le font sans grand enthousiasme. La plupart des soldats et même des officiers et des sous-officiers qui font des manœuvres et à qui on désigne un ennemi à l'Est, qui est toujours rouge ou orange, ricangent en général de ce scénario. Il n'y a pas de raison de dramatiser.

J'espère que dans la campagne pour le vote populaire nous éviterons ces dramatisations et que nous nous livrerons, comme dans les pays de l'Est, à quelques plaisanteries sur les mythologies que, de part et d'autre, l'on se fait à propos de cet instrument.

Cela dit, je voudrais vous rendre attentifs à l'existence de notre proposition de contre-projet. Aucun argument n'a été invoqué contre ce contre-projet. Je crois me souvenir, si j'ai bien suivi le débat, qu'un ou deux orateurs ont dit soit qu'il ne fallait pas le voter, soit qu'il était ridicule, mais sans dire pourquoi, soit encore qu'il était inutile. Aucun de ces arguments, bien entendu, ne me semble convaincant et il me semble juste et utile, au contraire, de présenter ce contre-projet pour montrer aux initiés et à ceux qui ont signé l'initiative qu'il y a quelque chose de juste et d'acceptable, au fond, dans cette initiative. Il faut donner au peuple l'occasion de se prononcer sur cette partie, en général acceptable, de l'initiative, de manière – et ça c'est une affaire politique – à éviter de donner à penser que la majorité du

peuple, par un vote, peut écraser la minorité qui se pose des questions de conscience à propos du rôle de l'armée dans notre pays. Ce serait habile.

Je demande donc au représentant du Conseil fédéral et aux rapporteurs, si possible, s'ils veulent que cette assemblée refuse le contre-projet, de nous en donner des raisons plausibles.

**Ruckstuhl:** So viele Votanten – man könnte meinen, es wäre nun wirklich alles gesagt und man könnte auf sein Votum verzichten. Vielleicht ist das Gegenteil der Fall, und ich habe den Eindruck, gerade die vielen Aussagen motivieren einen, noch etwas dagegen zu sagen. Die Themen sind vielfältig und die Gefahr, vom Präsidenten gemahnt zu werden, zur Sache zu sprechen, ist offenbar bei diesem Thema sehr klein.

Herr Hubacher als Vertreter einer in dieser Frage offenbar gespaltenen Fraktion hat bereits gestern weniger zur Schweiz ohne Armee gesprochen als vielmehr zu verschiedenen anderen Themen, wie ziviler Ersatzdienst, Zerstörung der Umwelt, Veränderungen der Erdatmosphäre, Zerstörung der Tropenwälder.

Sein Votum weckt an und für sich Hoffnung für uns Leute von der Landwirtschaft, Hoffnung, dass in Zukunft von der SP-Fraktion unter dem Titel «Bedrohte Umwelt» vermehrt Mittel für die Landwirtschaft gesprochen werden.

Das wäre gegen die bis jetzt gemachten Erfahrungen. Die Landwirtschaft hat nämlich eines gemeinsam mit der Armee: nach der Liste der Ausgaben beim Bund kann man feststellen, dass gerade in diesen Bereichen die prozentualen Anteile der Ausgaben sehr stark zurückgegangen sind, sowohl für die Armee wie für die Landwirtschaft.

Ich habe grosses Verständnis für Herrn Braunschweig, der sich wehrt, wenn im Unehrllichkeit vorgeworfen wird. Er ist vielleicht nicht unehrlich, aber sein Antrag ist es. Kein Unternehmen, nicht einmal ein Bauernhof, kann aufrechterhalten werden, wenn über 15 Jahre hinweg auf Erneuerungen verzichtet wird. Ihr Antrag läuft ebenfalls auf die Abschaffung der Armee hinaus, vielleicht mit längeren Fristen. Es ist eine weniger klare Aussage als diejenige der Initianten.

Dieses langsame Sterben begründen Sie u. a. damit, dass die Armee Einsätze unseres Landes für den Frieden im internationalen Bereich verhindere, ohne dass sie diese Aussage begründen. Sie haben auch verschwiegen, was unsere Armee im Bereich Katastrophenhilfe und gerade im Hinblick auf die Sicherung friedenserhaltender Anlässe, wie sie demnächst in Genf stattfinden werden, für Einsätze leisten kann.

Herr Braunschweig sagte, jeder Soldat wisse, dass die anderen viel besser ausgerüstet seien, dass ihre Flugzeuge, ihre Panzer besser seien usw. Das, Herr Braunschweig, entspricht nicht der Wahrheit. Ansonsten müssten wir unsere Ausgaben für die Armee erhöhen und nicht noch senken oder einfrieren.

Auch die Aussagen, die ich kürzlich in einem Gespräch mit jungen Wehrmännern, Soldaten und Unteroffizieren, zu hören bekam, haben mir das Gegenteil bewiesen. Sie sind überzeugt, dass sie gut ausgerüstet sind und dass diese Ausrüstung ergänzt werden kann.

Als Wachtmeister der Fliegerabwehr hätte ich für Herrn Meier von den Grünen eigentlich Verständnis, wenn er mehr erdgestützte Mittel für die Fliegerabwehr fordert. Diese Forderung ist sicher so gut gemeint wie seine Forderung beim Rüstungsprogramm, als er sagte, man sollte jedem Soldaten wieder eine panzerbrechende Waffe in die Hand geben. Das würde eigentlich heissen: zurück zu unseren «Runkeln», den Panzerabwehrgranaten, die wir abgeschafft haben – ohne dass wir gleich eine Uno-Rede darüber gehalten haben, wie wir abrüsten, das heisst erneuern.

Herr Meier hat ausserdem ausser acht gelassen, dass gerade unsere Flugwaffe Kampfhandlungen verhindern kann, dass sie nicht nur durch ihre Abschreckung wirken kann, sondern durch eine sehr weitreichende Aufklärung uns Schutz vor Ueberraschungen bieten und eben diese

Kampfhandlungen von uns fernhalten oder gar verhindern kann.

Aus Erfahrung können wir sagen, dass unsere Flugwaffe durch das Abfangen feindlicher Flugzeuge den Waffeneinsatz verhindern oder zumindest hinauszögern kann. Der Schutz unseres Luftraumes, der Wunsch Kampfhandlungen fernzuhalten, ist deshalb geradezu ein lebenserhaltendes, ein Vernichtung verhinderndes Argument.

Deshalb stimme ich nicht für diese Initiative und lehne auch die Gegenvorschläge ab.

*Hier wird die Beratung dieses Geschäftes unterbrochen  
Le débat sur cet objet est interrompu*

*Schluss der Sitzung um 12.25 Uhr  
La séance est levée à 12 h 25*

## **Schweiz ohne Armee. Volksinitiative**

### **Pour une Suisse sans armée. Initiative populaire**

|                     |  |
|---------------------|--|
| In                  | Amtliches Bulletin der Bundesversammlung     |
| Dans                | Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale    |
| In                  | Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale |
| Jahr                | 1988   |
| Année               |  |
| Anno                |  |
| Band                | IV   |
| Volume              |  |
| Volume              |  |
| Session             | Wintersession                                |
| Session             | Session d'hiver                              |
| Sessione            | Sessione invernale                           |
| Rat                 | Nationalrat                                  |
| Conseil             | Conseil national                             |
| Consiglio           | Consiglio nazionale                          |
| Sitzung             | 08   |
| Séance              |  |
| Seduta              |  |
| Geschäftsnummer     | 88.041                                       |
| Numéro d'objet      |  |
| Numero dell'oggetto |  |
| Datum               | 08.12.1988 - 08:00                           |
| Date                |  |
| Data                |  |
| Seite               | 1728-1751                                    |
| Page                |  |
| Pagina              |  |
| Ref. No             | 20 016 922                                   |

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.  
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.  
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.